

Personals sind in dieser Zeit etwas erschwert. Kurzzeitpflegebetten werden angeboten und werden sehr gerne angenommen.

In unserem Haus wird auch derzeit umorganisiert. Ich danke hier unseren Bürgermeistern. Wir gehen weg vom Mischdienst, wir haben einen Reinigungsdienst und ein hochqualifiziertes Fachpersonal, das wirklich am Krankenbett arbeiten kann. Ich hoffe, andere Heime folgen diesem Beispiel.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, Sie sehen, jede Menge Arbeit liegt noch vor uns. Wir sollten sie in Angriff nehmen mit dem Bewußtsein, daß die Bevölkerung will, daß die Politik mit dem Vorhandenen auskommt. Die Bevölkerung hat aber auch Verständnis für Umschichtungen, sie hat aber auch den Wunsch nach Kontrolle. (Beifall bei der ÖVP. – 18.06 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster am Wort ist der Herr Kollege Vollmann.

Abg. Vollmann (18.06 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Im Bericht des Rationalisierungs-Ausschusses wurden unter Punkt 2 längerfristige Maßnahmen unter anderem folgendes wörtlich festgehalten: Es ist unbestritten – steht dort –, daß es zu einer stärkeren Abstimmung zwischen der Gesundheits- und Sozialpolitik des Landes kommen muß. Aus diesem Grunde ist raschest ein integrierter Gesundheits- und Sozialplan von den betroffenen Ressorts unter Einbeziehung des extramoralen und privaten Bereiches zu erarbeiten. Nach Beschlußfassung über einen solchen Plan ist auch der Koordination der KRAZAF-Mittel ein besonderes Augenmerk zu widmen. Nun, meine Damen und Herren, daß eine abgestimmte Sozial- und Gesundheitsplanung für uns Sozialdemokraten eine Grundvoraussetzung ist und war, haben wir seit Jahren nicht nur in Worten, sondern vor allem in Taten und Maßnahmen bewiesen, die vor allem in den von Sozialdemokraten geführten Ressort stattgefunden haben. So wurden sämtliche von der Landesregierung und zum Teil auch vom Hohen Landtag beschlossenen diesbezüglichen Pläne immer in engster Kooperation der beteiligten Ressorts und Abteilungen erstellt. Wir müssen uns nun aber trotzdem einer Sache bewußt sein: Es ist nicht sinnvoll, die Spitalsplanung mit der Sozialplanung zu verknüpfen, da dies einerseits auf Grund der riesigen Problembereiche schon rein technisch – das werden Sie verstehen – nicht möglich ist. Andererseits auch auf Grund der verschiedenen Zielgruppen und Aufgabenstellungen, wie wir heute gehört haben, nicht sinnvoll ist. Viel zielführender ist es, die Spitals-, Gesundheits- und Sozialplanung zwar aufeinander und gegenseitig abzustimmen, trotzdem jedoch für jeden der Bereiche eigene Umsetzungskonzepte zu erarbeiten.

Für mich erstaunlich, meine Damen und Herren, ist auch, daß im Bericht festgehalten ist, daß nach Beschlußfassung über einen integrierten Gesundheits- und Sozialplan auch der Koordination der KRAZAF-Mittel besonderes Augenmerk zu widmen ist. Erstaunlich deshalb, weil unter dem Punkt Vorschläge aus dem Bericht Strukturmittel für den KRAZAF-Fonds im Gesundheits- und Sozialressort konzentriert

werden sollen. Für mich ist auf Grund dieser, meiner Meinung nach sich widersprechenden Forderungen nicht klar, was man jetzt wirklich will. Die dringend notwendige Zusammenführung der Vergabe der KRAZAF-Mitteln müßte nach meinem Dafürhalten so schnell als möglich durchgeführt werden. Bitte bedenken Sie, meine Damen und Herren, und das wird immer wieder von seiten der Träger der mobilen Sozialdienste geschildert, wie umständlich derzeit die Vergabe von KRAZAF-Mitteln vor sich geht. Es gibt allein innerhalb des Landes vier verschiedene Ansprechpartner. Zwei Gemeindereferenten, Gesundheits- und Sozialreferent, bei denen diese Mittel zu beantragen sind. Auch aus der Sicht der Administration erschwert sich dadurch die Überprüfbarkeit der Finanzflüsse. Und so kann heute niemand ausschließen, Sie genauso wenig wie wir, noch die Referenten, ob nicht dort oder da sogar Doppelförderungen gewährt werden, weil eben Geschickte sich überall was zu holen versuchen.

Meine Damen und Herren, es steht für alle, die mit dem Sozialwesen zu tun haben, außer Zweifel, daß wir die Kostenentwicklung im Bereich der Betreuungs- und Pflegebedürftigen nur dann in den Griff bekommen können, wenn das gesamte Betreuungsangebot neu strukturiert wird. Es gibt hier von unserer Soziallandesrätin Dr. Rieder konkrete Vorschläge zur Einführung von integrierten Sozial- und Gesundheitsprengeln, die im übrigen auch in der Artikel-15 a-Vereinbarung zum Pflegegeldgesetz festgehalten sind, welche uns ermöglichen sollten, eine Vielzahl von betreuungs- oder pflegebedürftigen Personen ambulant statt stationär zu betreuen. Daß dies eine massive Kostenentlastung bei den laufenden Aufwendungen mit sich bringen wird, steht wohl außer Zweifel und wird auch niemand anzweifeln. Der Hohe Landtag hat im Jahre 1991 im Konzept „Ältere Menschen – Pflege und Betreuung“ die Absichtserklärung „ambulante vor stationärer Betreuung“ einstimmig beschlossen. Nur mit dem Modell der integrierten Sozial- und Gesundheitsprengel wird es möglich sein, Frau Landesrätin, glaube ich, auch in deinem Ressort und mit deiner Zustimmung, eine bedarfsgerechte, flächendeckende und gemeindenahere Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Eindrucksvoll beweisen dies einige bereits laufende Sprengelmodelle, wie zum Beispiel in meinem Heimatbezirk Mürzzuschlag. Ich habe hier schon ein paarmal über diese Modelle, die wir eingeführt haben, vor drei Jahren über den regionalen Entwicklungsverband und nun inzwischen durch den Sozialhilfeverband übernommen, die Problematik dargestellt und habe dargestellt, wie gut sich diese Sprengel bewähren und wie gut sie funktionieren.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich Ihnen noch einige Zahlen zur dramatischen Bevölkerungsprognose für die Steiermark für die nächsten Jahrzehnte geben. Prof. Rainer Münz, ein anerkannter und nicht angezweifelter Sozialwissenschaftler, hat in seinem Vortrag am 6. Oktober des vergangenen Jahres in Graz anlässlich des Tages der amtlichen Statistik festgestellt, daß der Anteil der über 60jährigen von heute rund 20 Prozent, das sind derzeit rund 250.000 Steirerinnen und Steirer, auf zirka 37 Prozent bis zum Jahre 2030, also in 36 Jahren, anwachsen wird. 370.000 Steirerinnen und Steirer werden also in

diesem Jahre 2030 über 60 Jahre alt sein. Dies bei gleichzeitiger Abnahme der Gesamtbevölkerung von derzeit 1,2 Millionen auf unter eine Million Menschen. Was diese Entwicklung für uns wirklich darstellt, kann man dann abschätzen, wenn man weiß, daß sich die Gruppe der betreuungs- und pflegebedürftigen Personen hauptsächlich aus der Gruppe der über 60jährigen rekrutiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Modell der integrierten Sozial- und Gesundheitssprengel wird zurzeit intensiv diskutiert und wird auch Gegenstand der bevorstehenden Verhandlungen zur Novelle des Steirischen Sozialhilfegesetzes sein. Wir Sozialdemokraten gehen davon aus, daß mit den integrierten Sozial- und Gesundheitssprengeln die dringend notwendige Bedarfsdeckung erreicht und die Finanzierbarkeit auf Jahrzehnte hinaus sichergestellt werden kann. Daher möchte ich schon heute die Damen und Herren Abgeordneten der FPÖ und der ÖVP – ich nenne sie jetzt schon zuerst, denn der Kleine wackelt ja immer mehr – einladen, sich der Verantwortung für unsere steirische Bevölkerung bewußt zu sein und konstruktiv an diesen Verhandlungen – wie bisher bereits geübt – mitzuarbeiten.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, darf ich von dieser Stelle aus allen Männern und Frauen den Dank sagen, welche beruflich, als Freiwillige oder als Angehörige, für die Pflegebedürftigen oder Behinderten unserer Gesellschaft tätig sind. (Beifall bei der SPÖ.) Ihnen, meine Damen und Herren, gilt meine höchste, unser aller höchste Anerkennung. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich darf mich aber auch bei der Frau Landesrätin Dr. Rieder bedanken – sie ist zwar kurz im Amt –, sie hat aber in dieser kurzen Zeit gezeigt, daß sie mit viel Engagement an die Probleme der sozialen Gesetzgebung in diesem Lande herangeht, und ich wünsche ihr mit uns gemeinsam dieses Problem auch zu bewältigen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sitzen alle in einem Boot, nur habe ich manchmal das Gefühl, die einen angeln und wir rudern, und ich bitte darum, auch das Ruder in die Hand zu nehmen und sich kräftig in die Riemen zu legen, daß das Boot vorwärts geht.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, darf ich auch den Beschlußantrag meiner Fraktion zur Budgetgruppe 4 der Abgeordneten Vollmann, Minder, Gross und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend die Schaffung eines Ansatzes im Landesbudget „Förderung von Ausbildungsmaßnahmen für soziale Berufe“ in Höhe von 3 Millionen Schilling vorlegen. Als Begründung darf ich anführen: Durch die mit dem Bund abgeschlossene Vereinbarung des von mir bereits zitierten Artikel-15-BVG im Zusammenhang mit der Einführung der Pflegevorsorge hat sich die Steiermark verpflichtet, für die Schaffung geeigneter Ausbildungsmöglichkeiten, insbesondere der mobilen Dienste, zu sorgen. Um dieser Verpflichtung zumindest ansatzweise gerecht zu werden, sollen vom Sozialressort Aus- und Fortbildungsmaßnahmen über private Schulungsträger angeboten werden. Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Im Landesbudget ist ein Ansatz „Förderung von Ausbildungsmaßnahmen für soziale Berufe“ in der Höhe von 3 Millionen Schilling zu schaffen.

Herr Präsident, ich darf dir symbolisch diesen Antrag überreichen und ihn gleich an den Herrn Präsidialdirektor weitergeben. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 18.16 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Trampusch.

Abg. Trampusch (18.17 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die beiden Klubobmänner der anderen Fraktionen haben einen gemeinsamen Beschlußantrag eingebracht und hier mitgeteilt, daß nach diesem Beschlußantrag die Dotierung für das Grazer Frauenhaus zwar bei 900.000 Schilling bleibt, aber die Landesregierung dennoch ermächtigt wird, im Falle eines dringenden Mehrbedarfs Umschichtungen im Rahmen des beschlossenen Budgetvolumens vorzunehmen. Das klingt sehr vornehm. Nur, eines ist klar, daß es diesen dringenden Mehrbedarf gibt, ist bekannt. Nämlich heute schon am Tage der Budgetberatungen. Und da kann ich nicht sagen, wenn sich der Mehrbedarf irgendwann herausstellt, werden wir schon die Regierung ermächtigen, dann irgendwo ein Geld aufzutreiben, und es ist ja auch gesagt worden, von wo. Bei den Verstärkungsmitteln steht folgendes: „Allgemeine Verstärkungsmittel zur Deckung von unabwendbaren Zahlungsverpflichtungen.“ Was heißt das? Das sind nicht zum Zeitpunkt der Budgeterstellung und Beschlußfassung voraussehbare Ausgaben des Landes, die unabwendbar sind. Genau. Wir wissen aber heute, daß diese Mittel notwendig sind, und trotzdem wird auf Verstärkungsmittel verwiesen. Das ist unkorrekt. Dann muß man wohl den Mut haben, das zu tun, was man bei einer ordentlichen Budgetgestaltung zu tun hat, der Landtag beschließt, diese unabwendbaren Verpflichtungen, zu denen wir uns moralisch verpflichtet fühlen, darf ich feststellen, ich hoffe alle, dann gleich im Budget als Ansatz aufzunehmen, nämlich von 900.000 Schilling auf 1,5 Millionen Schilling aufzustocken. Wer hindert uns daran? Es kann nur einen Grund geben, der uns daran hindert. Und jetzt unterstelle ich etwas. Bitte, ich möchte mich entschuldigen, wenn ich nicht recht habe. Daß Verstärkungsmittel von manchen so angesehen werden, daß es eine Verstärkung ist, wenn man zeigen will, wer die Mehrheit und die Macht hat. Anders kann ich das nicht interpretieren. Wenn es nicht so gemeint ist, dann haben wir den Mut, dann haben wir den Mut, diese bekannte Ausgabe, die wir tätigen werden, weil wir uns moralisch dazu verpflichtet fühlen, dann als Ansatz aufzunehmen, im Budget mit 1,5 Millionen Schilling drinnen zu lassen und bei der nächstjährigen Budgetgestaltung darüber zu reden, ob man das wieder aufstockt, ja oder nein. Das wäre die korrekte Vorgangsweise, und da haben wir unseren Beschlußantrag genau in der Richtung eingebracht. Und es ist jetzt uninteressant, ob der Finanzreferent 900.000 Schilling veranschlagt hat, mehr oder weniger.

Und es ist jetzt uninteressant, ob der Landesfinanzreferent 900.000 veranschlagt hat, mehr oder weniger, es ist viel wichtiger, daß wir heute wissen, daß wir hier bei dieser Position 1,5 Millionen brauchen werden. Und da würde ich wirklich bitten, springen wir alle gemeinsam über den Schatten und nehmen wir den Anlaß wahr – „Budgetgestaltung“ heißt das durch den Landtag und „Budgethoheit“ – und nehmen wir die Position hinein. Und darf ich bitten, daß man das auch bei einigen anderen unbedingt notwendigen sozialen Maßnahmen macht. Und wenn der Präsident Rader meint, na, es ist eigentlich ja wirklich keine Kürzung gegenüber dem Budget Ressel vorgenommen worden, dann hat er zwar recht, wenn es diese eine Position betrifft, aber ich verweise noch einmal, und das sind ganz große Brocken – und es hat immer geheißen, was jetzt manchmal auch schon bestritten wird, daß es innerhalb eines Ressorts und einer Gruppe eine gegenseitige Deckungsfähigkeit gäbe. Wenn das aber so interpretiert wird, dann heißt das, wenn man im Sozialressort zu den veranschlagten Summen des Finanzreferenten Ressel bei dem Ansatz „Beiträge an Selbsthilfeorganisationen der Behindertenhilfe“ um 5 Millionen kürzt, von 10 Millionen auf 5 Millionen kürzt, obwohl nachgewiesenermaßen der Aufwand im Rechnungsabschluß 1992 schon 15,316.000 Schilling war, so daß wir jetzt ein Drittel des Ansatzes drinnen haben, den wir 1992 für „Beiträge an Selbsthilfeorganisationen der Behindertenhilfe“ bereits ausgegeben haben, dann ist das eine Kürzung, und es stimmt also nicht, daß keine Kürzungen im Sozialbereich vorgenommen werden oder vorgenommen worden sind. Und das gleiche ist: Ressel hat Beiträge für sozialökonomische Projekte aufgenommen, und auch dieser Ansatz ist um 5,7 Millionen gekürzt worden. Ich möchte das nur der Wahrheit halber sagen, damit hier nicht im Raum stehen bleibt, daß keine Kürzungen im Sozialbereich zu den von Landesrat Ressel veranschlagten Mitteln vorgenommen worden sind. Und ich bitte Sie noch einmal, unsere Anträge, die echte soziale Maßnahmen und deren Finanzierung beinhalten, doch hier gemeinsam zu beschließen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 18.23 Uhr).

Präsident Mag. Rader: Ich danke dem Herrn Klubobmann Trampusch für seine Wortmeldung, seine vorsorglich ausgesprochene Entschuldigung wird angenommen.

Wir haben keinen mehr auf der Rednerliste, die Frau Landesrätin hat das Schlußwort.

Landesrat Dr. Rieder (18.24 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bin nun fast drei Monate im Amt. In dieser Zeit habe ich mir einen Eindruck verschafft über mein Ressort durch viele Gespräche mit Einzelpersonen, Repräsentanten von Organisationen, aber vor allem auch durch Besuche von zahlreichen sozialen Einrichtungen in den steirischen Bezirken. Dank vieler engagierter Mitarbeiter im Bereich der öffentlichen Verwaltung, im besonderen aber bei privaten Wohlfahrtsträgern und Sozialinitiativen, konnte in der Steiermark ein soziales Netz errichtet werden, das viele Probleme im Sozialbereich auffangen kann. Ich möchte daher bereits jetzt am Beginn meiner Wort-

meldung die Gelegenheit nützen, um mich für die wertvolle, engagierte Arbeit, wie sie in all diesen Einrichtungen im administrativen Bereich, aber vor allem in der Betreuung, geleistet wird, herzlich zu bedanken. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Stellenwert des Sozialbereiches steigt ständig an, dies zeigt sich auch in den vielen Wortmeldungen zu dieser Gruppe 4, für die ich den Debattenrednern danke. Aber auch die Berichterstattung in den Medien wendet sich immer mehr dem Sozialbereich zu. Damit verbunden ist erfreulicherweise eine Bewußtseinsbildung, weg vom Sozialbegriff des Armenwesens und der Fürsorge hin zu sozialer Wohlfahrt mit Servicecharakter und Hilfestellung bei verschiedensten sozialen Problemen. Der Bogen spannt sich von reiner Beratung bis zur Betreuung Pflegebedürftiger. Vieles ist schon erreicht worden, Verbesserungen sind, wie in allen anderen Bereichen, auch im Sozialen immer notwendig. Auf eine solide Grundlage aufbauend, müssen noch einige wichtige Ergänzungen des sozialen Netzes erfolgen. Meinem Amtsvorgänger Landesrat Erich Tschernitz möchte ich an dieser Stelle herzlich für seine erfolgreiche Tätigkeit danken. (Beifall bei der SPÖ.) Es ist ihm in seiner menschlichen Art und Redlichkeit während seiner Funktionsperiode sehr vieles zum Wohl unserer steirischen Bevölkerung gelungen und ich darf hier besonders das Steirische Landespflegegesetz, das als eines der sozialpolitischen Errungenschaften gilt, nennen.

Es wäre verfehlt, es als Erfolg hinzustellen, wenn im Sozialbereich keine Streichungen durchgeführt werden. Im Gegenteil, es wird vielmehr auch künftig erforderlich sein, die notwendigen Mittel, das heißt mehr Mittel für das soziale Netz aufzubringen, wobei selbstverständlich immer Aspekte, wie Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Effizienz der eingesetzten Mittel, im Auge zu behalten sind. Mehr Aufgaben für den sozialen Bereich ergeben sich zwangsweise aus der demographischen Bevölkerungsentwicklung unseres Bundeslandes. Jeder fünfte Steirer beziehungsweise Steirerin ist heute schon über 60 Jahre alt, und das sind 250.000 Menschen unserer Bevölkerung, und dieser Trend wird sich in den nächsten Jahrzehnten noch vehement fortsetzen. Auch die Zahl der Pflegebedürftigen nimmt ständig zu. Bereits beziehen 50.000 Steirerinnen und Steirer ein Pflegegeld, sei es nun von Bund oder Land. 17.000 dieser Personen sind in hohem Maße pflegebedürftig. Darüber hinaus ändern sich in unserer Gesellschaft die Familienstrukturen, Großfamilien gibt es immer seltener, das Gros der Familien hat maximal drei oder vier Familienmitglieder, und auch die Zahl der alleinerziehenden Mütter steigt stark an.

Ebenso steigt die Zahl der behinderten Mitmenschen, leider aber auch die Zahl jener Jugendlichen, die Verhaltensauffälligkeiten oder sogar Verhaltensstörungen zeigen.

Konkret zum Sozialbudget 1994: Mit rund 2,65 Milliarden Schilling ist das Sozialbudget zwar so hoch wie nie zuvor, die Steigerung gegenüber 1993 beträgt 15 Prozent. Das Ansteigen des Budgets ist auf die notwendige Indexanpassung bei den Pflichtleistungen und das neue Pflegegeld zurückzuführen.

Der Pflichtleistungsbereich umfaßt 97 Prozent des gesamten Sozialbudgets, auf Grund von Rechts-

ansprüchen konnten hier keine Einsparungspotentiale gefunden werden. In kurzen Worten, mit den Ansätzen im Pflichtleistungsbereich können die gesetzlichen Aufgaben des Landes im Bereich der Sozialhilfe, der Behindertenhilfe sowie im Flüchtlingswesen in diesem Jahr erfüllt werden.

Weitaus problematischer ist aber der Förderungsbereich. Lediglich 3 Prozent des gesamten Sozialbudgets können von der Landesregierung vergeben werden. Bei einem Budget von 2,65 Milliarden Schilling handelt es sich um ganze 80 Millionen Schilling, die einen gewissen Gestaltungsrahmen im Sozialbudget darstellen, in der Realität jedoch keinen Gestaltungsfreiraum ermöglichen. Denn für diese 80 Millionen Schilling liegen mir Ansuchen von privaten Wohlfahrtsorganisationen, Sozialinitiativen, Gemeinden und Sozialhilfeverbänden von mehr als 250 Millionen Schilling vor. Es kann daher nicht einmal ein Drittel aller Förderungsansuchen im Sozialbereich positiv erledigt werden. Auf der Strecke bleiben Behindertenorganisationen mit ihren berechtigten Investitionswünschen, Beratungseinrichtungen, sozialökonomische Betriebe, Gemeinden und Sozialhilfeverbände, die Betreuungseinrichtungen für ältere Mitmenschen errichten oder Vereine der Tagesmütter. Kurzum durchwegs Förderungswerber, die durch ihre Tätigkeit im Endeffekt die öffentliche Hand entlasten, da sie Arbeitsplätze für am Arbeitsmarkt Benachteiligte schaffen, Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung stellen oder Betreuungseinrichtungen für Behinderte, Jugendliche oder Pflegebedürftige errichten, die sonst vom Land Steiermark gebaut werden müßten.

Die Förderungsmittel im Sozialressort sind also gut angelegt und bringen Entlastungen des Budgets bei den Pflichtleistungen. Trotz dieser hohen Effizienz werden die Förderungsmittel seit Jahren eingefroren und um keinen Schilling erhöht, obwohl selbstverständlich die Kosten in allen Bereichen von Jahr zu Jahr steigen und daher jeder einzelne Subventionswerber jährliche Steigerungsraten einfordert. Dazu kommen immer neu berechnete Subventionswünsche, zum Beispiel im Bereich der Ausbildungen für soziale Berufe.

Der Hohe Landtag hat sich in der Artikel-15 a-Vereinbarung zum Pflegegeldgesetz verpflichtet, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Betreuungs-, Pflege- und Therapiepersonal sowie für das Personal zur Weiterführung des Haushaltes zu fördern und sicherzustellen. Mein Antrag, dafür wenigstens 3 Millionen Schilling im Budget vorzusehen, wurde abgelehnt. Besonders schmerzhaft für die betroffenen Vereine ist das Einfrieren für die sozialökonomischen Betriebe mit 10 Millionen Schilling – hier fehlen 5,7 Millionen Schilling –, für das Grazer Frauenhaus – hier fehlen, wie öfters heute schon erwähnt, rund 600.000 Schilling – und für die Tagesmüttervereine, für die, wie in den Vorjahren, trotz stark steigendem Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen wieder nur 4 Millionen Schilling zur Verfügung stehen. Für eine ausreichende Dotierung im Budget 1994 für all diese angesprochenen Projekte hat sich die Landesregierung einstimmig, also auch mit Stimmen von ÖVP und FPÖ, am 17. Jänner dieses Jahres ausgesprochen. Das hat man leider schon vergessen und die diesbezüglichen Budgetposten um keinen Schilling erhöht.

Nicht vorgesehen sind Mittel für die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, für den Verband der Widerstandskämpfer, für den Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und die Israelitische Kultusgemeinde. Ich hoffe, daß im Zuge der Verhandlungen zum neuen Landes-Lustbarkeitsabgabegesetz dies noch saniert werden kann, da das Streichen dieser Mittel wohl ein absolut falsches Zeichen an diese Menschen wäre. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Waren die im sozialdemokratischen Budget vorgesehen, Frau Kollegin?“ – Abg. Dr. Flecker: „Welche Ausrede ihr auch immer erfindet, um gegen die Förderung der Israelitischen Kultusgemeinde zu sein ...!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wie bitte?“ – Abg. Dr. Flecker: „Welche Ausrede ihr auch immer erfindet, um gegen die Förderung der Kultusgemeinde zu sein, es wird immer unglaubwürdig sein!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Was soll das?“ – Abg. Dr. Flecker: „Welche Ausrede ihr auch immer erfindet, um gegen die Kultusgemeindeförderung zu sein, es wird immer unglaubwürdig sein!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „So etwas von Blöðheit ist hier noch nicht gesagt worden!“ – Präsident Mag. Rader: „Die Frau Landesrätin ist am Wort!“)

Ich danke Ihnen! (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „So etwas ist in diesem Haus noch nicht gefallen! Deine Immunität schützt deine Blöðheit!“ – Präsident Mag. Rader: „Darf ich bitten, die Frau Landesrätin fortfahren zu lassen! Vielleicht ist sie auch in der Lage, uns gleich zu sagen, um welche genauen Budgetansätze es sich hier handelt, die angeblich gekürzt worden sind!“)

Zusammenfassend kann man sagen, daß das Sozialbudget, insbesondere im Förderungsbereich, sicherlich nicht den Anforderungen moderner Sozialpolitik gerecht wird. Einfrieren der Förderungsmittel, wie das leider auch heuer wieder stattfindet, bedeutet Stillstand, im Hinblick auf die jährlichen Steigerungen aller Kosten sogar einen Rückschritt. Als Sozialreferentin kann ich diesen Sparmaßnahmen jedenfalls nicht zustimmen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ein wesentlicher Grundsatz, der gerade von ÖVP und FPÖ beim Budget immer wieder eingefordert wird, ist der der Budgetklarheit und Budgetwahrheit. Aus dem Budget soll bei den einzelnen Voranschlagsposten klar ersichtlich sein, wieviel Geld für bestimmte Tätigkeiten ausgeben wird. Damit ist wohl klar, daß alle Mittel, zum Beispiel jene für die sozialökonomischen Betriebe, bei deren Budgetpost aufscheinen müßten. Ebenso die Mittel des Frauenhauses bei der dafür vorgesehenen Ausgabenpost. Es geht daher meines Erachtens nicht an, die einzelnen Budgetposten zu gering anzusetzen, auf der anderen Seite aber auch öffentlich zu sagen, daß für die sozialökonomischen Betriebe, für das Frauenhaus und andere nicht ausreichend dotierte Vorhaben ohnehin mehr Mittel gewährt beziehungsweise vorgesehen werden. Daher fordern wir die Aufstockung der jeweiligen Budgetansätze, wie es in den einzelnen Beschlüssen vorgetragen wurde. Ich appelliere an die Damen und Herren Abgeordneten von ÖVP und FPÖ, den Beschlüssen der SPÖ zuzustimmen. Es wäre die ehrlichere Vorgangsweise. Probleme könnte es nach dem Angebot von Herrn Landesrat Dr. Hirschmann eigentlich nicht geben,

nachdem er Mittel der Sportförderung umwidmen möchte. Bei allen Beschlüßanträgen zum Sozialen zusammen handelt es sich lediglich um 21,2 Millionen Schilling, das sind gerade 0,8 Prozent des veranschlagten Sozialbudgets. An diesem wirklich erforderlichen Betrag sollte doch ein gemeinsamer Beschluß zu diesem Teil der Gruppe 4 nicht scheitern. Der Hohe Landtag würde mit einem einstimmigen Beschluß ein Bekenntnis dafür ablegen, daß man in der Steiermark Menschen mit sozialen Problemen nicht vergißt. (Beifall bei der SPÖ. – 18.36 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schmid.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (18.37 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich melde mich nur kurz und ich will es auch nicht zum System machen, daß ich mich hinter einem Regierungskollegen zu Wort melde, aber ich beziehe mich auf einen Zwischenruf von Herrn Abgeordneten Dr. Flecker, der da gelautet hat: Die Freiheitliche Partei oder ich sei gegen eine Aufstockung des von Ressel vorgeschlagenen Sozialbudgets. Du kannst ruhig dableiben, Herr Hofrat, weil hier Förderungen für die Kultusgemeinde dabei sind. Das ist ein Stil in dem Haus, das ist eine persönliche Beschuldigung, für die ich mich wirklich für den Herrn Abgeordneten Hofrat Flecker schäme. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.) Ich würde mich freuen, sehr geehrter Herr Abgeordneter, nachdem wir bisher, wie auch Ihre Verkleidung immer gezeigt hat, sehr sportlich aber intellektuell uns auseinandergesetzt haben, daß wir hier in der Steiermark die Diskussion nicht auf Wiener Floridsdorfer oder welches Niveau bringen, wo wir uns solche Dinge gegenseitig vorwerfen. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 18.38 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Flecker. (Abg. Grillitsch: „Was will denn der noch?“) Herr Kollege Grillitsch, in diesem Haus, bitte schön, darf jeder reden, wann immer er möchte! Bitte, solche Bemerkungen möchte ich nicht hören!

Abg. Dr. Flecker (18.40 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich glaube, man sollte dem Herrn Abgeordneten Grillitsch verzeihen, es ist verständlich. Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schmid, ich möchte dir etwas dazu sagen. Mein Zwischenruf hat gelautet, und zu dem stehe ich nach wie vor: „Aus welchem Grund auch immer du Ausreden fändest, die Förderungsmittel für die Israelitische Kultusgemeinde nicht vorzusehen, diese Ausreden sind nicht glaubwürdig.“

Und genau, daß ihr mit diesen Fragen Probleme habt, ist ja ein Zeichen (Abg. Dr. Lopatka: „Was soll das?“ – Abg. Purr: „Floridsdorfer Manieren!“) Sie grenzen Floridsdorf halt aus und der andere die Israelitische Kultusgemeinde! Aber, meine Damen und Herren, die Tatsache, sich in dieser Frage zu Wort melden zu müssen, wie es der Herr Landesrat Schmid gemacht hat, zeigt ja auf, daß man in dieser Frage sehr mühevoll Diskussionen führt. Und ich werfe ja da

dem Herrn Landesrat Schmid persönlich nichts vor. Aber wenn man einen Bundesparteiohmann hat, der eben in diesen Fragen verdächtig ist, dann weiß ich, daß man sich solche Diskussionen gefallen lassen muß und daß man sich gefallen lassen muß – (Abg. Grillitsch: „Wo sind wir denn? Wir sind im steirischen Landtag!“) daß man sich gefallen lassen muß, daß das in einer politischen Diskussion eine Rolle spielt. Und wenn du, Herr Abgeordneter Grillitsch, dich mit der FPÖ identifizierst und gleichermaßen ausziehst, so hast du das gleiche Problem. (Abg. Grillitsch: „Schäme dich, du führst dich auf wie ein Neandertaler!“) Ihr sucht nur einen künstlichen Absprung von euren Peinlichkeiten. Das ist alles. Ich weise daher, und ich sage das noch einmal, eine Partei, die einen Ideologen hat wie den Herrn Mölzer mit seinen Aussprüchen, eine Partei, die einen Obmann hat wie den Herrn Haider mit der ordentlichen Beschäftigungspolitik (Abg. Dr. Maitz: „Das ist das Mieseste, was ich je gehört habe! Sind Sie froh, daß Sie immun sind!“), so eine Partei wie diese FPÖ, muß sich eine Kritik gefallen lassen, schon im Interesse derer, die darunter in der Vergangenheit gelitten haben. (Beifall bei der SPÖ. – 18.42 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Meine verehrten Damen und Herren!

Ich habe den Eindruck, daß wir uns einer Debatte nähern, die diesem Hause nicht guttut. Ich unterbreche den Landtag für 30 Minuten und bitte die Herren Klubobmänner zu einer Präsidialkonferenz. (Unterbrechung der Sitzung um 18.43 Uhr, Wiederaufnahme der Sitzung um 22.03 Uhr.)

Meine verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die unterbrochene Landtagssitzung. Die Präsidialkonferenz und die Klubs haben in der Zeit der Unterbrechung die Situation eingehend diskutiert. Eine Übereinstimmung konnte nicht erzielt werden. Wir alle hoffen jedoch, daß die weitere Budgetdebatte in einem angemesseneren Klima erfolgen wird. Die Präsidenten werden ab sofort jede beleidigende Äußerung mit einem Ordnungsruf ahnden.

Eine weitere Wortmeldung liegt zum ersten Teil der Gruppe 4 „Soziale Wohlfahrt“ nicht vor. Der Berichterstatter verzichtet durch Abwesenheit auf ein Schlußwort.

Eingebracht wurden sieben Beschlüßanträge von Abgeordneten der SPÖ, die als Abänderungsanträge anzusehen sind, und zwar betreffend:

Erstens die Schaffung eines Ansatzes im Landesbudget „Schule für Altenpflegedienste, Rottenmann“ in Höhe von 930.000 Schilling, zweitens die Schaffung eines Ansatzes im Landesbudget „Lehranstalt für heilpädagogische Berufe, Graz“ in Höhe von 970.000 Schilling, drittens die Schaffung eines Ansatzes im Landesbudget „Förderung von Ausbildungsmaßnahmen für soziale Berufe“ in Höhe von 3 Millionen Schilling, viertens den Ansatz 1/429025 des Landesbudgets „Beitrag an die Grazer Fraueninitiative, Soforthilfe für bedrohte und mißhandelte Frauen und deren Kinder“, Erhöhung um 600.000 Schilling auf 1,5 Millionen Schilling, fünftens den Ansatz 1/413215 des Landesbudgets „Beiträge an Selbsthilfeorganisationen der Behindertenhilfe“, Erhöhung um 5 Millionen Schilling auf 10 Millionen Schilling, sechstens den Ansatz

1/429045 des Landesbudgets „Beiträge für sozialökonomische Projekte“, Erhöhung um 5,7 Millionen Schilling auf 15,7 Millionen Schilling, und siebentens den Ansatz 1/439535 des Landesbudgets „Beiträge an private Jugendwohlfahrtsträger für ambulante Unterbringungsmöglichkeiten“, Erhöhung um 5 Millionen Schilling auf 9 Millionen Schilling.

Weiters wurde ein Beschlußantrag der Abgeordneten Mag. Rader, Dr. Maitz, Dipl.-Ing. Vesko und Dr. Lopatka, betreffend die finanzielle Absicherung des Grazer Frauenhauses, eingebracht.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden.

Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden.

Das ist in allen acht Fällen geschehen.

Ich werde nun in folgender Reihenfolge abstimmen lassen:

Erstens über den Minderheitsantrag der Abgeordneten Gross, Prutsch, Trampusch und Korp, betreffend Änderung von Ansätzen zum ersten Teil der Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt (Ansätze 41 bis 46), zweitens über den Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend die Schaffung eines Ansatzes im Landesbudget „Schule für Altenpflegedienste, Rottenmann“ in Höhe von 930.000 Schilling, drittens über den Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend die Schaffung eines Ansatzes im Landesbudget „Lehranstalt für heilpädagogische Berufe, Graz“ in Höhe von 970.000 Schilling, viertens über den Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend die Schaffung eines Ansatzes im Landesbudget „Förderung von Ausbildungsmaßnahmen für soziale Berufe“ in Höhe von 3 Millionen Schilling, fünftens über den Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend den Ansatz 1/429025 des Landesbudgets „Beitrag an die Grazer Fraueninitiative, Soforthilfe für bedrohte und mißhandelte Frauen und deren Kinder“, Erhöhung um 600.000 Schilling auf 1,5 Millionen Schilling, sechstens über den Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend den Ansatz 1/413215 des Landesbudgets „Beiträge an Selbsthilfeorganisationen der Behindertenhilfe“, Erhöhung um 5 Millionen Schilling auf 10 Millionen Schilling, siebentens über den Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend den Ansatz 1/429045 des Landesbudgets „Beiträge für sozialökonomische Projekte“, Erhöhung um 5,7 Millionen Schilling auf 15,7 Millionen Schilling, achterns über den Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend den Ansatz 1/439535 des Landesbudgets „Beiträge an private Jugendwohlfahrtsträger für ambulante Unterbringungsmöglichkeiten“, Erhöhung um 5 Millionen Schilling auf 9 Millionen Schilling, neuntens über den Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten zum ersten Teil der Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt (Ansätze 41 bis 46), und zehntens über den Beschlußantrag der Abgeordneten Mag. Rader, Dr. Maitz, Dipl.-Ing. Vesko und Dr. Lopatka, betreffend die finanzielle Absicherung des Grazer Frauenhauses.

Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Minderheitsantrag der Abgeordneten Gross, Prutsch, Trampusch und Korp, betreffend Änderung von Ansätzen zum ersten Teil der Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt (Ansätze 41 bis 46) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend die Schaffung eines Ansatzes im Landesbudget „Schule für Altenpflegedienste, Rottenmann“ in Höhe von 930.000 Schilling, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend die Schaffung eines Ansatzes im Landesbudget „Lehranstalt für heilpädagogische Berufe, Graz“ in Höhe von 970.000 Schilling, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend die Schaffung eines Ansatzes im Landesbudget „Förderung von Ausbildungsmaßnahmen für soziale Berufe“ in Höhe von 3 Millionen Schilling, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend den Ansatz 1/429025 des Landesbudgets „Beitrag an die Grazer Fraueninitiative, Soforthilfe für bedrohte und mißhandelte Frauen und deren Kinder“, Erhöhung um 600.000 Schilling auf 1,5 Millionen Schilling, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend den Ansatz 1/413215 des Landesbudgets „Beiträge an Selbsthilfeorganisationen der Behindertenhilfe“, Erhöhung um 5 Millionen Schilling auf 10 Millionen Schilling, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend den Ansatz 1/429045 des Landesbudgets „Beiträge für sozialökonomische Projekte“, Erhöhung um 5,7 Millionen Schilling auf 15,7 Millionen Schilling, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend den Ansatz 1/439535 des Landesbudgets „Beiträge an private Jugendwohlfahrtsträger für ambulante Unterbringungsmöglichkeiten“, Erhöhung um 5 Millionen Schilling auf 9 Millionen Schilling, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten zum ersten Teil der Gruppe 4 (Ansätze 41 bis 46), ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der Abgeordneten Mag. Rader, Dr. Maitz, Dipl.-Ing. Vesko und Dr. Lopatka, betreffend die finanziellen Absicherung des Grazer Frauenhauses, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Mehrheit.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 4 Wohnbauförderung. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Schinnerl. Ich bitte um seinen Bericht.

Abg. Schinnerl (22.09 Uhr): Antrag auf Aufnahme des zweiten Teiles der Gruppe 4 Wohnbauförderung, Gruppe 4 Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, zweiter Abschnitt.

Wohnbauförderung, allgemeine Wohnbauförderung, Wohnbauförderung, Förderung der Wohnhausanierung, Förderung der Althausanierung, Bundessonderwohnbaugesetze, sonstige Einnahmen. Einnahmen 4.386,859.000 Schilling, Ausgaben 4.434,359.000 Schilling. Ich ersuche um Zustimmung zum Ansatz 48 Wohnbauförderung.

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Danke, Herr Berichterstatter!

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile es ihm.

Abg. Majcen (22.10 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe ja das erste Mal die Möglichkeit, als Wohnbausprecher der steirischen Volkspartei zu diesem Kapitel das Wort zu ergreifen. Ich bin sehr dankbar dafür. (Beifall bei der ÖVP.)

Sie gestatten daher, daß ich eine Einleitung zu dem Kapitel mache und eine Vorbemerkung. Die Vorbemerkung ist die, daß wir gerade durch den Berichterstatter gehört haben, daß sich in diesem Kapitel die Einnahmen mit den Ausgaben nahezu decken. Das ist etwas, was grundsätzlich in einem Budget erfreulich ist.

Der Architekt Ernst Giselbrecht hat eine Bemerkung, eine Architektenbemerkung, zum Wohnbau gemacht unter dem Titel „Die Wohnung als Bühne für den Auftritt Leben“, und ich möchte ihn kurz zitieren.

„Das Ende des 20. Jahrhunderts ist gekennzeichnet durch gewaltige Veränderungen in allen Lebensbereichen. Grenzen werden verschoben, nicht nur im politischen und geographischen Sinn, auch in der Gesellschaft sind Verschiebungen spürbar und wollen durch Gestaltung in sinnvolle Bahnen gelenkt werden. Aufgabe der Architektur ist es, auf die neuen Bedürfnisse zu reagieren und neue Formen und Strukturen zu entwerfen, welche durch Ausschöpfung der neuen Möglichkeiten eine neue Kultur fördern. Wenn die

Prognosen stimmen, so wird am Beginn des nächsten Jahrhunderts ein Vielfaches der Menschen in Großstädten leben. Es gilt somit, eine neue urbane Kultur zu entwickeln. Es gilt aber auch, Möglichkeiten zu zeigen für die Wohnsituation auf dem Lande. Dies ist sehr wichtig, damit unsere dörflichen und ländlichen Strukturen erhalten werden, und nicht eine Vereinigung der ländlichen Gegend uns vor neue Probleme stellt. Eine der ganz grundlegenden Forderungen an eine neue Wohnform ist die Forderung nach Anpassung an die sich verändernden Bedürfnisse. Die Wohnung soll in ihrer Flexibilität Anregung sein zu einer fast spielerisch erlebbaren experimentellen Aktivität, bei der Wandelbarkeit und Veränderbarkeit nicht nur die Möglichkeit schaffen, jederzeit wechselnden Erfordernissen des Zusammenlebens innerhalb der Familie beziehungsweise der Wohngemeinschaft entsprechen zu können, sondern auch zur erlebniserfüllten und lustvollen Daseinserweiterung werden. Nirgendwo wird der einzelne mehr mit Architektur und Baukultur konfrontiert wie bei der Gestaltung seines eigenen Wohnraumes. Wenn Ernst Bloch einmal gesagt hat, daß Architektur der Produktionsversuch menschlicher Heimat ist, so wird uns klar, welche Verantwortung übernommen werden muß. Während in früheren Zeiten das Hauptthema des Wohnens die Schutzfunktion vor Wetter, Umwelt und so weiter war, so wird heute vermehrt Wohnen auch zur Darstellung der eigenen Lebensweise. Der Erlebniswert des selbstbestimmten und selbstgestalteten Wohnens wird zur neuen Ausdrucksform des einzelnen und zum Lustgewinn.“

Soviel als Vorbemerkung zu diesem Kapitel. Eine sehr interessante Betrachtung. Aber ich möchte mich doch jetzt ein bißchen in die Niederungen des steirischen, derzeit geltenden Wohnbaus begeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, anlässlich der beiden letzten Novellierungen des Wohnbauförderungsgesetzes ist sehr umfassend und grundsätzlich diskutiert worden. Die Wohnbauförderung hat eine ganz große Änderung in eine neue Richtung genommen und hat – und das möchte ich ausdrücklich betonen – ihren Teil zur Budgetsanierung bereits beigetragen. Trotzdem sind neuerlich einige Gedanken zu diesem Kapitel angebracht. Wie stellt sich die Situation dar?

Als bekannt wurde, daß die Wohnbauförderungsgesetzgebung geändert wird, haben viele Steirerinnen und Steirer aus langjähriger Erfahrung, nämlich der, daß Reformen manchmal nichts Gutes bedeuten, sofort die Situation ausgenützt und haben angesucht. Sowohl im Einfamilienhausbau als auch im Geschosswohnbau kam es im Jahre 1992 zu einem regelrechten Boom. Dieser Boom läßt sich in folgenden Zahlen darstellen:

Im Jahre 1992 wurden für 1194 Eigentumswohnungen und für 1080 Mietwohnungen insgesamt 2,272 Milliarden Schilling an Förderungen aufgewendet. Das sind insgesamt 2300 Geschosswohnungen. Diese Geschosswohnbauten haben ein Bauvolumen von insgesamt 3,3 Milliarden verursacht, woraus man den Wirtschaftsfaktor Wohnbau ablesen kann, der ja dann in der Folge noch viele weitere Investitionen nach sich zieht.

Bei der Eigenheimförderung hat es für insgesamt 4603 Förderungsfälle 1,753, also eindreiviertel Milliarden Schilling in Form von Darlehen und Zinszuschüssen gegeben.

Und jetzt kommen wir zum Jahr 1993. Während die Bauleistungen im Geschoßwohnbau 1993 ungefähr gleich blieben, weil sich die Förderungsänderungen nicht so rasch auswirken, weil es da eben gewissen Nachlauf oder Vorlauf gibt, ist 1993 die Zahl der Ansuchen um Eigenheimförderung stark zurückgegangen, nämlich von 4600 im Jahr 1992 auf rund 3000 Wohneinheiten. Inzwischen ist die Tendenz wieder steigend, das heißt, es ist für das Jahr 1994 mit einer Normalisierung zu rechnen. Die Zahl der Wohnungen, die durch umfassende Sanierungen entstanden sind, betrug 1992 3474, also hier kann man auch die Leistungen dieser Art von Wohnbauförderung erkennen, und 1993 2100. Ein starker Rückgang, weil in diesem Zeitraum die Umstellung der ursprünglich 50prozentigen Förderung, also 50 Prozent Annuitätenzuschuß auf zehn Jahre, umgestellt wurde auf die neue Förderung.

Mehrere Schlüsse sind aus diesen Zahlen zu ziehen:

Erstens: Die überaus große und direkte Auswirkung der Wohnbauförderungsgesetzgebung auf den Wohnungsmarkt. Zweitens: Ganz stark damit im Zusammenhang die direkte Auswirkung der Wohnbauförderung auf die Wirtschaft, insbesondere auf das Baugewerbe und das Baunebengewerbe, und drittens eine Bemerkung, die hier auch angebracht ist, die Subjektförderung in Form von Wohnbeihilfe ist stark im Steigen. Wenn auch da und dort von Mißbrauch die Rede ist, so ist die Wohnbeihilfe ein gutes Modell – sicher aber noch verbesserungswürdig.

Die Summe der ausbezahlten Wohnbeihilfen ist von zirka 466 Millionen Schilling im Jahr 1992 auf 493 Millionen Schilling im Jahr 1993 angestiegen, und die Tendenz ist weiter steigend. In diesem Zusammenhang möchte ich auch ganz kurz meine Gedanken zur umfassenden Sanierung äußern. Ich halte diese Form der Wohnraumbeschaffung für eine sehr gute, wenn dabei bestimmte Rahmenbedingungen eingehalten werden. Diese lauten:

Erstens: Umfassende Sanierung ist dann gut, wenn die vorhandene Infrastruktur genützt wird. Zweitens ist sie dann gut, wenn sie Bausubstanz, und zwar erhaltungswürdige Bausubstanz, erhält, und drittens ist sie dann gut, wenn sie zu einer besseren Ausnutzung der Bodenressourcen führt.

Allerdings muß man dabei aufpassen, daß das gleichzeitige Vorhandensein dieser Punkte notwendig ist. Es ist problematisch, da und dort feststellen zu müssen, daß Scheunen, Ställe und ähnliche Gebäude mitten in der Landschaft plötzlich zu Häusern mit mehreren Wohnungen umgebaut werden.

Was allerdings erfreulich ist, für mich erfreulich ist, ist, daß durch die umfassende Sanierung privates Kapital aufgebracht und mobilisiert wird, daß der Druck auf den Wohnungsmarkt abnimmt und gleichzeitig Substanzerhaltung betrieben wird. Das ist etwas, was man auch als gut bewerten muß. Notwendig ist für mich die präzise Beurteilung solcher umfassenden Sanierungen vor der Zuerkennung von Mitteln, insbesondere auch die Beurteilung seitens der Raumordnung. Es kann nicht Sinn der umfassenden

Sanierungen sein – und ich schließe mich hier der da und dort geübten Kritik an –, daß sie falsch ist, wenn irgendwo ohne Verkehrsinfrastruktur und ohne andere Infrastruktur umfassende Sanierung mitten in der Landschaft eigentlich das Gegenteil von dem bewirkt, was wir uns wünschen würden. Die Kritik, daß es zu einer Förderung von Privaten kommt, ist ganz leicht zu entkräften. Es ist nun einmal so, daß sich die Altbausubstanz des Landes Steiermark vorwiegend in Privatbesitz befindet, und daher ist von vornherein klar, daß diese Form der Wohnraumbeschaffung in erster Linie Private betrifft, aber wenn dadurch 2000 bis 3000 Wohnungen pro Jahr geschaffen werden, ist das grundsätzlich einmal zu begrüßen. Außerdem gibt es natürlich Mietzinsobergrenzen. Es ist daher falsch, wenn da oder dort behauptet wird, es würden sich Private auf Kosten überhöhter Mieten bereichern, und die Wohnbeihilfe wäre eine Doppelförderung. Sie wäre es dann nämlich auch in allen anderen Bereichen, auch für Gemeinden oder andere Institutionen. Die Frage, was nach 15 Jahren sein wird, ist schwer zu beantworten. Ich glaube es zu wissen. Die Mieten werden sinken, weil die Wohnungen sonst nicht anzubringen sind. Es kann aber auch dann eine niedrigere Miete substanz-erhaltend eingesetzt werden, weil ja die Rückzahlung der Investition abgeschlossen ist. Sehr positiv ist für mich die letzte Wohnbauförderungsgesetznovelle, weil sie die kleinen Sanierungen, wie sie bezeichnet werden, also die Sanierungen, die nur mit einem 25prozentigen Annuitätenzuschuß gefördert werden und nicht so groß im Umfang sind wie eben die umfassenden Sanierungen, auch wieder wohnbeihilfenfähig gemacht hat. Und das wirkt sich auch sicher positiv aus, insbesondere auf Gemeinden, und ist für Gemeinden eine entscheidende Hilfe. Übrigens, damit wir nicht in den Fehler verfallen, den wir oft selber machen: Ich war heuer mit einer Delegation in Baden-Württemberg, und wir haben uns dort sogenannte „Deregulierungsmodelle“ im Bauverfahren angeschaut und haben in dem Zusammenhang uns auch Wohnbauförderungssysteme betrachtet. Und ich kann sagen, daß wir oft unser Licht unter den Scheffel stellen und wenig Selbstbewußtsein zeigen. Die Form der umfassenden Sanierung ist von den dortigen Wohnbaufachleuten als eine sehr gute Idee aufgenommen worden, und es ist uns gesagt worden, sie werden diese Idee verfolgen, vielleicht läßt sie sich auf andere Verhältnisse, auf ihre Verhältnisse, umlegen. Was mir persönlich Sorgen macht, ist die Situation auf dem Sektor des Geschoßwohnbaues. Die Eigentumswohnung ist durch verschiedene Maßnahmen sehr teuer geworden und insbesondere auf dem flachen Land eigentlich nicht mehr erschwinglich. Der Mietwohnkauf ist bis heute rechtlich noch nicht zur Gänze abgesichert, und der Geschoßwohnbau als Mietwohnung hat ebenfalls noch seine finanz- oder bilanzrechtlichen Tücken. In dem Zusammenhang ist es vielleicht angebracht, ein Schreiben jüngsten Datums zu verlesen, das die zuständige Rechtsabteilung 14 an alle gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen zur Versendung gebracht hat, wo es nämlich um die Ausräumung dieser rechtlichen Bedenken geht, im Zusammenhang mit den Mietkaufwohnungen. Hier schreibt die Rechtsabteilung 14 folgendes: „Die Übertragung von Mietwohnungen

in das Wohnungseigentum wurde im Rahmen des dritten Wohnrechtsänderungsgesetzes geregelt. Paragraph 15 b des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes, in der Fassung des dritten Wohnrechtsänderungsgesetzes, räumt dem Mieter unter bestimmten Voraussetzungen einen Rechtsanspruch auf Übertragung in das Wohnungseigentum ein. Es ist beabsichtigt, die gemeinnützigen Bauvereinigungen durch eine Bedingung der Förderungszusicherung zu verpflichten, die Voraussetzungen zu schaffen, daß die Mieter die Möglichkeit des Erwerbes des Rechtsanspruches auf nachträgliche Übertragung der Mietwohnungen in das Wohnungseigentum haben. Um sicherzustellen, daß die Einräumung des Rechtsanspruches auf Übertragung in das Wohnungseigentum keine Umsatzsteuerpflicht begründet – das ist jetzt der springende Punkt –, hat die Rechtsabteilung 14 eine Anfrage an das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten gerichtet. Die Anfrage vom 13. Jänner 1994 und die Antwortschreiben werden in Kopie zur Information übermittelt. Aus diesem Schreiben ergibt sich, daß eine Formulierung, wie sie von der Rechtsabteilung 14 vorgeschlagen wurde, unbedenklich wäre." Hierauf kann der Herr Hofrat Dr. Rauchlatner natürlich mit besonderem Genuß schreiben „Ihr Dr. Rauchlatner“.

Meine Damen und Herren, ich bin sehr neugierig, wie sich der Zweig des Geschoßwohnbaues in diesem und im nächsten Jahr entwickeln wird. Wir werden auf jeden Fall die laufende Entwicklung sehr genau beobachten. Ich sage, ich bin ein Anhänger von Eigentum, weil es private Kräfte in ungeahntem Ausmaß mobilisiert. Ich bin nicht der Meinung, daß die so großartige Idee der Eigentumswohnung, die in diesem Land eine so unglaubliche Tradition hat und zu einem breiten Wohlstand der Bevölkerung auch geführt hat, daß diese Tradition so still und leise auslaufen soll.

Meine Damen und Herren, wohnen gehört zu den zentralen Bedürfnissen der Menschen. Die Bevölkerung erwartet von uns eine angemessene Versorgung mit Wohnraum. Ganz neue Verhältnisse, wie die Verkleinerung der Haushalte, sie wurden heute schon mehrmals angesprochen von der Kollegin Pußwald, von der Frau Landesrat Dr. Rieder, von Dr. Lopatka, die Verlängerung der Lebenserwartung, die trotz mancher Rückschläge allgemein günstige Einkommenssituation unserer Bevölkerung und auch gewisse soziale Veränderungen, wie Scheidungen und so weiter, führen zu verstärkter Wohnungsnachfrage. Ich habe mich persönlich oft gefragt in meiner Heimatgemeinde Fürstenfeld, wir haben in den letzten 20 Jahren Wohnungen gebaut, Wohnungen gebaut, alle sind voll, und trotzdem haben wir noch immer zu wenig Wohnungen, obwohl die Bevölkerung eigentlich nicht mehr geworden ist. Da gibt es viele Antworten darauf. Oder sagen wir, es gibt viele Versuche von Antworten, keine ist allgemeingültig. Das Land muß helfen, diese Nachfrage, die noch immer besteht, auch auf Grund dieser geänderten Bedingungen, zu befriedigen.

Stark zurückgegangen – bei der Betrachtung der Zahlen – ist die von vielen gewünschte, auch auf dem flachen Land oft zur sparsamen Grundverbrauchs-situation beitragende Wohnform „Eigenheim in Gruppe“. Wahrscheinlich sind die Beschränkungen und die Auflagen, die man mit dieser Förderung ver-

bunden hat, zu gravierend, insbesondere wird die Flächenbegrenzung auf 600 Quadratmeter nicht akzeptiert. Und es ist zu überlegen, ob man diese Leute nicht dadurch bei dieser Wohnbauform behalten kann, daß man hier gesetzlich adaptiert, bevor man sie in den Einfamilienhausbau treibt, der dann in Wahrheit einen wesentlich größeren Verbrauch an infrastrukturellem Boden nach sich zieht.

Wir waren uns auch oft einig, daß Geschoßwohnbauten auch auf dem sogenannten flachen Land eine positive Möglichkeit der Wohnversorgung unter Zugrundelegung eben von sparsamem Umgang der Fläche und Infrastruktur darstellen, im Moment aber nur mehr Mietwohnungen gebaut werden, weil sich eben diese Eigentumswohnungen nicht finanzieren lassen, wie gesagt insbesondere auf dem Land, weil dort die durchschnittliche Bevölkerung die finanzielle Kraft der Aufbringung der Mittel nicht hat. Wenn wir heute damit rechnen müssen, daß eine Eigentumswohnung selbst am Land bei niedrigen Baukosten und bei niedrigeren Errichtungskosten und niedrigen Grundkosten, eine Anzahlung von 450.000, 500.000, 600.000 Schilling erfordert, dann sagen Sie mir, wo die jungen Menschen sind, die sich das leisten können. Und ich weiß manchmal nicht, ob der Schritt, der getan wurde, nicht ein etwas zu großer Schritt war, aus mehrfacher Hinsicht. Auch aus der Hinsicht, daß jetzt mancher sich keine Eigentumswohnung mehr leisten kann, eine Mietwohnung wollen sie nicht, bis sie dann wieder zur Wohnform des Eigenheimes zurückgreifen und wir wieder den von mir vorher genannten Effekt des hohen Grundverbrauchs erreichen, den man eigentlich verhindern oder abschwächen wollte.

Viele Menschen wählen die Form des Einfamilienwohnhauses. Eine Wohnform oder die Wohnform, die laut Mikrozensus 1991 fast die Hälfte aller österreichischen Haushalte mit ihrem Hauptwohnsitz in Gebäuden mit ein bis zwei Wohnungen haben. 49,3 Prozent, Tendenz steigend. Und es ist für mich immer wieder interessant festzustellen, welche Menschen, welche Berufsgruppen in diesen Einfamilienhäusern wohnen. Nach der Berufsschicht zeigen sich deutliche Unterschiede in den Ein- und Zweifamilienhausanteilen. Von den Selbständigenhaushalten aus nicht landwirtschaftlichen Bereichen wohnen 61 Prozent, von den Arbeiterhaushalten 52 Prozent und von den Angestellten- und Beamtenhaushalten rund 40 Prozent in Ein- und Zweifamilienhaushalten.

Mit steigender Qualifikation nimmt auch der Anteil dieser Wohnform zu. Ich möchte darauf nicht näher eingehen, weil ich will auch die Zeit nicht über Gebühr in Anspruch nehmen. Aber das sind für mich wichtige Überlegungen, weil sie dazu dienen, die Entwicklungen besser zu verstehen, und weil sie möglicherweise helfen, die notwendigen Anpassungen vorzunehmen. Ich bin der Meinung, daß in Zukunft im Geschoßwohnbau nach einem akzeptablen Verhältnis der drei Wohnformen Eigentumswohnung, Mietkaufwohnung und Mietwohnung gestrebt werden soll. Beim Eigenheim in Gruppe sind noch einmal alle Aspekte zu überprüfen, die zum starken Rückgang dieser Wohnform geführt haben.

Auch die – und das ist auch ein Punkt, der für mich wichtig ist – an sich richtige Idee der sogenannten

Wertsicherung der Rückzahlung im Einfamilienhausbau ist durch ständig sich verändernde Zinssätze nicht unbedingt als gerecht anzusehen. Und wir sollten diese Tatsache zum Anlaß nehmen, diese optisch mathematisch möglicherweise richtigen, in der Praxis jedoch nicht ganz gerechten Bedingungen zu überdenken. Ich werde in den nächsten Tagen gerne den Wohnbausprechern der anderen Parteien ein nagelneues Zahlenmaterial zur Verfügung stellen, aus dem man diese Ungerechtigkeit ablesen kann. Und wir waren immer der Meinung, Wohnbauförderung muß bei uns bedeuten: Gerechtigkeit für den zu Fördernden, wenn er schon Anspruch auf Förderung hat. Wir haben eine sehr gut funktionierende Abteilung für Wohnbauförderung. Das Land kann mit den Leistungen im Wohnbau eigentlich zufrieden sein. Aber wir haben – meine Damen und Herren – auch alle die Verpflichtung, die Situation aufmerksam zu beobachten, ständig zu beobachten und rasch und unbürokratisch zu handeln, wenn sich das als notwendig herausstellen sollte.

Meine Damen und Herren, ich verzichte jetzt darauf – und werde das bei nächster Gelegenheit irgendwann einmal nachholen –, einige Gedanken zur Deregulierung, und zwar zur Deregulierung in mehreren Bereichen, insbesondere aber zur Deregulierung der Bauordnung, anzumerken. Ich sage das deswegen, weil das ein Kapitel ist, das derzeit auch im Novellierungsraum schwebt, und weil ich gehört habe, daß der Novellierungsentwurf, in den schon die ganzen Einwendungen eingearbeitet sind, in den nächsten Wochen vorliegen wird.

Ich möchte noch ein kurzes Wort sagen, wenn Sie das so spät gestatten, zu dem in einem Landtagsantrag mit dem Erstunterzeichner Getzinger – der jetzt leider nicht da ist – (Abg. Dr. Lopatka: „Er ist auch noch da!“) Entschuldigung, da ist er; ich freue mich sehr, daß du da bist, er sitzt hinten beim Kachelofen, weil dort ist es besser zu sitzen – genannten „Niedrigenergiesparhaus“. Und weil, wie Sie, Herr Kollege Getzinger, sicher schon wissen, der Herr Prof. Stehno sein Gutachten einer kleinen Runde bereits abgeliefert hat – ich habe dieser Runde nicht angehört. Aber ich habe inzwischen wenigstens die grundsätzlichen Ergebnisse erfahren. (Abg. Dr. Lopatka: „Wie heißt der Professor?“) Prof. Stehno – ich habe in der Schule auch Steno gehabt, aber ohne „h“, der aber ist mit „h“ – über das Ergebnis der Forschungsarbeit für Energiesparmaßnahmen und deren Förderungsmöglichkeiten. Eine sehr interessante Studie, die es sicher wert wäre, einmal im Detail diskutiert zu werden. Er hat zehn Niedrigenergiehäuser geprüft und ist bei dieser Prüfung draufgekommen, daß nur eines dieser Energiekennzahl 50 Kilowattstunden pro Quadratmeter pro Jahr entsprochen hat. Das heißt, unter diesem Titel wird auch so etwas ähnliches wie Etikettenschwindel betrieben, auf den manche hineinfallen. Zehn eingereichte Bauvorhaben wurden von Prof. Stehno überprüft, und zwar Geschosswohnbauten, und dort hat man folgendes festgestellt: 40 Prozent, also vier von diesen zehn Häusern, haben sozusagen die Normen für ein Energiesparhaus erfüllt, 20 Prozent haben die Normen für ein Niedrigenergiehaus erfüllt und 40 Prozent sozusagen die Grundförderung nach der Önorm, allein mit der Önorm. Die

Untersuchung hat gezeigt, daß auch ohne Förderungsanreiz sehr gut gebaut wird. Solaranlagen hat er als sehr wichtig bezeichnet, aber nicht überall anwendbar. Und vor allem hat er festgestellt, daß es schwierig ist, eine einheitliche Kennzahl zu finden. Ob diese Zahlen einheitlich für die ganze Steiermark oder gestaffelt nach Heiztagen anzuwenden sind, ist eine Frage, die man politisch beantworten muß. Ich möchte dazu nur folgendes sagen, damit man das besser versteht, welche Unterschiede es gibt. In Graz gibt es 3500 Heiztage, in Gröbming aber 4577, das heißt unterschiedlich, wie hoch Seehöhe, Standort. In Graz 3500 Heiztage, was ich nicht verstehe, denn für mich hat das Jahr nur 365, aber bitte, vielleicht ist das auf eine längere Zeit berechnet. Wärmegewinn, Wärmeverlust, der aus der Lage des Gebäudes, und da ist eigenartigerweise festgestellt, da ist eine Skizze dabei, wenn in einem Haus Wohnungen übereinander sind, hat es eine Energiekennzahl von 47,3, wenn dieselben Wohnungen nebeneinander liegen, gibt es eine Energiekennzahl von 75. Und wenn es überhaupt Geschosswohnungen sind, die in einem großen Ausmaß vorhanden sind, dann sinkt das noch weiter ab – ist für jeden Laien logisch erkennbar, ich hätte gar keinen Forschungsauftrag dazu gebraucht –, denn wenn ich in einem Haus wohne, wo über mir geheizt wird, neben mir geheizt, links, rechts neben mir, hinter mir und unter mir, dann ist mir schon klar, daß der Energieverbrauch ein niedrigerer ist. Auf jeden Fall schlägt Prof. Stehno vor, in seiner Studie, über die wir sicher, wie gesagt, noch einmal ausführlich reden werden, eine Grundförderung für Häuser nach der Önorm und dann eben die Kategorie Energiesparhaus, Niedrigenergiehaus mit zusätzlichen Einrichtungen, wie Solaranlagen für Warmwasser, teilsolare Heizanlagen, Anbauglashaus und so weiter. Ich bin sehr froh, daß diese Studie von Prof. Stehno uns helfen wird, diese Form oder dieses Niedrigenergiesparhaus oder diese Form des Bauens neu und gut zu diskutieren. Ich freue mich überhaupt auf die Diskussion, weil ich in diesem Zusammenhang sagen darf, auch wenn sich die Situation manchmal anders darstellt, wenn in Beratungen von Ausschüssen, in Parteienverhandlungen oder in anderen Bereichen der Kontakt von Mensch zu Mensch da ist, wenn kein Grund besteht, auf Grund anwesender Journalisten, Kameras und so weiter, ein außergewöhnliches Verhalten an den Tag zu legen, dann muß ich allen Kollegen hier in diesem Hause ein Kompliment machen. Wir haben noch nie Probleme gehabt, wir haben gut diskutiert, wir haben sachlich diskutiert, manchmal haben wir die Probleme nicht verstanden, aber dann hat man halt nachgedacht, und manchmal ist man dann auch daraufgekommen, daß der andere auch recht hat. Natürlich glaubt man immer, daß man selbst recht hat. Ich hoffe, daß im Wohnbau diese gedeihliche Zusammenarbeit erhalten bleibt, weil der Wohnbau etwas sehr Wichtiges, sehr Sensibles ist und weil wir diese sensible Materie Wohnbau nicht zerstören dürfen. Ich danke daher allen, die immer wieder mithelfen, und ich bitte auch weiterhin um diese gute Zusammenarbeit. (Allgemeiner Beifall. – 22.44 Uhr.)

Präsident: Ich danke, Herr Abgeordneter. Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Grabner. Ich ersuche um seinen Beitrag.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (22.45 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Auch ich möchte, wie Kollege Franz Majcen, mit Zahlen beginnen. Er hat aber schon darauf hingewiesen, daß wir in unseren Betrachtungen zum Wohnbau naturgemäß Auffassungsunterschiede haben, die wir erfreulicherweise in einer wohlthuenden Atmosphäre an- und bisher meistens auch ausdiskutieren konnten. Im wesentlichen liegt der Unterschied unserer Betrachtung darin, daß es mir und meiner Fraktion in hohem Maße um die soziale Dimension des sogenannten sozialen Wohnbaus geht. Und unter dieser Prämisse betrachten wir auch den Erfolg unserer seinerzeitigen gemeinsamen Bemühung, mit einem neuen Wohnbauförderungsgesetz den Wohnbau in der Steiermark anzukurbeln und sozial treffsicherer zu machen. Und wenn Kollege Franz Majcen auflistet, daß es im vergangenen Jahr 2028, im Jahr 1992 2200 und im Jahr 1991, das ergänze ich, 1600 Wohnungen, geförderte Wohnungen, im Bau gegeben hat und er damit durchaus zufrieden ist und von einem Bauboom spricht, dann halte ich dem entgegen, lieber Kollege, ich bin deshalb damit nicht zufrieden, weil wir immer noch eine ganze Reihe, viele, viele Tausende Wohnungsuchende haben, die entweder gar keine Wohnung oder eine Wohnung haben, die sie sich nur mühsam oder fast gar nicht leisten können. Und ich werde in dieser meiner Feststellung, die niemand bestreiten kann, darin bestärkt, daß auch die Akademie der Wissenschaften, meine Damen und Herren, unlängst veröffentlicht hat eine Ziffer, die uns animieren muß, alles zu unternehmen, wirklich einen Wohnbauboom zu initiieren. Und darüber werden wir, wie ich hoffe, in der nächsten Zeit gemeinsam nachdenken, wie wir hier Anstöße geben können, um mit dem Geld, das zur Verfügung steht und das ganz augenscheinlich nicht im ausreichenden Maße vermehrbar ist, trotzdem mehr Wohnungen initiieren zu können. Die Akademie der Wissenschaften spricht davon, daß Gesamtösterreich bis 2011 eine Million neue Wohnungen brauchen wird und daß bei der derzeitigen Wohnbauleistung in Österreich, aber auch in der Steiermark, wenn man das rückrechnet, um 50 Prozent mehr Wohnungen jährlich gebaut werden müssen, um, wie es heißt, eine drohende Wohnungsnot abzuwehren. Es ist in unserem, und ich bin sicher, im sozialen Verständnis aller meiner Kollegen Wohnbausprecher die erste und wichtigste Aufgabe, ausreichend Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Und deshalb, glaube ich, müssen wir alles unternehmen, um die Anzahl der zu bauenden und zu fördernden Wohnungen nach Tunlichkeit zu steigern. Wenn es geht, dann sogar um dieses Ausmaß von 50 Prozent, das heißt, wir müßten in den nächsten Jahren nicht, wie im Konzept und im Programm 1994, 1995 und 1996 vorgesehen, jeweils 2000 Wohnungen, also unwesentlich unverändert von der bisherigen Leistung, sondern 3000 Wohnungen bauen. Und das werden wir nur können – und das ist meine erste Anregung –, wenn wir nicht auf ein Sonderprogramm verzichten, das ist derzeit noch nicht in Absicht genommen. Das war aber, wie wir alle wissen, in den letzten Jahren einige Male als besonderer Ansporn und als besondere Bemühung um einen Wohnbauboom sehr wohl vorhanden. Ich appelliere daher, daß wir gemeinsam überlegen, wie

wir eine weitere Sonderwohnbauprogrammfinanzierung gestalten können. Ich halte dafür, daß es das in hohem Maße ist, was wir anzusprechen haben.

Zum zweiten, meine Damen und Herren, es geht mir auch um die Kosten, um die sozial vertretbaren Kosten der Wohnungen. Wir wissen, daß die Bevölkerung darunter stöhnt. Ich brauche hier gar nicht zu zitieren, weil Sie das alle gelesen haben „Preise für das traute Heim explodieren“ und, und, und. Und da, glaube ich, haben wir anzusetzen und zu überlegen, was können wir tun, um die Preise einzudämmen. Und hier ist zuerst einmal klarzustellen, daß es nicht nur die Baukosten sind. Wir wissen, daß die Nettobaukosten etwa 65 Prozent dessen ausmachen, was dann letztendlich eine Wohnung kostet. Und wir haben hier am Anfang zu starten, bei den Bauvorbereitungskosten und bei den dem Wohnbaumarkt vorgelagerten Märkten. Ich spreche hier an die Grundstückskosten. Und wir haben hier einen Ansatz gewählt, und ich rege ein Zweites an: hier in diese Richtung weiterzugehen. Wir haben im neuen Wohnbauförderungssystem den sogenannten Sozialwohnungen unser besonderes Augenmerk geschenkt, und wir werden darauf drängen, daß wir hier noch verstärkt die Mittel einsetzen, weil wir bei diesem System die Grundstückskosten überhaupt nicht auf die Mieter überwälzen, und dasselbe gilt für die Aufschließungskosten, die ebenfalls bei diesem System nicht auf die Mieter überwälzt werden. Und ich halte dafür, daß wir alle Bauräger, die von diesem Wohnbauförderungssystem Gebrauch machen, die Genossenschaften, die Baugesellschaften und die Gemeinden, in hohem Maße dabei unterstützen sollten, Grundstücke zur Verfügung zu haben, um sie dann kostenlos zur Verfügung stellen zu können. Und deshalb brauchen wir auch hier überschreitend, zwar in einem Ressort zusammen bei Herrn Landesrat Schmid, nicht nur die von dir angesprochenen Veränderungen in der Bauordnung – da bin ich bei dir und möchte es noch um einiges ergänzen –, sondern auch die von uns bereits vorgelegten Initiativen auf dem Sektor „Änderung der Raumordnung“. Warum? Weil ich glaube, daß wir die Gemeinden bei der Grundstücksbeschaffung unterstützen müssen.

Und wir haben deshalb vorgeschlagen, in der Kategorisierung des Baulandes auch eine Extrakategorie „Wohnbauland“ einzuführen, zum Ersten, und zum Zweiten das bisherige Instrumentarium der Vorbehaltsfläche, die die Gemeinden in die Lage versetzt für Kindergärten, öffentliche Bauten, Straßenbauten bisher den öffentlichen Vorbehalt des öffentlichen Interesses anzumelden, diese Vorbehaltsfläche auszuweiten auch auf den Wohnbau. Damit glauben wir, daß wir auch den explodierenden Grundstückskosten ein bißchen entgegenwirken könnten, wenn die Gemeinden und die Genossenschaften in der Lage sind, ausreichend Wohnbauland zur Verfügung stellen zu können.

Die Baukosten an sich, die Herstellungskosten werden oft in Verbindung gebracht mit der Baukonjunktur. Das heißt, wenn sich die Bautätigkeit so zusammenballt, daß die Firmen übersättigt sind, dann wird es naturgemäß zu höheren Kosten kommen. Jetzt sage ich aber gleich dazu: Ich glaube nicht ganz, daß es der richtige Ansatz wäre, hier zu sagen „na, dann

lassen wir es eben und warten, bis sich die Baukonjunktur etwas gelegt hat". Wir sollten nur – glaube ich – die Bausaison und die Bauleistung besser auf das ganze Jahr verteilen.

Und diese Möglichkeit gibt es, meine Damen und Herren. Ich denke daran, daß in Schweden – und ich wähle bewußt dieses Beispiel, es gibt viele andere auch – der Winter sicherlich nicht weniger hart ist als bei uns. Aber dort wird die Bauleistung über das ganze Jahr verteilt. Und das ist möglich. Es ist erstens technisch möglich, und es wird dort animiert durch entsprechende Stützungsmaßnahmen, die wir uns bedauerlicherweise vor einigen Jahren selbst genommen haben, als die BAF zum Beispiel abgeschafft wurde, die natürlich zu diesem Zeitpunkt zu unwirksam war, ich glaube mit 6 Millionen pro Jahr, sollte hier etwas Umfassendes als Winterarbeit gefördert werden, das war natürlich viel zu wenig, aber ich denke, daß man auch darüber Überlegungen anstellen sollte, insbesondere unter dem Aspekt, daß es ja hier um die Dimension der Winterarbeitslosigkeit geht. Wenn ich denke, daß in meinem Bezirk im vergangenen Winter zum Jahreswechsel 73 Prozent der qualifizierten Bauarbeiter keine Arbeit hatten, bei 60 Prozent lagen wir noch im Jänner, und derzeit sind wir noch bei 31 Prozent, das heißt, die Winterarbeitslosigkeit verschlingt gewaltige Summen an Arbeitslosenunterstützungen. Und wenn wir einen Teil davon nur zur Animierung der Winterbeschäftigung einsetzen, dann glaube ich, daß wir die Arbeit auf das ganze Jahr sinnvoll verteilen können, aber auch die Bautätigkeit und damit wahrscheinlich diese eng zusammengeballte Bauexplosion während der Sommerzeit etwas hintanhaltend können.

Und ich komme nun zu dem Punkt, den du angesprochen hast, Veränderung der Abläufe durch Veränderung der Bauordnung und der entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen, unbürokratische Hürden, die derzeit existieren, weil wir auch alle wissen, daß ein Übermaß an Zeit von der Bauabsicht bis zur Baufertigstellung sehr, sehr viel kostet. Wenn so etwas nur zwei Jahre verzögert wird, haben wir schon ungefähr 10 Prozent höhere Kosten. Das heißt im Klartext, wir haben hier alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Bauvorbereitungszeit und die Vorlaufzeiten zu verkürzen. Und hier gibt es Möglichkeiten. Wir haben uns das Wohnbaumodell in Südtirol angesehen. Dort gibt es eine fixe Auflage des Landes, daß von der Bauabsicht und der Genehmigung der Bauabsicht durch die Südtiroler Landesregierung die Architekten nur sechs Monate Zeit haben, bis das Projekt fix fertig geplant, ausführungs- und baureif geplant, und damit auch die gesamten Behördenwege schon erledigt und der Baubeginn tatsächlich starten kann. Gerade die Grazer Kollegen und Kolleginnen werden ein Lied davon singen können, daß allein von der Baueinreichung bis zur Baugenehmigung zwei und mehr Jahre vergehen.

Meine Damen und Herren, hier ist, glaube ich, das Wort von Deregulierung am Platz, wenn wir nämlich versuchen, durch eine entsprechende klare Vorgangsweise bei den Behörden diesen Behördenweg zu verkürzen, so daß wir nicht so endlose Jahre den Amtsschimmel wiehern hören müssen, während uns die Baukosten ständig steigen und damit auch eine Möglichkeit verlorengeht, zu vernünftigen Baukosten

zu bauen. Ich denke aber hier, daß wir selbst in unserem Umfeld hier das eine oder andere dazu beitragen könnten, und wir müssen einmal überlegen, ob man nicht das System des Wohnbautischen, von dem mir sehr, sehr viele sorgenvolle Klagen zu Ohren kommen, ob hier nicht auch eine Beschleunigung der Begutachtungsverfahren herbeigeführt werden könnte. Ich weiß, daß es vom Herrn Landesrat zur Beschleunigung der Verfahren initiiert war, aber der Erfolg hat sich noch nicht eingestellt. Die derzeitige Dauer der Genehmigungsverfahren, der Prüfungsverfahren, bis man zum Bauen kommt, ist ganz einfach zu lange.

Natürlich hängt eine kostengünstige Baumöglichkeit auch von einer Planung ab, die Wirtschaftlichkeit ganz besonders im Vordergrund hat. Und hier, lieber Freund Majcen, muß ich sagen, haben wir natürlich ein Problem. Nicht nur die Tatsache, daß die Architekten in den letzten Jahren nicht gerade dazu animiert waren, kostengünstig zu bauen, hat uns dazu bewogen, in die neue Förderung, in das neue System wenigstens schon hineinzunehmen, daß auch wirtschaftliche Aspekte berücksichtigt werden müssen bei der Planung, und die werden dann auch geprüft und begutachtet. Ich sage ja noch dazu, es wäre sinnvoll, in jenen Jurys, in denen darüber befunden wird, welche Bauplanung dann zur Ausführung kommt, vorgeschaltet bei der Vorprüfung auch eine Vorprüfung auf wirtschaftliche Umsetzbarkeit durch einen Statiker und einen Bautechniker, durch einen Haustechniker vornehmen zu lassen und so ein gewisses Maß an Auswahlkriterien zu haben, daß ich jene Planungen, die von Haus aus schon erkennbar sehr teuer sind, ausschließe. Du hast vorhin den Kollegen Architekten Giselbrecht zitiert mit einer sehr anthroposophischen Betrachtungsweise zum Thema Wohnen. Gerade der Kollege Giselbrecht wurde unlängst in den Zeitungen zitiert. Und ich nenne es ungern, weil ich ihn nicht anschwärzen möchte, aber du hast ihn genannt, und ich muß dem entgegenhalten, diese Überlegungen führen natürlich möglicherweise auch dazu, daß er sich dann von der „Kleinen Zeitung“ sagen lassen mußte unter der Überschrift „Flop der Woche“, daß er ein Projekt abgeschlossen und abgerechnet hatte, das extra auf kostengünstiges Wohnbaumodell angelegt war, und bitte mit 50 Prozent Kostenüberschreitung abgeschlossen hat. Das ist nicht erfreulich. Und hier bitte haben wir anzusetzen, hier haben wir anzusetzen, und bitte, versuchen wir, diese Anregung in die kommende Verordnungsgestaltung noch hineinzunehmen, noch verstärkt hineinzubringen, daß wirtschaftliche Kriterien bei der Auswahl und Überprüfung von Planungen in höherem Maße Platz greifen müssen als bisher. Natürlich, meine Damen und Herren, hat auf der Kostenseite auch die Frage der Bebauungsplanung, der Raumplanung, der Projektgrößen, der Wohnungsgrößen, Bebauungsdichte eine Auswirkung. Wir haben hier schon angesetzt, und wir haben uns erst unlängst bei der Verhandlung über die aktuelle kleine Raumordnungsgesetznovelle dazu gefunden, Möglichkeiten einzuräumen, die Bebauungsdichte über das nunmehr verordnete Maß möglicherweise in Einzelfällen sogar noch anzuheben. Weil ich glaube, meine Damen und Herren, daß wir in unseren Städten ganz einfach wieder dichter und höher bauen können müssen, weil das auch billiger wird.

Und wir alle wissen, daß ein hohes Maß der Kosten die Finanzierungskosten ausmachen. Wir haben hier ein System gefunden in unserer Wohnbauförderung, das es den Genossenschaften ermöglicht, Eigenmittel einzusetzen, um kostensenkend zu wirken. Und ich habe von jener Genossenschaft, in der ich tätig bin, sehr, sehr erfreuliche Beispiele zu vermelden aus den letzten Jahren. Wir konnten allein mit diesem System Wohnungen herstellen, die absolut vergleichbar mit jenen, die nach anderen Systemen gefördert wurden, ausgestattet sind, wo wir Nettomieten von 49 Schilling je Quadratmeter, brutto inklusive Betriebskosten 59 Schilling – nachgewiesen –, durchgerechnet haben, das funktioniert. In hohem Maße darauf zurückzuführen, daß, wie schon vorher erwähnt, keine Grundkosten anfallen, aber auch natürlich die Finanzierung durch Eigenmittel der Genossenschaften. Und jetzt sage ich gleich dazu, natürlich müssen wir den Genossenschaften auch die Möglichkeit geben und auch weiterhin einräumen, die entsprechenden Eigenmittel zur Verfügung zu stellen und auch zu erwirtschaften.

Das wird notwendig sein, und darum glaube ich, daß das Genossenschaftssystem in sich in diese Richtung zu animieren ist, und ich bin sehr erfreut, daß ich von vielen Kollegen unter den Genossenschaffern sehe, daß sie in diese Richtung ebenfalls aktiv werden. Ein kurzes Wort noch zu den Sanierungen. Du wirst dich erinnern, daß wir zum Thema „umfassende Sanierung“ bei den letzten Verhandlungen vorweg immer wieder eingebracht hatten, auch jetzt bei der kleinen Novelle, die wir mit 1. März beschlossen hatten, daß wir die Laufzeit noch weiter verlängern wollen. Warum? Weil derzeit, und das sehen wir ja auch, ihr habt es ja alle gelesen, meine Herren Kollegen, Altbau-sanierung – „Kleine Zeitung“ vom März –, das ist nur Hausherrenförderung. (Abg. Dr. Ebner: „Aber das ist es ja nicht, du weißt das!“) Ich weiß, in diesem Artikel steht kein Blödsinn, aber in einigen Bereichen schießt er über das Ziel. Aber die Grundsatzempfindung ist richtig, daß, wenn ich nach 15 Jahren aus der Möglichkeit der Wohnbeihilfenunterstützung herausfalle, und das wird bei sehr, sehr vielen der Fall sein, es wird sehr, sehr viele geben, die sich diese Wohnung dann nicht mehr leisten können, weil dann natürlich der Hauseigentümer die Möglichkeit der freien Mietengestaltung hat und darüber hinaus noch die Indexierung über die gesamte Laufzeit nachziehen kann. Da haben wir auch noch ein Problem. Und ich würde bitten, daß wir gemeinsam darüber nachdenken, wie wir hier die Altbau-sanierung etwas sozial treffsicherer machen können, so daß wir möglicherweise durch eine Laufzeitverlängerung die anfallenden Mieten senken können, aber auch die Zeitdauer, den Zeitlauf der Wohnbeihilfenfähigkeit strecken können.

Wir haben insgesamt gesehen, meine Damen und Herren, Handlungsbedarf. Es ist nicht so, daß wir sagen können, jetzt haben wir eine Wohnbauförderung gemacht, jetzt arbeiten wir an einer neuen Raumordnung, und jetzt versuchen wir, die Bauordnung auch wohnbaufreundlich und kostengünstig umzugestalten. Wir haben immer noch Handlungsbedarf in allen diesen drei Bereichen, nachzujustieren und insbesondere darauf zu achten, daß wir das immer

in Querverbindungen und Querüberlegungen gemeinsam machen. Immer dann, wenn wir in der Raumordnung uns bemühen, sollten wir auch gleichzeitig mit überlegen, was hat diese und jene Gesetzespassage für den Wohnbau für Auswirkung, und immer dann, wenn wir die Bauordnung angehen, haben wir uns dasselbe zu überlegen. Und darum glaube ich auch, daß wir hier gemeinsam weitertun sollten, und ich bin erfreut, wie schon meine Vorredner, daß es hier ein hohes Maß an gemeinsamem Wollen gibt, unterstützt, hervorragend unterstützt von den Herren Kollegen der Beamtenschaft in der Rechtsabteilung 14 und in der Fachabteilung Ib. Auch hier haben wir wirklich zu danken, und ich lade Sie alle ein, insbesondere den Herrn Landesrat, hier in unserem Sinne zur Initiierung eines neuen Wohnbaubooms und zur Erhöhung der sozialen Treffsicherheit gemeinsam aktiv zu werden. (Beifall bei der SPÖ. – 23.08 Uhr.)

Präsident: Ich danke. Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Ebner das Wort.

Abg. Dr. Ebner (23.08 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Kollege Grabner vor mir hat es angesprochen, daß die Kosten auch sozial vertretbar sein sollen. Ich gebe ihm völlig recht, nur glaube ich auch, daß man auch die Kosten – und wir reden hier ja eigentlich über das Budget – von der anderen Seite sehen soll und auch von der anderen Seite her sehen muß. Welche Kosten – und das sehe ich jetzt auch einmal als soziale Kosten – fallen denn dem Land an? Das Land hat ja Einnahmen aus Steuergeldern, das heißt, es sind ja auch sozialisierte Kosten. Weißt du, man muß immer abwägen, wie kann ich mit dem Steuergeld, mit dem ich ja sorgsam umzugehen habe, am meisten bewirken bei den Wohnungen. Daß wir hier viel, viel bewirken wollen, sind wir uns ja alle offenbar einig. Sagen wir so: Über das Ziel sind wir uns einig, über die Wege liegen wir uns manchmal ganz schön in den Haaren, würde ich sagen.

Ich darf auf einen Punkt des Kollegen Grabner, den ich als einen angeführt habe, jetzt vorweg eingehen, nämlich die große Sanierung 10 Jahre, 15 Jahre, 20 Jahre. Wir haben ja bei der letzten großen Novelle von 10 Jahren auf 15 Jahre angehoben, und wir haben jetzt bei der kleinen Novelle heftig darüber diskutiert, sollen wir es jetzt auf 20 Jahre anheben. Es wäre schön, wenn alles ginge und man es auf 20 Jahre anheben könnte, weil man dann erstens einmal erreichen kann, daß jemand länger in den Genuß einer Wohnbeihilfe kommen kann, sofern er so lange die Voraussetzungen hat, und es würden die Rückzahlungskosten auf 20 Jahre gestreckt werden, und damit würde die Miete natürlich entsprechend niedriger werden für den einzelnen.

Wir haben es dann doch dabei belassen. Erstens aus dem Grund, daß die 15 Jahre erst relativ kurz sind und wir noch kaum Erfahrungswerte haben über die 15 Jahre, das ist das eine. Das andere ist, weil es auch Berechnungen gegeben hat und uns auch glaubhaft versichert worden ist, es könnte mit den 20 Jahren dann bereits die Schmerzgrenze überschritten sein, das heißt, es ist ein Herantasten an die Schmerzgrenze, bis zu welcher Laufzeit ist ein privater Investor

– und der Großteil ist hier privates Kapital, das wir hier mobilisieren wollen – bereit, um eine umfassende Sanierung zu machen. Wir sind gerne bereit, bis zur Schmerzgrenze zu gehen, nur, wir müssen alle aufpassen, daß wir nicht über die Schmerzgrenze drüber-rutschen, weil dann haben wir das Gegenteil erreicht, und es werden keine umfassenden Sanierungen mehr gemacht, weil irgendwo, was für die Genossenschaften gilt, daß sie ein bißchen Gewinn machen dürfen – Kollege Grabner –, das muß für den Privaten ja noch viel mehr gelten, daß er auch Gewinn machen muß, das ist halt einmal die Triebfeder für jeden privaten Investor, wenn er keinen Gewinn machen kann, wird er auch kein Geld investieren. Soviel zur großen Sanierung. Du hast aber auch angesprochen, und ich möchte daran nicht vorbeigehen, die Sache mit dem sozialen Wohnbau und der Raumordnung, die ja bereits diskutiert worden ist. Es gibt hier unterschiedliche Vorschläge. Ich sage ganz offen, ich bin ein bißchen zusammengezuckt, wie du das Wort „Wohnbau-land“ verwendet hast. Ich erkläre dir gerne, warum. Ich hoffe, du meinst nicht diese Idee. Aber es war die Idee bereits auf dem Tisch, auch schriftlich auf dem Tisch – also wir wissen, was wir reden –, daß wir im Flächen-widmungsplan die Ausweisung ermöglichen, wie „Sondernutzungen im Freiland“, sozusagen Sondernutzung im Bauland, wo sonst, aber Sondernutzung für den sozialen Wohnbau. Das Problem, das ich damit habe, ist, daß es dann einfach ausgewiesen wird. Es kann sich der Bürger, sprich der Grundeigentümer, nicht wehren gegen diese Ausweisung oder nur sehr schwer. Er kann mit diesem Grundstück auf die Dauer des Flächenwidmungsplanes, der wird dann durch Revision wieder verlängert, nichts anderes machen, als dort zu sozialem Wohnbau verkaufen, und hat auch keine Möglichkeit, wenn er keinen Käufer findet, und das wäre ja auch möglich, mit dem Grundstück irgend etwas anderes zu machen. Und das ist eine totale Knechtung und eine totale Knebelung des Grund-eigentümers, bei der ich nicht mitgehen will. Du hast allerdings dann auch weitergesprochen und hast von Vorbehaltsflächen gesprochen. Und der Ansatz scheint mir wesentlich interessanter zu sein. Wir haben ja Vorbehaltsflächen derzeit in der Raum-ordnung für etliche Dinge, wo man meint, daß sie für die Gemeinde so wichtig sind, daß sie auch wirklich zu Grundstücken kommen können muß, das ist für Kindergärten, Schulen, aber auch für öffentliche Plätze und dergleichen. Und ich bin der Meinung, daß wir in diesem Bereich im Zuge der großen Raumordnungs-novelle, die wir vor uns haben, durchaus weiterreden sollten über diese Vorbehaltsflächen. Das sage ich hier jetzt einmal so. Kollege Grabner, du weißt auch sehr gut, warum es aus der kleinen Novelle herausgefallen ist. Ich will das hier nicht ausbreiten, wir hätten vielleicht hier schon weiterdiskutieren können, war leider nicht möglich. Das will ich hier nicht weiter ausführen, gerade in der heutigen Situation und im heutigen Landtag will ich darüber nicht weiterreden. Doch zur Vorbehaltsfläche. Ich glaube, wir müssen mehrere Kriterien hier ansetzen. Erstens einmal müssen wir klar definieren, für was geben wir die Vorbehaltsfläche, was ist genau „Sozialer Wohnbau“, unter welchen Bedingungen kann die Gemeinde das wirklich als Vorbehaltsfläche ausweisen. Meiner Meinung nach nämlich nur dann, wenn sie keine

anderen, wirklich keine anderen vernünftigen Flächen bekommen und ausweisen kann. Das Verfahren zum Erwerb dieser Vorbehaltsflächen muß meiner Meinung nach auch geändert werden. Es muß rascher gehen. Die Gemeinde, wenn sie schon so etwas ausweist, dann bekommt sie eine kurze Frist, nicht eine lange, innerhalb der sie sich entscheiden muß, ob sie das Grundstück zu einem entsprechenden Preis, der ein ordentlicher sein muß, ob sie das Grundstück ankauft. Macht sie das nicht in dieser Zeit, dann soll dieses Grundstück auch wieder frei sein für den Grundeigentümer, und er soll damit wieder machen können, was er will. Weil wenn eine Gemeinde das Grundstück will, dann soll sie sich auch deklarieren und soll es ehrlich meinen. Und ob sie es ehrlich meint oder nicht, sieht man dann, wenn sie es kauft oder nicht. Ob sie wirklich das Geld auftreibt und das nicht nur eine Absichtserklärung der Gemeinde war. Und was wir auch verbessern müssen, und zwar nicht nur wegen dem sozialen Wohnbau Vorbehaltsfläche, sondern insgesamte Vorbehaltsflächen, ist meiner Meinung nach der Rechtsschutz, der dort etwas unklar definiert ist. Ich weiß aus der Praxis, wie schwer es ist, hier wirklich zu seinem Recht zu kommen, wenn man dagegen kämpft. Und ich kenne da einen speziellen Fall, wie schwer es ist, ein Grundstück nämlich dann nach vielen, vielen Jahren wieder zurückzukaufen, was für ein Krankenhaus enteignet oder gekauft worden ist, wie auch immer – manche wissen wahrscheinlich, von welchem Grundstück ich rede –, das heute in Graz nach wie vor als Parkplatz verwendet wird und eigentlich nicht für ein Krankenhaus.

Ich gebe auch beiden Rednern – ich glaube, auch der Kollege Majcen hat es angesprochen – recht, daß wir wirklich zu höheren Dichten kommen müssen. Wir haben ja hier auch einiges bereits gemacht. Du hast gesagt jetzt in der Novelle, aber auch früher schon in der Bauordnungsnovelle, das Recht auf Ausnutzung der höchstzulässigen Bebauungsdichte. Wir reden, glaube ich, beide nicht von den häßlichen Hoch-häusern, die in der Vergangenheit entstanden sind, aber es muß einfach möglich sein, auch mehr als drei Geschoße einmal irgendwo hinzustellen. Welche Vor-teile bringt das mit sich? Einer der Vorteile ist, daß ich die Infrastruktur, die, wie wir alle wissen, auch hohe Kosten im Wohnbau verursacht, besser nutzen kann (Kanal, Wasserversorgung, Verkehrsmittel und so weiter). Die Wohnung insgesamt wird aber auch billiger. Die ersten zwei Stockwerke, wie wir ja aus Statistiken und Erfahrung wissen, sind halt einmal die teuersten Stockwerke. Die mehrgeschoßigen Bauten sind um bis zu 25 Prozent sogar billiger, was einen ganz erheblichen Betrag ausmacht. Und der Energieaufwand – der Kollege Getzinger ist eh da, ich weiß nicht, ob er gerne höhere Geschoßbauten hätte – kann bei höheren Geschoßbauten um 40 Prozent geringer sein, als wenn ich klein baue.

Ich glaube, daß es auch andere Gründe gibt für höhere Dichten in städtischen Ballungsgebieten. Ich glaube, daß da in der Vergangenheit vielfach der Weg einfach in die falsche Richtung gegangen ist. Daß es Energie weniger ist, hat der Kollege Majcen hier schon sehr drastisch geschildert, mit oben, unten und so, du hast völlig recht, das sagt einem schon der Haus-verstand, das wissen alle, die in so einer Wohnung

wohnen, wo links und rechts und überall geheizt wird, daß man schon fast nichts mehr heizen braucht. Ich glaube aber, und das sollte man auch einmal sagen, daß diese höheren Dichten auch eine ganz wichtige Aufgabe darstellen, in diese Richtung zu gehen für unsere Architekten und unsere Raumplaner, die hier so oft einer Philosophie huldigen, einer Philosophie huldigen des Klein-Bauen, jahrelang, jahrelang praktiziert worden ist, und jetzt offenbar doch auch in Graz, so wie ich merke, ein Umdenken zu bemerken ist. Wie gesagt, im Ziel sind wir uns einig. Wir müssen mehr und billigere Wohnungen bauen, na, würde ich gerade sagen, aber dazu brauchen wir auch eben ein Geld, und dazu brauchen wir eben auch Förderungen, eben nicht nur privates Kapital, sondern auch Förderungen. Und hier muß ich doch ganz kurz, nachdem wir beim Budget sind, in die Vergangenheit zurückblenden und muß das wirklich sagen, daß hier der Landesrat Schmid ein ja erschreckend schweres Erbe eigentlich übernommen hat. Nämlich, er hat Versprechungen und damit Schulden in Milliardenhöhe übernommen und hätte, glaube ich, fünf Jahre eigentlich überhaupt nichts Zusätzliches machen können. Wenn hier keine Änderung passiert wäre, dann wäre es in spätestens 20 Jahren soweit gewesen, daß man 15 Milliarden Schilling Nettoneuverschuldung, nämlich zusätzlich nur aus dem Wohnbau, gehabt hätte. Wenn ich daran denke, daß wir da über 2, 3 oder mehr Milliarden reden heute. Das wäre völlig unfinanzierbar gewesen, und zwar ohne daß mehr Wohnungen gebaut worden wären. Die Konsequenz wäre gewesen, man hätte dann nämlich überhaupt keine mehr zusätzlich fördern können, sondern man hätte sich vor lauter Schulden überhaupt nicht mehr ausgesehen.

Diese Tendenz sehe ich ja in anderen Bereichen auch, wo man auch umdenken sollte. Das muß man auch sagen, daß es durchaus Möglichkeiten gibt, und das Problem besteht, wenn wir so weitertun, und deshalb diskutieren wir ja heute auch so kontrovers in diesem Budgetlandtag, daß es auch andere Bereiche gibt, wo die Kostenschere immer wieder auseinandergeht und wir Gefahr laufen, auch bei den Sozialleistungen, weil der Herr Landesrat Strenitz gerade hereinkommt, auch bei den Krankenhäusern, wenn das so weitergeht, daß wir in einigen Jahren ja überhaupt nichts mehr finanzieren können, weil wir nur mehr an den Schulden nagen, die wir nicht mehr zurückzahlen können. Es war also auch im Wohnbaubereich eine Änderung dringend erforderlich, die, wie wir wissen, Landesrat Schmid ja so rasch wie möglich gemacht und auf den Tisch gelegt hat. Wir haben es ja dann gemeinsam beschlossen. Bei dieser Förderung, weil wir ja auch von Verwaltungsinnovation, Rationalisierung, Vereinfachungen, Deregulierung und derartigen Ausdrücken reden, man sollte auch danach handeln, wenn es irgendwo möglich ist. In diesem Gesetz ist ja auch zum Beispiel bei den Eigenheimen eine Deregulierung geschehen, daß man nicht mehr nach Quadratmetern begrenzt, sondern nur mehr nach der Familiengröße die Förderung gibt. Wie groß er dann wirklich baut, das soll er sich dann selber überlegen, wenn er glaubt, größer bauen zu können. Wir reden auch alle immer von der Großfamilie, auch das soll heute noch möglich sein, eine Großfamilie zu machen. Und was der sehr positive Nebeneffekt davon

war, daß man die Quadratmeterkontrolloren, wie ich sie immer genannt habe, nicht mehr braucht, die dann hinausfahren messen, sind es jetzt 129 oder doch 131 Quadratmeter. Man kann sich also auch durch Nachdenken einiges einsparen und durch Deregulierung. Aber wieviel ist dabei herausgekommen bei diesen Einsparungen? Beim Forderungsverkauf, weil hier immer unterschiedliche Zahlen genannt werden, beim Forderungsverkauf 1992 immerhin 1,2 Milliarden Schilling, beim Forderungsverkauf 1993 0,8 Milliarden Schilling. Die Einsparung durch die Umstellung 1993 803 Millionen Schilling, für 1994 prognostizierte 853 Millionen Schilling. Das heißt, für 1994 allein 853 Millionen Schilling. Wenn ich das jetzt zusammenrechne, Forderungsverkauf und die zwei Jahre Einsparung, komme ich immerhin auf über 3,6 Milliarden Schilling Einsparungen, die allein im Wohnbaubereich passiert wären. Ich glaube, wir müßten heute überhaupt nicht darüber reden, ob wir überhaupt noch ein Budget beschließen können, wenn im Wohnbaubereich nicht diese dramatische Umstellung und diese Einsparung geschehen wäre. Und das ist alles passiert, wie der Kollege Majcen richtig gesagt hat, ohne daß weniger gebaut worden wäre. Es ist nämlich in Wahrheit von 1992 auf 1993, und der Kollege Heibl wird mir recht geben, um 6 Milliarden Schilling sogar mehr im Wohnbau insgesamt jetzt verbaut worden, nicht um 6 Milliarden Schilling mehr Förderung, sondern im Wohnbau mehr verbaut und mobilisiert worden. Nicht allzu viele Zahlen will ich hier nennen, aber doch, wie man sieht, wie man auch bei meinen Vorrednern gesehen hat, ganz ohne Zahlen geht es auch im Wohnbaubereich nicht. Ich darf doch einige Zahlen bringen. Hier Vergleich 1990/91 auf 1992/93, wo so viele Krankjammerer durch die Gegend gegangen sind und gesagt haben, um Gottes willen, es wird alles zusammenbrechen, es werden keine Wohnungen mehr gebaut werden. Ganz im Gegenteil. Im Geschosswohnbau sind 1990/91 4130 Wohneinheiten gefördert worden, 1992/93 4606, also 476 Wohneinheiten mehr. Bei der großen Sanierung waren es 2454 Wohneinheiten mehr, bei den Scheckwohnbauprojekten waren es um 672 Wohneinheiten mehr, bei den Eigenheimen hatten wir 1992/93, wenn ich hier den Teil des Landesrates Dr. Hirschmann auch mitnehmen darf, 7642 Wohneinheiten und um 644 mehr als 1990/91. Sie sehen also, die ganze Krankjammerei hat in keinsten Weise gestimmt. Man kann das sogar so auf den Punkt bringen, daß in den beiden Jahren seit der letzten Landtagswahl, über die uns ja jetzt die Zahlen vorliegen, in den beiden Jahren seit der letzten Landtagswahl, also seit Landesrat Schmid hier ressortverantwortlich ist, um über 4000 Wohneinheiten mehr, nämlich genau 4246 Wohneinheiten mehr, gefördert worden sind als in den beiden Jahren vor der Landtagswahl. Ich glaube, daß man auf diesen Erfolg recht stolz sein kann. Es hat viele Zweifler gegeben, und viele haben gemeint, das wird nicht gehen. Die Zahlen beweisen es, daß dies ein richtiger Weg war, den wir hier eingeschlagen haben.

Da wir heute schon von Graz und von den größeren Dichten gesprochen haben: Es war ja Graz immer unser Sorgenkind, wenn ich das einmal so sagen darf. In Wahrheit, in Graz ist trotz Anbieters hoher und höchster Förderungssummen einfach nichts weitergegangen. In Graz ist viel zu wenig gebaut worden, mit

den ganzen unangenehmen Nebenerscheinungen, die dann zu Haupterscheinungen geworden sind, nämlich die Abwanderung in das Umland, wo nicht nur billiger, sondern auch wesentlich mehr Bauten angeboten worden sind. Eine Entwicklung, die ausgesprochen ungesund für die Stadt Graz gewesen ist. Es war eine wichtige Aufgabe, diesen Trend, wenn es schon nicht gelingt, ihn umzukehren, aber diesen Trend wenigstens zu stoppen und zu versuchen, ihn umzukehren, um nämlich Graz als das Zentrum auch wirklich zu dem zu machen, was es eigentlich sein soll. Nämlich Zentrum, nicht nur von Graz und Graz-Umgebung, sondern Zentrum der Steiermark, wo eben Menschen wohnen sollen und wo sich die Menschen wohl fühlen sollen und wo sie sich auch Wohnungen leisten können sollen. Und hier doch einige erfreuliche Zahlen, wie sie sich ganz aktuell darstellen. Es sind derzeit in Graz 4654 Wohneinheiten in Bau.

Und durch die verstärkten Aktivitäten, die allerdings – und das sage ich nicht ganz ohne Stolz – auch zurückzuführen sind, daß jetzt in der Stadt Graz der Wohnbau in Freiheitlicher Ressortverantwortung ist, ist jetzt die Prognose bis 1996 von Wohnbauvorhaben, die in Bau sein werden, 5084. Nicht insgesamt, sondern zusätzlich. Das heißt 4654 plus 5084, so daß wir sagen können, wir werden bis zum Jahre 1996 fast 10.000 Wohneinheiten in Graz in Fertigstellung haben, oder wenn es schnell geht, auch schon fertig haben. Das ist eine sensationelle Zahl, die in den letzten Jahren nicht einmal jemand zu träumen gewagt hat. Und das geht eben nur mit großem Einsatz, mit Zusammenarbeit zwischen dem Land und mit der Stadt Graz, und hier muß ich als Grazer Abgeordneter wirklich einmal auch unserem Landesrat – auch wenn es kein Freiheitlicher wäre, würde ich ihm danken – herzlich danken für seinen großen Einsatz.

Diese Aktivitäten, die hier gesetzt worden sind, haben natürlich – und ich glaube, der Kollege Heibl ist schon auf der Rednerliste – positive Auswirkungen auf die Bauwirtschaft. Und, Kollege Heibl, ich darf dich zitieren hier: Du hast es offenbar im vorigen Jahr einmal auch geortet, ich zitiere dich vom 30. September 1993, da habe ich in einer Zeitung gelesen, daß positive Signale auf dem Wohnbausektor zu bemerken sind. Es hat sich damals bereits abgezeichnet, und wenn wir heute, jüngsten Datums, die letzten Tage eigentlich, die Konjunkturprognosen auf den Tisch bekommen haben, sehen wir erfreulicherweise, daß der Bau- und Wohnbausektor nach wie vor offenbar ein gewisser Motor der Konjunktur ist. Und es ist auch sehr erfreulich, daß hier der geförderte Wohnbausektor sicherlich nicht nachsteht, sondern hier zusätzlich die Konjunktur ankurbelt. Interessanterweise – und das freut mich auch – hat sich diesem Lob am 16. Jänner 1994 in der Zeitschrift „Täglich Alles“ auch der Kollege Gennaro angeschlossen. Die FPÖ hat also in dem Bereich des Wohnbaus das gemacht, was ich mir von anderen Regierungsmitgliedern, insbesondere Regierungsmitgliedern mit hohem Förderungsbereich, auch erwarten würde. Die FPÖ hat hier nämlich, damals auch noch mit Hilfe der SPÖ, Rationalisierungsmaßnahmen gesetzt und bewiesen, daß es geht, ohne Leistungseinschränkung ja sogar Milliarden einzusparen und dem Budget wirklich aus der Patsche zu helfen.

Und ich sage es noch einmal: Es sind jetzt wirklich auch andere Regierungsmitglieder dran, bei der Rationalisierung etwas voranzutreiben und auch bei der Verwaltungsreform voranzutreiben. Und wenn ich an den Antrag der SPÖ denke, den sie eingebracht hat, das Personal dem jeweiligen Landesrat zu unterstellen, dann spricht überhaupt nichts dagegen, wenn die SPÖ-Landesregierungsmitglieder, aber von mir aus auch alle anderen, so wie es der Landesrat Schmid gemacht hat in seinem Bereich, durch diese Quadratmeterkontrolle, die man nicht mehr braucht, auch Rationalisierungsmaßnahmen in personeller Hinsicht zu machen. Es spricht überhaupt nichts dagegen, wenn sich die anderen Regierungsmitglieder auch einmal darüber den Kopf zerbrechen, wie sie denn in ihrem Verwaltungsbereich und ihren Ämtern die Menschen besser einsetzen können und die Mitarbeiter besser einsetzen und damit auch besser motivieren können und mehr darum kümmern, was dort gemacht wird.

Ich bin überzeugt davon, daß hier auch ein großes Potential vorhanden ist und vielleicht sogar eine Verbesserung der Leistung, und nicht eine Verschlechterung der Leistung. Eines kann ich aber allen Regierungsmitgliedern – insbesondere der SPÖ – versprechen, daß wir mit unserem Drängen in Richtung Rationalisierung nicht nachlassen werden, daß wir auch mit unserem Drängen in Richtung Verwaltungsinnovation nicht nachlassen werden, daß wir sie auch beim Budget 1995 wieder darauf hinweisen werden, daß Sie Rationalisierungsmaßnahmen zu setzen haben. Und wir werden Sie fragen, was Sie schon gemacht haben. Weil wenn ich denke an den Rationalisierungs-Ausschuß, wo die SPÖ einmal eingezogen ist, einmal ausgezogen ist, aber bei der Verwaltungsinnovation war sie da. Da kann ich mich noch gut erinnern, mit der Begründung: Ja, ja, Verwaltungsreform oder Verwaltungsinnovation, das wollen wir ja auch! So nach dem Motto „hic Rhodos, hic salta!“ sage ich: Jetzt kommt die Nagelprobe beim Budget 1995. Wir werden Sie fragen, was Sie denn eigentlich umgesetzt haben in Ihrem Regierungsbereich. Wenn Sie Anträge oder Änderungen hier vornehmen und vorschlagen, dann kann ich Ihnen eines versprechen, so wie es ja im Wohnbaubereich, wie man auch von meinem Vorredner gehört hat, insgesamt ja recht amikal zugeht und gemeinschaftlich zugeht. Wenn Sie etwas vorlegen, kann ich Ihnen jetzt schon versprechen: Mit unserer Unterstützung werden Sie sicherlich rechnen können! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 23.35 Uhr.)

Präsident: Ich danke sehr! Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Heibl. Ich erteile es ihm.

Abg. Heibl (23.35 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Es ist unbestritten – meine Vorredner haben das ja auch behauptet –, daß am Wohnbausektor in der Steiermark einige gute Möglichkeiten für einen forcierten Wohnbau, Neubau sowie Sanierungen, geschaffen wurden. Jedoch klappt die Umsetzung nicht in dem Maße, wie es notwendig wäre. Es ist unbestritten, daß es in der Steiermark noch immer einen riesigen Bedarf an erschwinglichen Wohnungen

gibt. Und ich betone erschwingliche Wohnungen. Ich glaube, daß wir diese zum größten Teil erst errichten müssen. Wir haben nach wie vor in der Steiermark den zweithöchsten Wohnungsfehlbestand, nach Wien. Und Wien, wie wir alle wissen, holt stark auf. Wir sollten nur nicht einen Fehler machen und nur von den neu errichteten Wohnungen ausgehen und nur diese Zahlen verwenden.

Vergessen wir doch nicht, daß eine beträchtliche Anzahl von Bestandswohnungen in Büros umgewandelt werden, daß eine beträchtliche Anzahl von Wohnungen zusammengelegt werden, daß viele Wohnungen baulich verfallen oder geschliffen werden oder einfach nicht mehr verwendbar sind. Wenn wir diese Zahlen, diesen Abgang, berücksichtigen, dann schaut die Wohnbauleistung, der Wohnungszuwachs, in unserem Bundesland schon beträchtlich ungünstiger aus.

Mit einer durchschnittlichen Wohnungsgröße, österreichweit, und die Steiermark weicht hier kaum ab, von 77 Quadratmetern liegen wir in Europa im untersten Bereich. Ich erwähne nur einige europäische Staaten: Dänemark mit 108 Quadratmetern, Deutschland mit 86 Quadratmetern, die Schweiz mit 86 Quadratmetern, Italien mit 85 Quadratmetern und so weiter. Und glauben Sie mir, dort gibt es auch nicht mehr Singlewohnungen als bei uns. Wir haben in der Steiermark etwa in den letzten Jahren 4,8 Wohnungen pro 1000 Einwohner jährlich fertiggestellt, der Österreich-Schnitt war ungefähr 5,2, also leicht darunter.

Meine Damen und Herren, jedes Mitglied des Landtages weiß aus den abgehaltenen Sprechtagen und Sprechstunden, die wir in unseren Bezirken immer abhalten, daß gerade das Wohnungsproblem, die Suche nach geeignetem Wohnraum, alle anderen Anliegen bei weitem in den Schatten stellt. Und wer außerdem in der Gemeinde als Gemeinderat tätig ist oder vielleicht als Bürgermeister, einige Bürgermeister sind ja in unseren Reihen, weiß das noch viel besser und erlebt diese oft mit Tränen vorgetragenen Wünsche fast täglich.

Wenn wir, meine Damen und Herren, den Fehlbestand von Wohnraum in den nächsten Jahren – und meine Vorredner haben das auch erwähnt – einigermaßen befriedigen wollen, dann müssen wir die Wohnbauleistung weiterhin beträchtlich steigern. Die benötigten Kapazitäten für einen gesteigerten Wohnbau in der Steiermark sind vorhanden. Wo liegen dann die Fehler, daß wir im Wohnbau nicht den notwendigen Fortschritt machen? Warum gelingt es uns nicht, genügend erschwingliche Wohnungen zu errichten? Ist es wirklich nur die Finanzierung? Ich glaube es nicht. Oder haben wir zu wenig aufgeschlossene und geeignete Baugründe für den Wohnbau? Oder werden die geeigneten Grundstücke für den Wohnbau nicht im notwendigen Maße zur Verfügung gestellt? Oder ist es die aufwendige Bürokratie in unseren Lande? Oder sind es die zeitraubenden und komplizierten gesetzlichen Vorgaben, die einzuhalten sind? Jedenfalls habe ich die Erfahrung gemacht beziehungsweise ich habe es auch von vielen, die mit dem Baugeschehen zu tun haben, bestätigt bekommen, daß sich die Beamtenschaft sehr bemüht, einen positiven Beitrag zu leisten, soweit es für sie nach den derzeitigen gesetzlichen Bestimmungen möglich ist.

Meine Damen und Herren, könnte das Modell Baden-Württemberg mit der Baufreistellungsverordnung nicht ein nachahmenswertes Beispiel sein, um Bauvorhaben zu beschleunigen? Und eine steirische Delegation war draußen – der Kollege Majcen war mit, und der Kollege Löcker war auch mit. Na, was machen die in Baden-Württemberg so anders, so grundlegend anders als wir?

Erstens: Es muß ein qualifizierter Bebauungsplan vorliegen, ist Sache der Gemeinden. Zweitens: Der Planverfasser muß ein Architekt sein, jetzt kann es auch ein gewerblicher Architekt sein. Drittens: Der Lageplan muß von einem Vermessungsingenieur gefertigt sein. Viertens: Die Baustatik muß durch einen befugten Bauingenieur erfolgen.

Diese Unterlagen, und hören Sie jetzt gut zu, reicht der Bauwerber bei der Behörde ein, kommt innerhalb von 14 Tagen, und das ist für einen Baumenschen fast unglaublich, ich kann es fast nicht glauben, kein Einspruch der Behörde, der Gemeinde oder der Nachbarn, kann mit dem Bau begonnen werden. Widmungsverhandlung, Bauverhandlung, Rohbauabnahme, Endbauabnahme entfallen. Fast keine oder nur geringe Genehmigungsgebühren. Auf diese Weise wurden bereits in Baden-Württemberg an die 9000 Wohngebäude anstandslos errichtet. Das sind etwa 20 Prozent des gesamten Baugeschehens in diesem Bundesland. Und die sind dabei, dieses erfolgreiche Modell weiter auszudehnen. Daß natürlich größere Vorhaben mit diesem Beschleunigungsverfahren nicht oder nur schwer möglich sind, muß ich hier nicht zusätzlich unter Fachleuten betonen. Wäre jedenfalls meiner Auffassung nach ein gangbarer Weg auch für die Steiermark, um Investoren im Wohnbau, aber durchaus auch für andere Bauvorhaben in kleinerem Ausmaß mehr Mut zu machen, ein Bauwerk zu beginnen, zu errichten. Daß wir in der Steiermark auch imstande sind, innerhalb kurzer Zeit, wenn es auch ein Sonderfall war, der Herr Landesrat ist nicht da, ein sogar großes Bauwerk in wenigen Monaten zu errichten, haben wir bei der Schwarzl-Mehrzweckhalle bewiesen bekommen. Daß natürlich der Herr Schwarzl und Herr Landesrat Dr. Hirschmann den größten Anteil daran gehabt haben, daß das ganze so schnell errichtet wurde, ist allen bekannt. Ich muß aber daran erinnern, daß auch die steirischen Bauarbeiter bereit waren, einen Dekadenvertrag zu schließen und Samstag und Sonntag mit Überstunden und am Feiertag zu arbeiten. Auch wir haben einen beträchtlichen Anteil geleistet.

Meine Damen und Herren, vielleicht könnten uns in Zukunft ähnliche Fehlentwicklungen, wie zum Beispiel, daß alleine aus den Wohnbauprogrammen 1989 bis 1993 1500 oder ungefähr 1500 Wohnungsförderungszusagen nicht abgeholt, nicht in Anspruch genommen wurden, erspart bleiben. Geschätzte Abgeordnete, daß wir vom alten- und behindertengerechten Bauen unserer Wohnungen, zumindest derzeit, weit entfernt sind, beweist, daß es in der Steirischen Bauordnung erst ab dem vierten Obergeschoß eine Verpflichtung gibt, einen Lift einzubauen. Selbst das Anbringen von Aufstiegshilfen in den jeweiligen Stiegenhäusern – eine Notlösung in Wirklichkeit – bedarf breiterer Stiegenläufe, als es die Bauordnung vorsieht, oder geringere Stufenhöhen,

wie wir es derzeit in der geltenden Fassung der Bauordnung haben. Aber wir haben ja noch Gelegenheit, bei der Novellierung der steirischen Bauordnung zu zeigen, daß uns barrierefreies Bauen ein dringendes Anliegen ist. Und der Herr Landesrat Schmid hat gestern gesagt, er wird ja in Kürze dem Landtag die geänderte, die novellierte steirische Bauordnung zur Beratung und Beschlußfassung vorlegen.

Meine Damen und Herren, einen zusätzlichen Schritt, wenn der Wohnbau erschwinglicher werden sollte, müßten wir bei der Beschaffung von Baugründen setzen. Sozialer Wohnbau zu erschwinglichen Preisen, und um das geht es in Wirklichkeit, ist mit Grundstückskosten, wo der Quadratmeterpreis mehrere tausend Schilling ausmacht, nicht möglich. Wohnbaugenossenschaften und Gemeinden behaupten zwar immer wieder, noch genügend preisgünstige Baugründe zu besitzen, nur, es stimmt leider nicht ganz. Und daher wäre ein Bodenbereitstellungsfonds, meiner Meinung nach, nach dem Wiener Muster eine durchaus überlegenswerte Variante. Dieser Fonds hat die Aufgabe, die geeigneten Gründe früh genug zu kaufen, zu erwerben und zu erschließen. Und diese erschlossenen Baugründe sind dann bei Bedarf an die jeweiligen Bauträger, Genossenschaften oder Gemeinden, zu verkaufen. Sinn und Vorteil dieser Sache ist es, die Preiskontrolle bei Bauland besser in den Griff zu bekommen.

Meine Damen und Herren, ein voller Erfolg meiner Meinung nach für den Wohnbau sind die neu installierten Wohnbaubanken und die dort aufgelegten Anleihen. Diese aus den Anleihen lukrierten Gelder müssen innerhalb der nächsten drei Jahre dem Wohnbau zufließen. Interessant für den Anleger sind diese Wohnbauanleihen deshalb, weil Zinserträge bis zu 4 Prozent von der Kapitalertragssteuer befreit sind. Und das ist sicher eine Methode, die wir auch bei anderen Arten des Baugeschehens wahrscheinlich einsetzen sollten.

Meine Damen und Herren, wir haben zusammenfassend gesagt, keinen Grund, uns zurückzulehnen, obwohl wir ja teilweise Erfolge haben, nur weil der geförderte Wohnbau zum Unterschied fast aller anderen Bausparten Steigerungsraten aufweist. Wir müssen Möglichkeiten finden – gemeinsam –, beträchtlich mehr und vor allem preisgünstigere, erschwingliche Wohnungen zu bauen, ohne dabei den erreichten Qualitätsstand zu verlassen. Nur, zu glauben, daß die gesteigerte Wohnbauleistung in der Steiermark schon ausreicht, daß die Baubranche gut dasteht, entspricht leider nicht ganz so, wie wir es gerne hätten. Und wenn meine Vorredner mit Zahlen begonnen haben, so möchte ich mit Zahlen aufhören. Der Bauproduktionswert im Jänner 1994, das sind die letzten Zahlen, die zur Verfügung stehen, im Baugewerbe hat die Steiermark einen Produktionswert von 307 Millionen Schilling. Ein vergleichbares Bundesland, Oberösterreich, 516 Millionen Schilling Produktionswert, vergleichbares Bundesland Niederösterreich 603 Millionen Schilling. Also, wir haben etwa den halben Bauproduktionswert dieser vergleichbaren Bundesländer. Wien lassen wir aus, die hätten fast 800 Millionen Schilling, ist ein Sonderfall. Und genau das Baugewerbe ist am Wohnbausektor tätig, das sind eigentlich die kleinen und mittleren

Gewerbetrieben, die die Wohnbauten errichten. Aber auch die Bauindustrie baut Wohnungen, weil einfach auf diesem Sektor – am Industriesektor – zu wenig Arbeit ist, und daher weichen sie aus auf den Wohnbausektor. Und zum Teil zahlen sie dort auch ihr Lehrgeld. Die Bauindustrie hat in der Steiermark nur 146 Millionen Produktionswert im Jänner. Das vergleichbare Bundesland Oberösterreich 230 Millionen, Niederösterreich 350 Millionen, Wien 1,1 Milliarden. Das heißt, meine Damen und Herren, es bleibt uns noch genug gemeinsame Arbeit übrig, wenn wir in der Baubranche und am Wohnbausektor weiterhin Erfolge haben wollen. Ich danke fürs Zuhören! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 23.49 Uhr.)

Präsident: Ich danke und ersuche um den Beitrag der Frau Abgeordneten Barbara Gross.

Abg. Gross (23.50 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Auf Grund der ständig zunehmenden Zahl von älteren Wohnungsuchenden und pflegebeziehungsweise betreuungsbedürftigen Personen ist die Nachfrage für die Errichtung von Seniorenwohnhäusern und Senioren- und Seniorinnenheimen mit der entsprechenden Infrastruktur in der gesamten Steiermark gestiegen.

Die behinderten- und altengerechte Ausstattung dieser Wohnräume ist mit enormen Mehrkosten verbunden. Nennen möchte ich zum Beispiel den Einbau von Liftanlagen auch in zweigeschoßigen Bauten. Der Lift muß auch zum Transport von Betten geeignet sein, und es ist auch dafür Sorge zu tragen, daß ausreichende Kommunikationsmöglichkeiten geschaffen werden; die Wohnräume und Gänge müssen rollstuhlgerecht adaptiert werden und so weiter.

Gemäß der Bestimmung des Paragraphen 10 Absatz 3 Ziffer 3 des Steiermärkischen Wohnbauförderungsgesetzes 1993 werden Zuschläge für ungewöhnliche Umstände bei der Errichtung von Wohnräumen gewährt. Diese können bei Seniorenwohnungen derzeit bis zu 25 Prozent der förderbaren Gesamtbaukosten betragen. Mit diesem Zuschlag können die Kosten für die behinderten- und altengerechte Ausstattung jedoch bei weitem nicht abgedeckt werden.

Daher stelle ich den Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages zur Budgetgruppe 4 der Abgeordneten Gross, Minder, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dörflinger, Mag. Erlitz, Dr. Flecker, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Heibl, Herrmann, Monika Kaufmann, Dr. Klauser, Korp, Günther Prutsch, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Trampusch, Ussar und Vollmann, betreffend die bessere Wohnbauförderung für Senior/inn/enwohnungen und Altenwohnheimen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß für die Abdeckung der Mehrkosten durch die behinderten- und altengerechte Ausstattung von Senior/inn/enwohnungen und Altenwohnheimen Mittel aus der

Wohnbauförderung in Höhe von bis zu 60 Prozent der förderbaren Gesamtbaukosten zur Verfügung stehen.

Ich darf diesen Antrag überreichen. (Beifall bei der SPÖ. – 23.52 Uhr.)

Präsident: Ich danke für den Antrag und erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Ing. Löcker.

Abg. Ing. Löcker (23.52 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Als Übergang zur Geisterstunde noch eine kurze Wortmeldung. (Abg. Dörflinger: „Mitternachtseinlage!“) Ja, Mitternachtseinlage! Es scheint so, daß es um Mitternacht friedlicher wird, und hätte der Kollege Heibl heute vormittag sich auch so positiv über das Bauvorhaben Daviscup-Halle geäußert, wären wir vielleicht mit der Sitzung schon weiter. Aber ich danke trotzdem, daß er als Baufachmann und in Erkenntnis der Realitäten sich hier so positiv ausgedrückt hat. Er hat auch das Projekt Baden-Württemberg geschildert. Ich weiß nicht, kennst du das von der Presse oder hast du es live gesehen?

Ja, wir haben das live angeschaut, und ich möchte nur der Ordnung halber sagen, daß das leider viel besser klingt als es ist. Und die dortigen Politiker haben uns eingestanden, daß es ein Flop ist und daß sie eigentlich die Menschen getäuscht haben. Und zwar aus einfachen Gründen. Die Behörde hat zwar nicht mehr soviel Prüfungsverfahren durchzuführen wie bei uns bei einem Bauvorhaben und so weiter, aber das Ganze wird auf den freischaffenden Architekten umgewälzt. Und es ist nicht nur so, daß dieser zumindest die gleiche Arbeit machen muß, die sonst die Behörde gemacht hätte, und er normalerweise auch nicht zaubern kann – wenn ich so sagen darf – in der Abfolge. Und es kommt noch die Haftungsfrage dazu. In diesem Verfahren ist der Architekt – und das haben sie schon durchjudiziert – verantwortlich, wenn ein Gebäude 30 Zentimeter in irgendeiner Weise zu hoch oder seitlich verschoben ist, und bei Zivilgerichtsprozessen übernimmt dann der Architekt für die Behörde, die jetzt ja nach der Amtshaftung dafür haften würde, die Haftung. Das hat zur Folge, daß die Versicherungen die Prämien für diese Architekten um das rund zehnfache erhöht haben und die Architekten selbst gar nicht einmal bereit waren, dieses Angebot anzunehmen.

Sie müssen es stark novellieren. Die Idee klingt verlockend, das stimmt, und ich wäre auch dafür, aber wenn ich die gleichen Kriterien wie bisher aufrecht erhalte und die Haftung sogar noch verstärke, die der betreffende einreichende Zivilingenieur oder Prüfingenieur, wie man in Deutschland sagt, durchzuführen hat, dann wird es nicht einfacher. Leider. Es tut mir auch leid, wenn ich das so sagen muß, aber ich möchte es nur sozusagen als Bericht aus der Praxis sagen.

Mir ist aber aufgefallen, daß in Baden-Württemberg es schon verschiedene positive Unterschiede zu uns gibt. Und zwar betreffend die Raumordnung. Wir haben gesehen an den Stadträndern die Schnellstraßen, Gürtelstraßen würden wir sagen, beidseitig Reihen von Betrieben und hinter den Betrieben schon die Wohnhäuser. Die Betriebe haben die Funktion der

Lärmschutzwand zur Straße zu verstärken, und die dahinterliegenden Wohngebäude haben den Vorteil, daß sie zur Betriebsstätte einen kurzen Weg haben. Und ich glaube, daß das in erster Linie deswegen möglich ist, weil die betriebliche Technologie so weit fortgeschritten ist, daß die Lärmdämmungen und die Abgas- und sonstigen Emissionsausstöße so weit in Griff sind, daß man es in Deutschland für verträglich empfindet, so konzentriert Verkehr, Betrieb (natürlich in geeigneter Form) und die Wohnungen zusammenbaut. Was mir auch aufgefallen ist bei der Finanzierung in Baden-Württemberg in positiver Weise, ist ein besonderes Finanzierungsmodell.

Man hat festgestellt, daß die etwa 50jährigen freie Finanzkapazitäten haben. Sie haben sich selbst eine Existenz aufgebaut, sie haben die Kinder zum Großteil schon versorgt, aber sie wollen oder gehen noch nicht in Pension, und in dieser Zeit stehen freie Kapitalien zur Verfügung. Und jetzt hat man das Modell geschaffen, daß man mit Hilfe eines Wohnbauträgers beziehungsweise einer Bausparkasse sozialen (mehrgeschoßigen) Wohnbau errichtet, zu einem üblichen Mietpreis an die Kommunen vermietet, und die Kommunen stützen dann diesen Mietpreis für die zukünftigen Mieter, wobei die Besonderheit gegeben ist, daß die Gemeinde garantiert, daß diese Wohnung nach Wunsch des Eigners oder des Anteilseigners (man kann auch Anteile zeichnen) innerhalb von zehn Jahren dann wieder freigestellt wird. Und nach zehn Jahren kann es sich der Eigentümer wieder überlegen, gibt er dieses Mietrecht weiter oder nimmt er es zurück. Das hat sehr große Kapitalien freigesetzt auf dem Markt und dort wesentlich zur Entlastung der Wohnungsnot beigetragen.

Ich wollte mich eigentlich heute – ich schaue auf die Uhr, es ist noch nicht ganz 12 – zum Einfamilienhausbau melden. Das ist auch eine eigene Problematik. Wir kennen sie. Es ist die Frage der sozialen Verträglichkeit des Grundverbrauchs, der Infrastruktur und anderer Dinge. Aber wenn wir jetzt einerseits in der Raumordnung über Zehntelprozente diskutieren hinsichtlich der Bebauungsdichte, aber andererseits bei den Gemeinden noch gar keine Regelungen haben, weil das eben nicht gesetzlich geregelt ist, wie groß ein Baugrundstück sein muß, und es Gemeinden gibt, die einerseits maximal Baugrundstücke von 800 Quadratmetern vorschreiben – in Deutschland gibt es Bundesländer, bei denen eine Teilung auf ein Zweifamilienhaus ab 400 Quadratmeter schon gesetzlich vorgeschrieben wird –, andererseits haben wir aber Nachbargemeinden, die 1000 Quadratmeter Mindestgröße vorschreiben.

Und wenn man jetzt mit derselben Bebauungsdichte die beiden Grundstücke bebaut, kommen natürlich wesentlich andere Allgemeinkosten. Kurz noch etwas zur Finanzierung. Es wurde heute die eine Seite betrachtet, das ist der Konsument, daß der immer größere Schwierigkeiten hat, seine Aufgaben als Bauherr zu erfüllen. Es wurde die andere Seite, die Förderung Land und so weiter, schon aufgezählt, daß man auch hier natürlich knapp bei Kasse ist. Ich würde aber ganz gerne auch aus der Sicht des Produzenten, des Unternehmers, etwas sagen. Ich gehe mit Kollegen Heibl vollkommen konform, wenn er sagt, daß die Baukapazitäten nicht ausgelastet sind und daß wir

eine relativ sehr hohe Arbeitslosigkeit haben. Man muß das allerdings relativieren, wenn man bedenkt, daß in der Steiermark die Baufirmen insgesamt eine größere Baukapazität als alle Bauunternehmen in der Schweiz haben – nur in der Steiermark. Und daß es hier diese Riesenkapazität auszulasten schwierig ist, glaube ich, ist auch verständlich. Der Häuslbauer – ich habe schon gesagt – braucht zwar etwas mehr Allgemeinkosten, aber er kann dann durch die Eigenleistung sich persönlich natürlich wieder sehr viel ersparen. Und er kann auch seine Kreativität ausleben, verstärkt gegenüber einem fremd geplanten Gebäude, zum Teil gibt es ja auch dort schon Mitplanungen. Ja, und er hat auch mehr Verständnis, glaube ich, als Konsument, wenn irgendetwas nicht so perfekt ist, als wenn er als Bezieher, als Konsument einer fertigen Wohnung einzieht. Wenn er selbst einmal erlebt hat, wie schwierig es ist, eine gute Leistung zu vollbringen, dann ist er verständnisvoller gegenüber einem anderen. Aber insgesamt, und jetzt möchte ich wohl langsam schließen, gibt es einen immensen Konkurrenzdruck am Baugewerbe, der in erster Linie, wie ich schon früher erwähnt habe, durch eine Überkapazität hervorgerufen ist, aber auch durch einen Strukturwechsel, einen ganz gewaltigen Strukturwechsel in der Bauwirtschaft. Großbauunternehmen, wie wir sie in Österreich haben, die ja üblicherweise zur Gänze Kredit-, also Geldinstitute, als Eigentümer aufzuweisen haben, haben früher in erster Linie die großen Exportaufträge erfüllt. Diese drängen immer mehr auf kleinere Projekte infolge mangelnder Auslastung. Die bisherigen mittleren Firmen, die diese Projekte erfüllt haben, drängen weiter nach unten, und zum Schluß beginnt schon der Konkurrenzkampf, der verstärkte, bei dem kleinen Dachausbau eines Einfamilienhauses. Ja, die Zeit setzt mir auch einen Konkurrenzkampf an. Wir werden wahrscheinlich noch öfters über diese Problematik reden, und deswegen schließe ich heute. (Allgemeiner Beifall. – 0.01 Uhr.)

Präsident: Danke sehr. Ich erteile nunmehr dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schmid das Wort.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (0.02 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Dr. Manfred Ebner hat darauf hingewiesen, daß die Leistung im steirischen Wohnbau in den letzten Jahren enorm zugenommen hat, und führt mit dazu, daß der Einbruch in der Bauwirtschaft durch diese Maßnahme des Landes einigermaßen gerade noch erträglich gemacht werden kann.

Franz Majcen hat in seiner Einleitung als ersten Satz folgendes erwähnt: „Wir haben die Einnahmenseite und wir haben die Ausgabenseite, beide Posten decken sich. Es ist somit eine Situation, Steigerung der Bauleistung, gleichzeitig Entlastung des Budgets.“ Ich glaube, dem ist nichts hinzuzufügen. Ich möchte mich nur für den enormen Einsatz und die hohe Leistung aller Mitarbeiter in diesem Bereich recht herzlich bedanken. Sie sind es im wesentlichen, die hier beinahe Unmenschliches leisten. Und es ist Dr. Rauchlatner – und es ist wahrscheinlich auch unmenschlich, heute so lange diese Sitzung mit angehört zu haben –

anwesend. Es ist Sigi Kristan anwesend, es ist Walter Kuschl, mein Kollege, anwesend. Recht herzlichen Dank der Rechtsabteilung 14. (Allgemeiner Beifall.)

Ich darf, um die Sitzung nicht weiter zu verlängern, Dr. Hirschmann in diesen Dank mit einschließen. (Beifall bei der ÖVP.) Und es gilt sicher auch – das war jetzt aber nicht als Mitarbeiter, sondern er bedankt sich auch –, damit kein Irrtum entsteht. Es ist auch mein Kollege Dieter Schoeller hier, der über die Fachabteilung I b diese Projekte so betreut, daß sie also sehr rasch und sehr unbürokratisch abgewickelt werden können. Herzlichen Dank, Herr Dipl.-Ing. Schoeller! (Allgemeiner Beifall.) Und dann sind es die Mitarbeiter in unseren beiden Büros. Das ist die Frau Pauker, das ist der Herr Glettler und das ist der Herr Dr. Haselwander, auch Ihnen, jetzt ganz persönlich, herzlichen Dank! (Allgemeiner Beifall.)

In diesem Sinne, Herr Präsident, Sie sind wieder am Werken. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 0.04 Uhr.)

Präsident: Ich danke für Ihren Beitrag, Herr Landesrat, und auch dafür, daß Sie mir das Wort erteilt haben.

Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Eingebracht wurde ein Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend Wohnbauförderung für Altenwohnungen.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden.

Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist geschehen.

Ich werde nun in folgender Reihenfolge abstimmen lassen:

Erstens über den Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten zum zweiten Teil der Gruppe 4 – Wohnbauförderung (Ansatz 48) und zweitens über den Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend Wohnbauförderung für Altenwohnungen.

Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zum Ansatz und Posten zum zweiten Teil der Gruppe 4 – Wohnbauförderung (Ansatz 48) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend Wohnbauförderung für Altenwohnungen, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Damit ist die Gruppe 4 abgeschlossen, und ich darf die Sitzung bis heute 8.30 Uhr unterbrechen. Gute Nacht! (Unterbrechung der Landtagssitzung um 0.06 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Wir nehmen die unterbrochene Landtagssitzung wieder auf (22. April, 8.33 Uhr) und kommen zur Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Hermine Pußwald. Ich erteile ihr das Wort.

Ich bitte, die Privatunterhaltungen draußen durchzuführen.

Abg. Pußwald (8.33 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich wünsche auch einen schönen guten Morgen.

Die Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, besteht aus folgenden Abschnitten und Unterabschnitten: Musik und darstellende Kunst: Ausbildung in Musik und darstellender Kunst, Einrichtungen der Musikpflege, Maßnahmen zur Förderung der Musikpflege, Einrichtungen der darstellenden Kunst, Maßnahmen zur Förderung der darstellenden Kunst; Schrifttum und Sprache: Förderung von Schrifttum und Sprache; Museen und sonstige Sammlungen: Museen, Sonstige Sammlungen; Sonstige Kunstpflege: Einrichtungen zur Kunstpflege, Maßnahmen zur Kunstpflege; Heimatpflege: Heimatmuseen, Denkmalpflege, Altstadterhaltung und Ortsbildpflege, Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen; Rundfunk, Presse und Film: Förderung von Presse und Film; Sonstige Kulturpflege: Einrichtungen der Kulturpflege, Maßnahmen der Kulturpflege; Kultus: Kirchliche Angelegenheiten.

Unter Berücksichtigung der dem Budgetentwurf beigelegten Abänderungsanträge ergeben sich in der Gruppe 3 folgende Gesamtsummen: Ausgaben 598.004.000 Schilling, Einnahmen 24.751.000 Schilling.

Aus Anlaß der Beratungen am 12. April 1994 wurde zu dieser Gruppe folgender Minderheitsantrag gestellt:

Antrag der Abgeordneten Dr. Flecker, Ussar, Dörflinger und Trampusch, betreffend Änderung von Ansätzen der Gruppe 3.

Es wird der Antrag gestellt: Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Im Landesvoranschlag 1994 werden die nachfolgenden Ansätze der Gruppe 3 folgendermaßen abgeändert:

Änderung des Ansatzes 1/322105, „Beitrag an den Steirischen Sängerbund“, Erhöhung um 30.000 Schilling auf 500.000 Schilling; 1/322115, „Beitrag an den Arbeitersängerbund“, Erhöhung um 16.000 Schilling auf 270.000 Schilling; 1/322155, „Musikpflege“, Erhöhung um 60.000 Schilling auf eine Million Schilling; 1/322225, „Förderung für AIMS“, Erhöhung um 18.000 Schilling auf 300.000 Schilling; 1/324005, „Beiträge an Privattheater“, Erhöhung um 96.000 Schilling auf 1,6 Millionen Schilling; 1/324015, „Beitrag an die Gruppe Theatermäerzer“, Erhöhung um 30.000 Schilling auf 500.000 Schilling; 1/330005, „Beiträge zur Literaturpflege“, Erhöhung um 30.000 Schilling auf 500.000 Schilling; 1/350015, „Beitrag an das Haus der Architektur“, Erhöhung um 47.000 Schilling auf 780.000 Schilling; 1/351005, „Sonstige Beiträge zur Kunstpflege“, Erhöhung um 90.000 Schilling auf 1,5 Millionen Schilling; 1/362105-7355, „Beiträge an Gemeinden zur Förderung der Denkmalpflege“, Er-

höhung um 41.000 Schilling auf 683.000 Schilling; 7770, „Denkmalpflege, Zuwendungen an private gemeinnützige Einrichtungen“, Erhöhung um 45.000 Schilling auf 750.000 Schilling; 7790, „Denkmalpflege, Zuwendungen an Einzelpersonen“, Erhöhung um 26.000 Schilling auf 440.000 Schilling; 1/363005, „Zuwendungen an Einzelpersonen“, Erhöhung um 12.000 Schilling auf 202.000 Schilling; 1/363015, „Förderung der Steirischen Eisenstraße“, Erhöhung um 84.000 Schilling auf 1,4 Millionen Schilling; 1/369009, „Entgelte zur Sicherung und Bergung von Bodendenkmälern“, Erhöhung um 48.000 Schilling auf 800.000 Schilling; 1/369015, „Förderung der sonstigen Heimatpflege“, Erhöhung um 42.000 Schilling auf 700.000 Schilling; 1/369105-7770, „Zuwendungen an private gemeinnützige Einrichtungen“, Erhöhung um 11.000 Schilling auf 180.000 Schilling; 7790, „Zuwendungen an Einzelpersonen“, Erhöhung um 4000 Schilling auf 54.000 Schilling; 1/380115, „Steirische Kulturinitiative“, Erhöhung um 54.000 Schilling auf 900.000 Schilling; 1/380125, „Beitrag an die Steirische Gesellschaft für Kulturpolitik“, Erhöhung um 24.000 Schilling auf 400.000 Schilling; 1/380135, „Beitrag an das Forum Stadtpark“, Erhöhung um 60.000 Schilling auf eine Million Schilling; 1/380155, „Beitrag an den Verein zur Durchführung und Förderung kultureller Aktivitäten in der Steiermark“, Erhöhung um 24.000 Schilling auf 400.000 Schilling; 1/380165, „Beitrag an die Buchebner-Gesellschaft“, Erhöhung um 24.000 Schilling auf 400.000 Schilling; 1/380175, „Beitrag an das Kulturzentrum Wolkenstein“, Erhöhung um 1.124.000 Schilling auf 1,5 Millionen Schilling; 1/381205-7690, „Beiträge zu kulturellen Veranstaltungen“, Erhöhung um 10.000 Schilling auf 613.000 Schilling; 7770, „Förderung für Bauten und Einrichtungen für kulturelle Zwecke“, Erhöhung um 17.000 Schilling auf 270.000 Schilling; daher Erhöhung des Ansatzes 2/982009-3450, „Aufnahme von Darlehen“ um 2.067.000 Schilling.

Außerdem fanden die Resolutionsanträge der Abgeordneten Ussar, Korp, Dr. Flecker und Dörflinger sowie Dr. Flecker, Trampusch, Ussar und Dörflinger die Minderheit.

Der Resolutionsantrag der Antragsteller Ussar, Korp, Dr. Flecker und Dörflinger lautet:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, ehebaldigst jene ausstehenden Kulturförderungsberichte dem Landtag vorzulegen, die gemäß Paragraph 8 des Steiermärkischen Kulturförderungsgesetzes, LGBl. Nr. 87/1985, dem Landtag vorzulegen gewesen wären.

Zweitens Resolutionsantrag: Antragsteller Dr. Flecker, Trampusch, Ussar und Dörflinger:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, investitionswirksame Beschlüsse, betreffend ein Trigon-Museum, erst dann zu fassen, wenn erstens vorab ein umfangreiches Museumskonzept darüber dem Landtag zur Zustimmung vorgelegt wurde und zweitens dem Landesrechnungshof eine ihm zustehende Projektkontrolle über dieses Vorhaben eingeräumt wurde.

Ich stelle daher den Antrag auf Annahme der Ansätze der Gruppe 3. (8.40 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Cortolezis. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Cortolezis (8.41 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Max Weber hat in seiner berühmt gewordenen Vorlesung in München 1911/12, glaube ich, über Politik als Beruf, eine sehr schöne Politikdefinition gebraucht, die frei zitiert ungefähr so lautet, daß Politik das beharrliche Bohren dicker Bretter bedeute. Wie zutreffend ist dieses Zitat doch, wenn wir ein Vorhaben der steirischen Kulturpolitik betrachten, nämlich die Realisierung des Trigon-Hauses. Und diesbezüglich finden wir in dem vorliegenden Budgetentwurf auch eine Veränderung zu den vergangenen Jahren. Der Rundfunk- und Fernsehschilling wird nämlich in dem vorliegenden Budgetentwurf nicht mehr von der Rechtsabteilung 10, der Finanzabteilung, sondern von der Rechtsabteilung 6, der Kulturabteilung, bewirtschaftet. Das mag auf den ersten Blick als nur kleine budgettechnische Veränderung angesehen werden, insgesamt ist es aber, glaube ich, von größerer Bedeutung, als man eben auf diesen ersten Blick hin meinen mag. Denn seit dem Eintritt von Prof. Schachner-Blazizek in die Landesregierung 1990 wurde die gemeinsame Linie in der Verfolgung dieses Zieles Errichtung eines Trigon-Hauses verlassen. Und durch das Verlassen dieses gemeinsamen Weges haben wir auch vergeblich darauf gewartet, daß entsprechende Anträge seitens dieser bewirtschaftenden Rechtsabteilung 10 für weitere Schritte kommen. Und mit dieser Veränderung kann nicht mehr passiv blockiert werden, indem einfach keine Anträge in die Landesregierung eingebracht werden, sondern weil nunmehr der Kulturreferent Antragsteller ist, muß erstmals Farbe bekannt werden und muß, wenn ein entsprechender Antrag vorliegt, seitens der SPÖ dagegen gestimmt, also aktiv blockiert, werden.

Und es geht beim Bau des Trigon-Hauses bei weitem um mehr als um die Errichtung eines Gebäudes, in dem zeitgenössische Kunst stattfinden und gezeigt werden soll. Es ist auch eine Geste an die heimischen Künstler, Kulturschaffenden und im Kulturbetrieb Tätigen, die oft unter schwierigen Bedingungen für die Steiermark durch ihr Wirken Bedeutung, Aufmerksamkeit und Ansehen weit über unsere Grenzen hinaus gebracht haben und bringen. Es ist aber leider auch ein trauriges Beispiel dafür, wie ein fertig geplantes, projektiertes und finanziertes Projekt aus parteitaktischen und persönlich motivierten Gründen blockiert wird.

Nun wäre es eine verlockende Position, durch die Lande zu ziehen und zu sagen, da ist der Verantwortliche für die Blockade, und die Eskalation zu betreiben. Dieser Versuchung haben wir aber in Verantwortung für den Kulturbereich und in Nutzung aller Chancen, das Trigon-Haus tatsächlich errichten zu können, widerstanden. Statt dessen wurden in den letzten Jahren ständig neue goldene Brücken für den Ersten Landeshauptmannstellvertreter gebaut, damit er ohne Gesichtsverlust aus diesem Blockadeck herauskommen kann. Alle Argumente und Einwände wurden ernst genommen, auch wenn ihnen der Ernst möglicherweise gefehlt hat, so nach dem Motto, es soll

durchaus etwas auch für sich gehabt haben, diese zeitweilige Verzögerung, damit, wie gesagt, ohne Gesichtsverlust dieses Projekt verwirklicht wird, weil darum geht es wirklich.

Aber jedesmal, wenn den Einwänden nachgegangen und Übereinstimmung erzielt worden ist, wurde schon wieder das nächste Argument herausgezogen aus dem Hut, um weiterhin gegen den ersten Kulturneubau in der Landeshauptstadt seit den fünfziger Jahren auftreten zu können. (Abg. Dörflinger: „Wer hat seit 1950 das Kulturressort innegehabt? Und wer hat bis zur Landtagswahl blockieren können?“) Bis dahin ist es auch gemeinsam weitergegangen. Alle Beschlüsse, ich glaube 19 Beschlüsse, sind in der Landesregierung einstimmig beschlossen, die Projektierung und die Planung fertiggestellt worden, das Bauverfahren wurde eingeleitet. Das heißt, wir waren am besten Weg, bis zu dem Zeitpunkt, als Prof. Schachner-Blazizek in die Regierung eingetreten ist. Bis zu diesem Zeitpunkt hat auch der Fahrplan gestimmt.

Und jetzt werde ich auf diese Einwände eingehen, die dann so nacheinander aus dem Hut gezogen worden sind. Der erste Einwand war: Man kann doch das Trigon-Haus nicht bauen, wenn gleichzeitig das Landesmuseum Joanneum mit seinen Bauten verfällt. So sind wir, diesen Einwand ernst nehmend, zusammengesessen, viele von hier und auch Experten von außerhalb, in der Unterausschußsitzung des Bildungs-Ausschusses, und haben von März bis Juli 1993 in zig Sitzungen eine organisatorische, finanzielle und personelle, und zwar personell unabhängige, Form außerhalb der Verwaltung für das Trigon-Haus auf der einen Seite, vor allem aber für das Joanneum, gefunden und haben gleichzeitig aber auch einen Finanzplan erstellt, der es möglich gemacht hätte, aus dem Rundfunk- und Fernsehschilling nicht nur das Trigon-Haus zu bauen, sondern auch diese Renovierungs-, Erhaltungs- und Baumaßnahmen zu treffen, die die erhaltungswürdige Substanz des Joanneums insgesamt gesichert hätte. Kaum ist diesem Einwand der Boden entzogen worden, ist der nächste Einwand gekommen. Nämlich, es gäbe überhaupt kein Konzept für dieses Haus. Jetzt wurde auch hier zurückgestellt, daß man wohl schwerlich einen Architektenwettbewerb ausschreiben kann, wenn man kein Konzept hat. Es wurde nicht davon gesprochen, daß Ronte & Skreiner selbstverständlich ein Konzept dafür erstellt gehabt haben. Es wurde hintangestellt, daß Rychlick natürlich auch ein Konzept weiter entwickeln, das erste Konzept vorgelegt hat, sondern es wurde zwischen dem Landeshauptmann und dem Ersten Landeshauptmannstellvertreter vereinbart, daß da auf der einen Seite Präsident Dr. Klausner, auf der anderen Seite Hofrat Dreiholz Gespräche führen sollten. Und die haben auch tatsächlich zu einem Ergebnis geführt. Und davon unabhängig hat der Erste Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek auch Kulturmanagern, die er zu sich eingeladen hat, versprochen, daß er Präsident Klausner mit der Erarbeitung eines derartigen Konzeptes beauftragen oder darum ersuchen wird. Und dieser hat die Aufgabe auch ernst genommen. Unter Mitwirkung von Haberl, Kriesche, Fenz und Domenig ist dann tatsächlich auch ein Kon-

zept, letztlich wie es dann als Haberl-Konzept in die Berichterstattung Eingang gefunden hat, gefunden worden, hat auch in das Papier der beiden Gesprächspartner Eingang gefunden. Man glaubte also, dieser Einwand ist erledigt, doch wie liest man im „Standard“ vom 12. oder 13. Februar 1994: „Schachner stellt Konzept des ‚steirischen Herbstes‘ in Frage.“

Der nächste Einwand: Ja, das Haus an sich ist ja nicht das Problem, aber die Vernetzung mit anderen Bereichen der Kulturpolitik sei noch vorzunehmen. Also wurde vernetzt, es kam ein umfassendes Paket heraus, von der Ausgliederung des Joanneums bis zu den erhöhten Betriebskosten des Trigon-Hauses, wofür sich die Stadt Graz bereiterklärte, diese zu übernehmen, von der Zusammenarbeit des „steirischen Herbstes“ mit der Neuen Galerie, vom Landesarchiv bis zum Künstlerhaus. Kurz, kaum war dieses Paket geschnürt, die Vernetzung perfekt, Sie können sich vorstellen, der nächste Einwand. Nämlich, die Regionen bekommen zu wenig. Auch hier wurde bewußt verschwiegen, daß in der Steiermark die Kulturausgaben ziemlich exakt Hälfte-Hälfte zwischen Landeshauptstadt Graz und Steiermark insgesamt, der restlichen Steiermark, sich verteilen auf diese beiden regionalen Bezugspunkte. Zum Unterschied etwa von Österreich, weil das habe ich mir auch angeschaut, wie das dort aussieht, wo von 628 Millionen Schilling Wien 520 und sämtliche restlichen Bundesländer 107 Millionen Schilling erhalten. Da wäre ein Engagement erforderlich für eine Neuverteilung, etwa auf dieses Verhältnis, wie wir es hier in der Steiermark haben.

Aber auch anderen Einwänden wurde Rechnung getragen. Etwa daß, solange noch kein Konzept vorliege, man auch das Bauverfahren nicht betreiben möge, da möglicherweise ein neues Konzept auch das Bauverfahren verändern würde. Also, auch hier wurde das Widmungsverfahren zwar betrieben, so daß eine rechtskräftige Widmung nunmehr vorliegt, aber das Bauverfahren zurückgehalten, um auch hier goldene Brücken zu bauen. Bis hin zum Namen dieses Hauses, ob das nun Trigon-Haus, Trigon-Museum, Haus im Pfauengarten heißen soll, wurde auch hier völlige Offenheit demonstriert. Es sollte nicht daran scheitern, wie dieses Haus für zeitgenössische Kunst und Kultur einmal heißen soll. Keine dieser goldenen Brücken wurde jedoch vom Ersten Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek dazu verwendet, aus dem Blockadeeck zu kommen. Und so frage ich Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter, warum haben Sie nicht vor vier Jahren gesagt, Sie wollen dieses Haus nicht? Sie wollen nicht, daß in der Kulturpolitik etwas weitergeht, und Sie werden alles verhindern, daß in diesem Bereich die Steiermark ihren guten Ruf ausbaut? Wir hätten uns vier Jahre sinnloser Arbeit erspart. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Künstler, Kulturschaffenden und Kulturmanager und die am Kulturleben interessierten Menschen dieses Landes haben aber begriffen, wer der Blockierer in dieser Angelegenheit ist. Und ich sage es ganz bewußt, es ist nicht die SPÖ als Ganzes, weil da gibt es viele, die mit uns gemeinsam am selben Strang ziehen. Und ich möchte sie wirklich auch namentlich erwähnen, damit keine Mißverständnisse aufkommen, etwa Bürgermeister Stingl, der im letzten Gespräch

auch noch gebeten hat den Kollegen Erlitz, daß er in seinem Landtagsklub dafür wirbt, daß endlich eine positive Haltung auch seitens der SPÖ hier im Landtagsklub eingenommen wird. Parteisekretär Herper möchte ich ausdrücklich erwähnen, den BSA mit seinem Präsidenten Dr. Klauser und viele andere, die sich auch öffentlich dazu bekannt haben. Nein, es haben alle erkannt, es ist, so bedauerlich das auszusprechen ist, die Befindlichkeit des Ersten Landeshauptmannstellvertreters. Und wer diesen Appell, der vor wenigen Wochen im Haus der Architektur formuliert worden ist von den Kulturschaffenden dieses Landes, wer diesen Appell zwischen den Zeilen liest, der liest dort, und ich möchte es mit Emile Zola sagen, ein J'acuse, ein „ich klage an“, gerichtet an Schachner-Blazizek, doch endlich aus dieser Blockadehaltung herauszukommen, und ich darf auch einen Appell an Sie richten: Nehmen Sie die Kulturpolitik von dieser parteistrategisch motivierten Blockade aus! (Beifall bei der ÖVP.) Es handelt sich um einen Bereich, der besonders sensibel ist, wo keine Wahlen zu gewinnen sind, aber wo das geistig-kulturelle Leben in diesem Land durch diese Blockade Schaden nehmen kann. Vielleicht gelingt Ihnen der eine oder andere Zufallstreffer bei einem uninformatierten Journalisten. Aber die Menschen in diesem Lande, die spüren, wem die Kunst und Kultur nicht nur ein Kalkül in machtstrategischen Spekulationen ist, sondern wem es ein von Sachverstand, von Verantwortung und innerer Verbundenheit zu gestalten-der Politikbereich ist. Denn dem Landeshauptmann ist in den letzten Jahren viel gelungen, nicht nur finanziell. Aber auch finanziell, und auch das soll hier erwähnt werden.

Wenn ich mir etwa die Zahlen anschau für den „steirischen Herbst“, von 1991 bis 1993 um rund 2 Millionen erhöht. Forum Stadtpark verdoppelt. Privattheater, die freien Theater, erstmals als sogenannte Pflichtausgabe, mit rund 2 Millionen verankert, Buchebner-Gesellschaft, Wolkenstein, man kann sie nicht alle aufzählen. Sie alle wissen, was Sie im Landeshauptmann für einen Kulturreferenten haben, nämlich einen, der mit ganzem Herzen dafür kämpft, daß nicht nur ein offenes Klima für diese Kulturpolitik und für die Künstler und Kulturschaffenden in diesem Lande bestehen bleibt, sondern daß sie auch entsprechende finanzielle Mittel für die Umsetzung ihrer Ideen erhalten. (Beifall bei der ÖVP.)

Zum Abschluß möchte ich noch ein Projekt ansprechen, das in den letzten Monaten entwickelt worden ist und wo auch schön sichtbar wird, daß es nicht nur immer um das Geld geht, sondern es geht darum, daß man die Rahmenbedingungen schaffen kann, daß sich kreatives Leben entwickelt und die Aktivität auch einen Nährboden, nicht nur pekuniär, sondern auch klimatisch hat. Es ist in Dobl ein spannungsgeladenes Gebäude – Sie kennen sicher den groß gebauten Sender, der 1940/41 erbaut worden ist, er war Teil der nationalsozialistischen Propagandamaschinerie, wurde nach dem Krieg vom ORF übernommen und bis 1984 selbst betrieben, und dann wurde der Betrieb eingestellt. Der Sender wurde damals schon so gebaut, daß er mit Ende des Dritten Reiches auch hätte zerstört werden sollen. Es sind quasi schon Sollbruchstellen eingebaut gewesen. Die

gesamte Platte, auf der sich die Sendeanlage befindet, ist unterhalb nur durch einen einzigen Betonsockel gesichert, und um den rundherum waren schon die Sprengsätze montiert, die aber durch eine mutige Sendemannschaft nicht gezündet worden sind. Und in diesem spannungsgeladenen Gebäude, Drittes Reich – tausendjähriges Reich – Österreich – 1000 Jahre Österreich –, in dieser Assoziationskette Millennium ist entwickelt worden ein Projekt für eine Ausstellung „Macht und Medien“. Und ich freue mich, daß der Hans Löcker vorgestern auch im Bereich der regionalen Entwicklung auf dieses Projekt bereits Bezug genommen hat. Es wäre eine schöne Ergänzung, etwa zu der Idee, die ja auch besteht, hinsichtlich Mariazell. Und ich freue mich, daß hier eben wieder viele quer durch alle Kulturbereiche hindurch zusammengearbeitet haben und dieses Projekt soweit fertiggestellt haben, daß nunmehr an eine Realisierung gegangen werden kann, die aber auch heißen muß Finanzierung nicht nur durch das Land Steiermark, sondern Finanzierung vor allem durch den Bund anlässlich der Millenniumsmöglichkeiten, die sich dort eröffnen, und durch Dritte, wie etwa auch den ORF, an den ich da ganz besonders denke.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend darf ich so schließen: Wir bleiben auch künftighin dabei, daß wir die Türe nicht zuschlagen, daß wir die Hand reichen, daß wir die Diskussion suchen, aber vergessen Sie nicht dieses Projekt Trigon-Haus. Hier geht es nicht nur um ein Gebäude, hier geht es darum, daß die Politik auch den Künstlern, den Kulturschaffenden, der kulturinteressierten Bevölkerung zeigt, daß es sich um einen besonderen Bereich handelt, der nicht in die alltagsstrategischen, parteitaktisch motivierten Überlegungen hineingezogen werden soll, sondern der über die Parteigrenzen hinaus Grundlage für unser geistig-kulturelles Leben sein soll. Und in diesem Sinne darf ich Sie bitten, unterstützen Sie uns in der Verwirklichung zur Erbauung des Trigon-Hauses. (Beifall bei der ÖVP. – 9.01 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Mag. Erlitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Erlitz (9.01 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Wir kommen verspätet zu einem Kapitel, das wir – glaube ich – allesamt hier in diesem Haus benötigen, nämlich zur Kultur, die uns speziell hier in diesem Haus offensichtlich abhandengekommen zu sein scheint, nach den Vorfällen der letzten Tage. Nämlich die Kultur scheint uns abhandengekommen zu sein, wie wir miteinander umgehen, wie wir die Würde des anderen auch noch respektieren. Ich würde meinen, daß die Kulturpolitik überhaupt insgesamt in eine Schlüsselrolle gelangt ist zur Bewältigung der Probleme des ausgehenden 20. Jahrhunderts. Das, was der Begriff „Wertewandel“ so schlagartig und plakativ umreißt, beschreibt eigentlich tiefgreifende Veränderungen der menschlichen Bedürfnisse. Und die Tatsache, daß Kunst und Kultur auf die vorderen Plätze dieser Skala gerückt sind, hat für alle kulturtragenden Institutionen zur Folge, daß sie sich einem

quantitativ und qualitativ gestiegenen Anspruchsniveau gegenübersehen. Und daraus ergibt sich ein Handlungszwang, darauf zu reagieren. Ein Handlungszwang, der sowohl für die Gemeinden, als auch für das Land gilt.

Und die Frage, ob und in welchem Umfang man ihm nachgeben soll, stellt sich hier nicht. Diskussionswürdig sind lediglich der Weg und die Mittel, mit denen auf die veränderte Situation reagiert wird.

Und mit der jüngsten Kulturdebatte in diesem Lande ist auch klar geworden, daß es längst nicht mehr um den „steirischen Herbst“ oder um das Trigon-Haus, oder gar nur um dessen Namen, geht. Das sind nunmehr Reizworte für eine mehr und mehr verbreitete Enge und Unbeweglichkeit der gesamten steirischen Kulturpolitik.

Und weil Kultur halt immer noch als reiner Luxus angesehen wird, gerät sie – gerade in Zeiten des knappen Geldes – regelmäßig in Bedrängnis. Es ist bedauerlich, daß es auch immer wieder Politiker und auch Kulturpolitiker gibt, die zuallererst dann am Überflüssigen sparen wollen, also an der Kultur, die sie zwar für wünschenswert halten, aber für nicht unbedingt notwendig erachten. Vielleicht hat Herr Landesrat Hirschmann auch Geld für die Kultur, das er gestern ja großzügig der Frau Landesrätin Rieder angeboten hat. Auch die Kultur könnte Geld gebrauchen.

Symptomatisch auch für diese gegenwärtige Krise, in der wir uns befinden, ist eigentlich, daß die Vision von Olympischen Spielen – ich könnte auch andere Beispiele nennen – im nächsten Jahrtausend irgendwann vor dem Hintergrund des tiefgreifenden technischen und sozialen Wandels vermeintlich Bedeutung für die Sinnfindung und Lebensgestaltung vieler Menschen gewinnt. Und offensichtlich werden eben in diesem Lande nicht mehr die Eigenschaften der Kultur im engeren Sinne betont. Nämlich Kultur ist sinnstiftend, kreativitätsfördernd, kommunikativ und emanzipatorisch, und somit schafft die Kultur offensichtlich ein Vakuum, in dem solche materialistisch ausgerichtete Visionen nun Platz finden.

Und dabei ist gerade die Kultur als gestaltendes Element herausgefordert, Optionen für die Zukunft aufzuzeigen und gleichzeitig deterministischen Weltbildern entgegenzusteuern. Ein stärkeres Engagement der öffentlichen Kulturförderung ist schon deshalb zu rechtfertigen, weil damit Rückzugstendenzen ins Private verhindert werden können. Denn wer heute modisch von Kultur als Geschäftszweig wie viele andere spricht, verkennt, daß Markt ein Instrument der Privatisierung ist – für jene eben, die es sich leisten können.

Wir brauchen im Grunde genommen eine neue Bildungsoffensive, wenn wir in einer beschleunigt komplexen Welt, in einem Vielvölkereuropa, in einer sozial widersprüchlich werdenden Gesellschaft überleben wollen. Und wenn dieses Land wirtschaftlich bestehen will, dann braucht es nicht nur eine kleine, gut ausgebildete, kunstbewanderte Elite, sondern viele kreative, phantasievolle, innovationsfreudige Menschen. (Allgemeiner Beifall.) Aber hierfür muß man den Zugang zu den Sprachen der Künste gelernt haben und ihn auch nutzen können. Und diese Zugänge zu öffnen, das ist die Aufgabe der Kulturpolitik, gerade besonders in Krisenzeiten.

Die kürzlich in einer Tageszeitung getroffenen Klarstellungen des früheren Landeskulturreferenten und jetzigen Joanneumspräsidenten Prof. Jungwirth im Zuge der Trigon-Debatte sind im Grunde genommen jämmerliche Balanceversuche zwischen den Versäumnissen in der 21jährigen Regierungsverantwortung für Kultur und aus den aus 27 Monaten Abstand gewonnenen Einsichten beziehungsweise Einschätzungen der gegenwärtigen Kulturverantwortlichkeit. Richtig ist, wenn Prof. Jungwirth sagt, allerdings auch sehr lange nach seinem Ausscheiden aus der Regierung, daß die SPÖ, die sozialdemokratische Partei, eine Kulturpartei ist, auch die steirische übrigens. (Beifall bei der SPÖ.) Niemanden wird er mit seiner Feststellung überzeugen können, daß der SPÖ nie etwas Besseres eingefallen sei zur Kulturdiskussion, als Verhinderung.

Landtagspräsident Dr. Klauser hat Ende 1988 die Generalsanierung aller Einrichtungen des Landesmuseums und parallel dazu die Errichtung eines Trigon-Museums, wie es damals noch offiziell hieß, vorgeschlagen. Zehn Monate hat es dann gedauert, bis ein Regierungsbeschluß zustande kam. Erst nach zwei weiteren Jahren wurde ein Gesamtkonzept für die Weiterentwicklung des Landesmuseums Joanneum der Regierung vorgelegt. Und trotz der Regierungsbeschlüsse von 1990 und 1992 waren nur kleinere Reparaturen und Adaptionen möglich. Und an der sehr vorsichtig formulierten Verbesserungswürdigkeit des organisatorischen, finanziellen und baulichen Zustandes unseres Landesmuseums änderte sich in den seither fünf Jahren überhaupt nichts. Meine Damen und Herren, man könnte das auch als Bankrotterklärung der steirischen Kulturpolitik bezeichnen. (Beifall bei der SPÖ.)

Wohl auch kein Ruhmesblatt für die steirischen Kulturverantwortlichen ist, angesprochen von meinem Vorgänger, die unendliche Geschichte rund um den Bau des Trigon-Hauses im Pfauegarten. „Schnödes Parteiengezänk, die seit Jahren ungelösten Sachfragen, provinzielle Grabenkämpfe und peinlicher Brotneid unter den steirischen Kulturprotagonisten“, schreibt Martin Behr in den „Salzburger Nachrichten“. All das, meine Damen und Herren, könnte längst überwunden sein, wenn die Kulturreferenten der ÖVP auf ihr jahrelanges Propagandaspield um dieses Haus verzichtet hätten und kraft ihres politischen Auftrages aus der Fülle der vorliegenden Ideen ein entsprechendes Konzept geschneidert hätten. (Beifall bei der SPÖ.) Denn Prof. Jungwirth wird auch niemanden überzeugen können, daß für die Konzeptsuche, den Architektenwettbewerb und die von der Stadt Graz herbeizuführende Änderung des Flächenwidmungsplanes siebeneinhalb Jahre nicht ausreichen. Denn diese Zeitspanne ist nämlich ab dem vom Herrn Präsidenten Jungwirth optimistisch akklamierten Günter-Waldorf-Präsentation eines „Museums regionaler Moderne“ im Jahr 1984 und dem Verlust der absoluten VP-Mehrheit im Oktober 1991 verstrichen.

Meine Damen und Herren, es gibt eine vernichtende Kritik, eine vernichtende Kritik seitens des Landesrechnungshofes in bezug auf diese Konzepterstellung des Trigon-Hauses. Aber auch der derzeitige Kulturreferent des Landes sieht, mehr oder

minder, tatenlos und bis auf die prophetische Aussage bei dem Burggipfel vor kurzem, daß es in diesem Jahrtausend kein Trigon-Haus im Pfauegarten mehr geben werde, auch wortlos zu. Und wenn der Kollege Dr. Cortolezis sagt, der gemeinsame Weg von Prof. Schachner sei verlassen worden, von ihm verlassen worden, so muß in diesem Zusammenhang auch festgehalten werden, daß Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner vor einem Jahr versucht hat, diesen verfahrenen Karren aus dem Schlamm zu ziehen, indem er wichtige, bedeutende Verantwortliche der steirischen Kunstszene persönlich aufrief, aus diesem Wust, aus dieser Fülle von Vorstellungen, Meinungen und Ideen zu diesem Thema ein realisierbares Konzept für ein multifunktionales Kunsthaus erstellen zu helfen. Daß daraus keine Gemeinschaftsarbeit wurde, daß keine Gemeinschaftsarbeit der dazu Eingeladenen zustande kam, ist wohl nicht Dr. Schachner, allenfalls der vorangegangenen entscheidungsschwachen und derzeitigen müden Kulturpolitik dieses Landes zuzuschreiben. (Beifall bei der SPÖ.) Ich meine aber trotzdem, um auch hier eine klare Aussage zu treffen, ich meine aber trotzdem, daß Graz und die Steiermark ein solches Kunst- und Kulturhaus mit einer vielseitigen Nutzung unbedingt benötigen, um nicht gänzlich hinter St. Pölten und Europa zurückzufallen. Eine *conditio sine qua non* für die Errichtung dieses Musentempels ist aber meiner Meinung nach ein klares Konzept, welchen kulturellen Ansprüchen dieses Haus gerecht werden sollte. Und ein, ich sag es jetzt einmal, Bruch der Geschäftsverteilung, mag alles legitim sein, und die damit verbundene Bewirtschaftungsumwidmung von der Rechtsabteilung 10 in die Rechtsabteilung 6, meine Damen und Herren, damit verbundene Bewirtschaftungsumwidmung des Fernseh- und Rundfunkstillings darf kein Freibrief für die Errichtung eines konzeptlosen Trigon-Hauses sein. Wohl könnte ich mir vorstellen, daß mit der Sanierung des Landesmuseums, und hier ist ja höchster Handlungsbedarf angesagt, sofort begonnen werden sollte.

Meine Damen und Herren, das Aushängeschild des steirischen Kulturkalenders – der „steirische herbst“ – wurde auf Grund eines Konzepts von Prof. Haberl für das Haus Pfauegarten auch in unmittelbare Nähe zu diesem Haus, sogar in dieses Haus gebracht, ohne den „herbst“ dabei domestizieren zu wollen, wie Prof. Haberl dies dann ja auch eindeutig festgehalten hat. Wir müssen uns aber grundsätzlich über Inhalte und längerfristige Finanzierungskonzepte dieses Avantgardefestivals Gedanken machen. Immer auffälliger, für mich zumindest, mehren sich die Signale zunehmender Distanz, auf die man zu diesem einst mit doch viel Elan begonnenen Festival der Moderne geht. Auch wenn es jetzt Anzeichen gibt, daß man dessen Existenz wenigstens wahrnimmt. Der Grund für diese Distanz mag in seinen Inhalten liegen, mag sein. Denn auch in den erfolgreichsten Fällen dieses Festivals sind diese nicht dazu angetan, Publikum von auswärts in Massen anzulocken, die man zur Hebung des Fremdenverkehrs gerne sehen würde. Aber man gab auch dem „herbst“ seitens der Kulturpolitik nicht die Möglichkeit, sich zu einem Avantgardefestival ersten Ranges hier in Mitteleuropa zu entwickeln und zu entfalten.

Aber Kulturprojekte sind eben nicht um jeden Preis zu realisieren, vor allem nicht um den kleinsten. Und so zwang und zwingt man heute noch den „herbst“, an ambitionierte Mitveranstalter die Subventionen zu verteilen. Und das entspricht auch so einer grundsätzlich anzuprangernden Gießkannenmethode, deren Prinzip zufolge so viele wie möglich so wenig wie möglich erhalten. Und deswegen habe ich gemeint, aus diesem Grund könnte man diesem Festival zeitgenössischer Kunst, oder könnte diesem Festival zeitgenössischer Kunst eine unkonventionelle Frischzellenkur nicht schaden. Und ein „steirischer herbst“, der vielleicht alle zwei Jahre stattfindet, könnte mit dem verdoppelten Budget vielleicht ein Programm bieten, das der Stadt Graz und dem Land Steiermark doch wieder einen europäischen Stellenwert einräumt. Und wechselnde künstlerische Intendanten von internationalem Format könnten, ich sage könnten, diese biennale Version des Festivals mit einer stärkeren Verankerung in den Regionen vielleicht wieder mit neuem Leben erfüllen, ist eine Idee! (Abg. Dr. Cortlezis: „Kollege Erlitz, mit diesem Vorschlag wie mit den Abschaffungsvorschlägen der Vergangenheit, die du in der Vergangenheit präsentiert hast, hast du dir eigentlich immer nur kalte Füße geholt. Jetzt weiß ich, warum du für die Fußbodenheizung in Frohnleiten bist!“) Ich darf dir nur eines sagen, wie politisch du daneben liegst, mit welchem Sensibilitätsdefizit du ausgestattet bist: Was die Fußbodenheizung betrifft, hat zwar hier nichts zu tun, ich darf dir aber sagen, daß 65 Prozent der Frohnleitner und Frohnleitnerinnen für diese waren. Ein kleiner Exkurs. Man soll eben dort mitreden, wo man mitreden kann und wo man entsprechende Kompetenzen hat, meine ich. (Abg. Trampusch: „Manchesmal ist es besser, einen kühlen Kopf zu bewahren und warme Füße zu haben, als umgekehrt!“)

Meine Damen und Herren, als Beispiel für durchdachte Sparsamkeit meine ich auch die Styriarte. Ein Signal, Kunst und Kultur als politisches Instrument der Sympathiewerbung zu verwenden, nachdem der „herbst“ offensichtlich in seinen Glanzzeiten für Aufruhr unter den Bürgern gesorgt hat. Über den künstlerischen Wert dieser Musikveranstaltungsreihe, die den bürgerlichen Kreisen der Steiermark ihre hausgemachten Salzburger Festspiele beschern sollte, muß mich wirklich niemand belehren. Eine höchst ambitionierte Veranstaltungsreihe, aber kümmerliche Dotationen haben es eben verhindert, daß diese anvisierten Ziele nicht erreicht werden konnten. Und wenn die Mittel nicht aufzutreiben waren, dann hätte man 1995 vor der Styriarte-Gründung entscheiden müssen: Begnügt sich die Steiermark mit dem zumindest europaweit bekannten „steirischen herbst“ oder wird dieser durch die Styriarte ersetzt, wofür die steirische SPÖ nicht zu haben gewesen wäre, wäre aber sicher nicht der einzige Mehrheitsbeschluß der ÖVP damals gewesen. Aber um beide Veranstaltungen zu einem Europa-niveau zu führen, reichen meines Erachtens die derzeit zur Verfügung stehenden Mittel sicherlich nicht aus. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, in Ergänzung zu Prof. Kriesche, der vor kurzem gemeint hat, in diesem Lande regiere das Konzept der Konzeptlosigkeit, füge

ich hinzu, daß die steirische Kulturpolitik geprägt ist durch fehlenden Mut zum Risiko. Kultur ist ein Wagnis, aber ein Wagnis, das sich immer lohnt, es einzugehen. Es ist gekennzeichnet auch durch Defizite und Versäumnisse und nicht zuletzt – meine Damen und Herren – durch eine fehlende Dialogbereitschaft mit allen Kulturschaffenden in diesem Lande. Symptomatisch dafür auch, welcher geringer Stellenwert der Kultur hier beigemessen wird, ist auch die Handhabung und Durchführung des Steirischen Kulturförderungsgesetzes von 1985. Und der in diesem Gesetz vorgesehene jährliche Kulturbericht wurde überhaupt erst einmal, 1989, dem Steiermärkischen Landtag vorgelegt. Und jetzt vor kurzem in einer Husch-Pfusch-Aktion am Montag wurden die Kulturberichte von 1990 bis 1993 der Regierung vorgelegt. Aber es sind keine Kulturberichte, das wäre maßlos übertrieben. Es ist ein Zahlenmaterial, ohne Intentionen, ohne Perspektiven, und der ebenso verpflichtend einzurichtende Kulturbeirat kommt auch schon seit geraumer Zeit seinen Aufgaben, die ja im Gesetz verankert sind, nicht mehr nach. Und zwar ganz genau – hat mir der Herr Landeshauptmann gesagt –, die letzte Sitzung des Kulturbeirates war am 24. November 1990, und im Gesetz steht drinnen, daß er nicht nur einzuberufen ist, wenn Bedarf vorhanden ist, sondern es steht auch da im Paragraphen 6 Absatz 8 „der Landeskulturbeirat ist nach Bedarf, jedoch mindestens halbjährlich, einzuberufen“.

Meine Damen und Herren, ich gehöre nicht zu jenen Menschen, die jetzt da meinen, hier liegt ein Gesetzesbruch vor. Ich bin kein Zünder und möchte die Kulturdebatte nicht dazu benützen. Aber ich möchte hier doch meinen, daß das Beispiele sind, daß man mit dieser Kultur, ich pflege es oft eben als Rosengärtlein-kultur zu bezeichnen, sehr lieblos in diesem Lande umgeht.

Meine Damen und Herren, ich möchte auch auf die Notwendigkeit regionaler Kulturförderung hinweisen. Die freien Kulturinitiativen sind österreichweit gesehen zu einem bedeutenden kulturellen Faktor geworden. Sie agieren ja nicht nur in den Städten, sondern auch in den Regionen und beleben nicht nur die kulturelle Szene, sondern sind ein Garant für die kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft, in der die Arbeit immer mehr an sinn- und identitätsstiftender Kraft verliert. Regionale Kunst ist zu wichtig, um sie ausschließlich Tourismusmanagern und Brauchtums-waltern zu überlassen. Ein neues Regional- und Kulturbewußtsein ist ohne kulturelle Identifikation (Musik, Literatur, Medien und so weiter) nicht denkbar. Der Kulturtransfer aus den Städten gegen diese provinzielle Monokultur, aber auch neue Volksmusik gegen Bierzeltveranstaltungen sind dringend angesagt.

Die Emanzipation der Provinz bedeutet natürlich aber auch einen Privilegienabbau der Zentren und der Städte, ohne dabei wiederum Graz gegen die Regionen ausspielen zu wollen.

Meine Damen und Herren, im Sinne einer zweckmäßigen und zukunftsorientierten wirtschaftlichen, organisatorischen und koordinierenden Vorgangsweise hinsichtlich der Kulturveranstaltungen wäre es auch wünschenswert – ich habe auch schon in diesem Hause darauf hinweisen dürfen –, daß die bereits

bestehende Kulturveranstaltungs-Ges. m. b. H., die gibt es ja bereits, auch einen adäquaten Wirkungsbereich eingeräumt bekommt. Ein wesentliches Prinzip dieser möglichen neugestalteten Kulturveranstaltungs-Ges. m. b. H. muß es jedenfalls sein, das eben den „steirischen Herbst“, die steirischen Akademien, die Akademie Graz, Landesausstellungen, Künstlerhaus, Haus der Architektur umfassen sollte, die verfassungsrechtlich gewährleistete Freiheit der Kunst in jedem Bereich selbstverständlich gewahrt bleibt.

Ein wesentlicher Grund für die Neugestaltung ist es auch oder liegt in der Zusicherung einer konstanten und langfristigen Finanzierung der einzelnen von mir gerade aufgezählten kulturellen Bereiche, die dann eben wiederum eine effizientere Planung ermöglichen.

Meine Damen und Herren, wenn auch Kulturpolitiker meinen, Kultur hat Konjunktur, so empfiehlt es sich trotzdem, nüchtern zu bleiben, und nicht schon das Erreichen des Kulturstaates auszurufen. Sicherlich haben die Politiker die Kultur längst entdeckt, zumindest als Mittel der Selbstdarstellung. Noch immer steht die verbale Inflation der Kultur im umgekehrten Verhältnis zur finanziellen Grundlage. Und künftig sollte eigentlich jeder Politiker – und ich nehme mich nicht aus – deren Ansprachen die Bedeutung von Kunst und Kultur, von Künstlern und Kulturarbeitern für die Entwicklung unserer Gesellschaft beschwören, auch gleich hinzufügen, was er selbst mit seinem Einfluß ganz konkret veranlassen wird, damit Worte und Taten endlich zur Deckung gebracht werden. Und ich sage zum wiederholten Male: Bei Sparüberlegungen, so bedeutungsvoll sie in bestimmten Bereichen sein mögen, eignen sich die Kulturausgaben nicht als willkommene Kürzungsmasse. (Beifall bei der SPÖ.) Sie belasten den Haushalt nur in geringerer Weise.

Gleichwohl gilt es aber auch, über Strukturveränderungen nachzudenken, um Spielräume zur Förderung kultureller Innovation zu gewinnen. Das ist allerdings ein nur schrittweise zu erreichender Prozeß, den wir aber gemeinsam in kooperativer Form initiieren und steuern sollten. Und ich meine auch: Handreichen, wie der Abgeordnete Cortolezis gemeint hat, Kooperation entwickelt auch eine kulturpolitische Schubkraft und weckt den kulturellen Dialog, der für die Weiterentwicklung unserer Kulturpolitik, aber auch unseres gesamtgesellschaftlichen Diskussions- und Entwicklungsprozesses von großer Bedeutung ist. Danke! (Beifall bei der SPÖ.)

Ich darf zum Abschluß noch einen Beschlußantrag der Abgeordneten Mag. Erlitz, Ussar, Dr. Klausner, Dipl.-Ing. Getzinger, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dörflinger, Dr. Flecker, Gennaro, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Heibl, Herrmann, Monika Kaufmann, Korp, Minder, Günther Prutsch, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Trampusch und Vollmann, betreffend Reaktivierung des Kulturförderungsbeirates, einbringen. Es wird der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, den bestehenden Kulturförderungsbeirat wieder zu aktivieren. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 9.25 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächstem erteile ich dem Herrn Abgeordneten Riebenbauer das Wort.

Abg. Riebenbauer (9.26 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Vorerst einmal einen herzlichen guten Morgen. In einer Woche wird die Landesausstellung „Wallfahrt“ mit dem Untertitel „Wege zur Kraft“ im herrlichen Naturpark Pöllauertal eröffnet. Die Bevölkerung von Pöllau sowie des gesamten Hartberger Landes ist dankbar, daß diese Landesausstellung in Pöllau durchgeführt wird. Ich danke daher dem Herrn Landeshauptmann, der Landesregierung, der Kulturabteilung mit dem Herrn Hofrat Cwienk und allen Menschen, die einen Beitrag für diese Landesausstellung geleistet haben und leisten werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Danken, meine geschätzten Damen und Herren, ist eine Tugend der Volkskultur, auf die wir in dem Zeitalter der Selbstverständlichkeit leider viel zu oft vergessen. Und deshalb möchte ich heute an dieser Stelle einem Menschen Danke sagen, der leider nicht mehr unter uns ist. Es war ein Herzenswunsch meines Vorgängers, Abgeordneten Hans Schweighofer, diese Landesausstellung nach Pöllau zu bringen. Leider konnte er seinen Erfolg nicht mehr erleben. Ich will an dieser Stelle unserem Hans Schweighofer für seinen Einsatz für diese Landesausstellung recht herzlich danken und werde diesen Dank auch an seine Frau Anni übermitteln. (Allgemeiner Beifall.)

Meine geschätzten Damen und Herren! 38 Millionen Schilling werden vom Land Steiermark über die Kulturabteilung für diese Landesausstellung zur Verfügung gestellt und selbstverständlich auch Mittel über die Bedarfszuweisungen. Aber auch die Bevölkerung und die Marktgemeinde Pöllau leisten auch ihren Beitrag für diese Ausstellung. Ich nenne nur ein paar Beispiele: Platzgestaltung, Parkplätze und natürlich der herrliche Blumenschmuck gehören dazu. Die gesamte Region und der Regionalverband Hartberger Land unterstützen diese Ausstellung bestens. 2,3 Millionen Schilling werden für Personal, für Werbemittel und zur Finanzierung dieses 68 Seiten dicken Werbekataloges „Wege zur Kraft im Hartberger Land“ verwendet. Und auf diesen Katalog, der neben dem offiziellen Landeskatalog unsere Ausstellung bewirbt, sind wir besonders stolz. Stolz deshalb, meine geschätzten Damen und Herren, weil es uns gelungen ist, daß Wallfahrtsorte, Gastronomie, die Landwirtschaft, die das Leben auf dem Land mit Erlebnisbauernhöfen präsentiert, und die Kultur gemeinsam in diesem herrlichen Katalog als Werbeträger auftreten. Diese Gemeinsamkeit ist eben eine Stärke unseres Hartberger Landes. Spannend wie ein Krimi, eine Wallfahrt durch Jahrtausende. Das Stift Pöllau ist die atemberaubende Kulisse dazu. Die Landesausstellung 1994 in Pöllau, meine geschätzten Damen und Herren, ist keine Show, sondern ein Erlebnis. Ich lade euch alle ein, diese Ausstellung zu besuchen und die Wege zur Kraft bewußt zu erleben! Pöllau und das Hartberger Land freuen sich auf euer Kommen! (Abg. Minder: „Wir kommen!“) Danke. (Allgemeiner Beifall. – 9.30 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächstem erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ussar das Wort.

Abg. Ussar (9.31 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und sehr geehrte Herren der Landesregierung, Herr Landeshauptmann!

Vorerst einen herzlichen Dank Herrn Landesrat Pörtl und vor allem aber unseren tüchtigen steirischen Bauern, die uns heute, wie jedes Jahr, mit dem Apfelgruß eine ganz besondere Freude gemacht haben. Einen herzlichen Dank unseren Bauern in unserer steirischen Heimat! (Allgemeiner Beifall.)

Sehr geehrte Damen und Herren! Das Gelb und die Qualität dieser Äpfel bringen auch Sonne in diesen Raum, und es ist notwendig, daß wieder mehr Sonne scheint, denn Sonne ist mit Leben, mit Kraft verbunden, und ich glaube, wir alle brauchen das dringendst.

Sehr geehrte Damen und Herren, Kulturpolitik, wie wir sie verstehen, soll die Menschen ganz einfach zur aktiven Gestaltung ihres eigenen Lebens, aber auch, und das möchte ich betonen, zur Gestaltung ihrer sozialen Umwelt anregen und befähigen. Aufgabe der Kulturpolitik ist meiner Ansicht nach in den neunziger Jahren vor allem auch, eine neue Qualität des Dialogs, des Gespräches mit Kunst- und Kulturschaffenden, zu entwickeln. Es ist wichtig, mit Künstlern zu sprechen, weil nur im Gespräch und im Besuch von Ateliers und im Gespräch mit Dichtern weiß man, was diese Menschen ausdrücken wollen und uns sagen wollen. Daher müssen, sehr geehrte Damen und Herren, die Voraussetzungen von uns geschaffen werden, daß möglichst viele Menschen in das Kulturleben eingebaut werden. Wir brauchen, und das möchte ich hier ausdrücklich betonen, auch eine neue Solidarität der Generationen untereinander. Es sind nicht nur überkommene und von der öffentlichen Hand organisierte, veranstaltete Kulturangebote zu fördern, sondern vielmehr geht es mir immer darum, daß die unterschiedlichsten Einrichtungen und Versuche von Menschen und Gruppen, wie sie uns täglich in unseren Bezirken begegnen, daß wir uns bemühen, dieses kulturelle Betätigungsfeld nicht nur zu schätzen, sondern auch zu fördern. Ich bezeichne es als besonders erfreulich, daß gerade in den letzten Jahrzehnten und im letzten Jahrzehnt besonders ein historisches Ziel unserer Kultur- und Kunstauffassung und Kulturpolitik erreicht wurde, nämlich Grundsätze unserer Kulturpolitik haben fast überall in den Kulturprogrammen Eingang gefunden, und ich betone und zähle auf:

Erstens das aktive Engagement für ein Klima der Toleranz und Humanität, in dem Kunst sich ganz einfach autonom entwickeln kann. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Und das merken wir immer wieder, wenn wir moderne Ausstellungen besuchen, daß diese Bereitschaft nun in breitem Maße gegeben ist. Zweitens die gesetzliche Absicherung der Freiheit der Kunst vor äußeren Zensurbeschränkungen und drittens, was mir sehr wichtig erscheint, die soziale Absicherung auch von Künstlern und Künstlerinnen. Wir wissen oft, unter welchen schwierigen Bedingungen diese Menschen arbeiten, und viele sind bereit, sichere Positionen zu verlassen, nur um sich ganz einfach ihrer künstlerischen Tätigkeit zu widmen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir alle, die wir hier sitzen, sind in unseren Gemeinden in das kulturelle Leben eingebunden. Ich selbst, ich betone

es immer wieder mit Stolz, hatte die Ehre, in meiner vierzehnjährigen Tätigkeit als Kulturstadtrat der Stadt Leoben auch in meiner Heimatstadt meinen entsprechenden Beitrag für die Kultur zu leisten. Und ich glaube, sehr geehrte Damen und Herren, und viele sind da, die in den Gemeinden tätig sind, Sie werden mir bestätigen, daß gerade die Funktion des Kulturreferenten wie keine andere es ermöglicht, mit Künstlern, Kunstschaffenden in Kontakt zu sein, im Gespräch zu sein, zu fühlen, was sie ausdrücken. Und da werden mir die Damen und Herren Abgeordneten, die in den Gemeinderäten tätig sind, vollkommen zustimmen. Es ist daher notwendig, und ich schließe hier an, was Kollege Erlitz gesagt hat, im vermehrten Maße als bisher – und ich weiß schon, wie schwer es ist, die finanziellen Mittel aufzutreiben – Mittel des Bundes – und ich sage das ausdrücklich, und ich habe es auch Minister Scholten bei seinem Aufenthalt in der Steiermark gesagt –, aber auch des Landes für die Förderungen der Kulturpolitik den Gemeinden zukommen zu lassen. Und wenn der Kollege Dr. Cortolezis gesprochen hat vom „Recht auf Kultur“, so ist dieses Recht vor allem in den Gemeinden sicher vorhanden. Wenn Mag. Erlitz gesagt hat, wir befinden uns in der Zeit des knappen Geldes. Geld war immer knapp, ich bestätige das, aber ich bin auch deiner Ansicht, es kann nicht dort als erstes gekürzt werden, wo es um die Kultur in diesem Lande geht.

Sehr geehrte Damen und Herren, nun einige Ansätze auch aus meinem engeren Bereich. Wenn ich mir das heurige Kulturbudget anschau, so finde ich wieder keinen fixen Ansatz für das Stadttheater Leoben, ich finde auch keinen fixen Ansatz für den Musikverein Leoben, und ich finde auch keinen fixen Ansatz für den Kulturbund und auch keinen für den Obersteirischen Trachtenverband.

Ich weiß schon, Herr Landeshauptmann, daß du dich auch immer bemüht, einzelne Subventionsbeträge auszugeben, aber mir geht es nun ganz einfach darum, wie der Musikverein Steiermark auch eben diese Institutionen fix im Budget aufscheinen.

Und, sehr geehrte Damen und Herren, ganz kurz: Das Stadttheater Leoben strahlt weit in unsere obersteirische Heimat aus, und sogar Besucher aus Graz sind immer wieder im Theater anzutreffen. Und wenn der Obersteirische Kulturbund, der seinen Ruf weit über die Grenzen hinaus gefestigt hat, ist er ein erstrangiger Kulturträger, der weit hinaus seine Arbeit vollführt. Und ein besonderes Wort, Herr Landeshauptmann, zum Obersteirischen Kulturbund. Es war im März ein erhebender Anblick, als eine große Anzahl von Mitgliedern des Obersteirischen Kulturbundes, an der Spitze der Abgeordnete a. D. Kirner, den viele in diesem Hause noch kennen, auch die Frau Landesrat Dr. Rieder war dabei, in der Grazer Burg für diese Institution, für diesen Kulturbund, den Hanns-Koren-Kulturpreis des Landes Steiermark 1993 in Empfang nehmen konnte. Und in der Laudatio haben der Herr Landeshauptmann, der Herr Landeshauptmannstellvertreter a. D. Prof. Jungwirth und vor allem auch Herr Prof. Pöttler die Arbeit des Kulturbundes ausgezeichnet interpretiert und gewürdigt. Wenn einmal eine Kulturinitiative über 1100 Mitglieder hat, so gehört sie zur größten regionalen Kulturinstitution in der Steiermark und wird nurmehr landesweit von der

Urania und vom Musikverein Steiermark übertroffen. Und wenn da 2500 Veranstaltungen durchgeführt wurden, so fordere ich also mit Recht einen entsprechenden Platz des Obersteirischen Kulturbundes im Kulturbudget des Landes.

Sehr geehrte Damen und Herren, und nun auch zu einer sehr wichtigen Angelegenheit in unserer Region, zur Steirischen Eisenstraße. Nach der Landesausstellung „Erz und Eisen“ in Eisenerz wurde der Verein Steirische Eisenstraße gegründet. Er ist sowohl in der Sanierung historisch wertvoller Denkmäler entlang der Eisenstraße von Leoben bis zur steirisch-österreichischen Grenze tätig, als auch – und das möchte ich betonen – eine entsprechende touristische Werbung gerade für diese Region. Ich glaube, im Hinblick auf die Schwierigkeiten für unsere Region, die sie in jeder Hinsicht hat, ist es sehr wichtig, auch vom Land, noch mehr als bisher diese Eisenstraße zu unterstützen, vor allem auch deswegen, weil in nächster Zeit ein Dreiländerprojekt geplant ist, das wir auf alle Fälle erfolgreich realisieren wollen.

Ich komme schon, sehr geehrte Damen und Herren, zum Schluß:

Im heurigen Budget sind Mittel für die Landesausstellung 1994 „Wallfahrt in Pöllau“ enthalten, und es freut mich, daß die Vorbereitung dieser Landesausstellung ganz großartig gelungen ist, und ich gratuliere meinem Vorredner ganz besonders, daß diese Landesausstellung in Pöllau stattfindet. Wir alle, die wir die Eröffnungen der Landesausstellungen besuchen, wissen, was so eine Landesausstellung für eine Region ganz einfach bedeutet, und ich gratuliere dir wirklich herzlich, daß das gelungen ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, nun aber auch zur Landesausstellung bei uns in Leoben. Ich habe im Hohen Haus schon öfter, vor Jahren schon, den Wunsch unserer Region vorgetragen, eine Landesausstellung in Leoben abzuhalten. Nach einem vorbereitenden Gespräch, an dem auch mein Kollege Abg. DDr. Jeglitsch teilgenommen hat, haben wir nun das ursprüngliche Thema erweitert. Die Landesausstellung soll unter dem Titel „Aufklärung und Revolution in Gesellschaft und Technik“ stattfinden. Die Thematik dieses Projektes geht von dem Gedanken aus, daß die Welt, in der wir heute leben, nicht nur durch soziokulturelle und technische Evolution, sondern, sehr geehrte Damen und Herren, seit dem 18. Jahrhundert auch die in der französischen Revolution von 1789 und ihre politischen und militärischen Folgen darstellt. Und ich darf Ihnen sagen, daß die Ausstellung nun in der Entwicklung im späten 18. Jahrhundert und frühen 19. Jahrhundert allgemein an der Region Leoben zeigen soll, welche besonderen Zukunftsperspektiven hier auch vorhanden sind.

Ganz kurz: Das Thema läßt sich in zwei große Komplexe „Franzosenzeit“ und „Technische Revolution“ teilen. Während beim Thema „Franzosenzeit“ politische, kulturelle, militärische Aspekte anhand der europäischen Ereignisse zwischen 1789 und 1815 zum Tragen kommen soll, meine Damen und Herren, das möchte ich nun besonders betonen, soll beim Thema „Technische Revolution“ anhand der drei Bereiche Stahl und Eisen, Naturwissenschaften und Bier der wirtschaftliche Hintergrund gekennzeichnet werden.

Das Thema „Stahl und Eisen“ ist bestens geeignet, die Entstehung der europäischen Schwerindustrie anhand eines aktuellen Beispiels, nämlich Donawitz, in allen Höhen und Tiefen nachzuzeichnen und auch für die Zukunft auf diese Branche einzugehen.

Mit dem Thema Naturwissenschaften kann anhand unserer Montanuniversität einerseits die Entstehung der Naturwissenschaft erläutert, andererseits aber – und das ist sehr wichtig, meine Damen und Herren – auch der heutige Stand der Forschung dargelegt werden. Schließlich kann – und das Thema Bier ist uns ja allen ein Begriff – anhand eines kleinteiligen Gewerbes von der kleinen Ortsbrauerei bis zur wirtschaftsmächtigen Großindustrie die Brauerei Göß dargestellt werden.

Ich komme schon zum Schluß. Dadurch ist auch ein weiterer wesentlicher Wirtschaftsfaktor in das gesamte historische Konzept eingebunden, der sich sogar mit dem Jubiläum verbinden läßt. Und diese Vielfalt, das ist die Neuerung, ergibt auch eine natürliche Aufteilung der Ausstellungsstätten im gesamten Gebiet von Leoben.

Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Landeshauptmann, ich ersuche die Steiermärkische Landesregierung wirklich herzlich, eine rasche Entscheidung zu treffen, damit die Vorbereitungen rechtzeitig begonnen werden können. Ich danke für die Aufmerksamkeit, ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 9.45 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Bleckmann. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Bleckmann (9.45 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Bevor ich zu den Landesausstellungen komme, möchte ich doch noch einmal zu diesem Kulturförderungsbeirat etwas sagen, lieber Kollege Mag. Erlitz. Wenn es darum geht, in einem ÖVP-Bereich darauf zu bestehen und zu drängen, daß ein Beirat eingerichtet wird, daß es Kontrolle gibt, da seid ihr schnell! (Abg. Mag. Erlitz: „Das Gesetz besteht schon seit 1985!“) Wenn es aber einen Wissenschaftsbeirat geben soll, den der Kollege Jeglitsch schon seit zwei Jahren fordert, dann wird auf einmal darüber geredet „naja, Beirat, da müssen wir uns genauer überlegen, wie das sein soll, ob die Beiräte alle gleich gestaltet sind, ob sie anders gestaltet sind“ oder wie auch immer. Dann ist wieder alles anders. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.) In eurem Bereich können wir das nicht so machen, aber im ÖVP-Bereich schon.

Auch wenn dieses Gesetz schon besteht, dann müssen wir das konkret (Abg. Korp: „Vorschläge machen, Frau Kollegin!“) umsetzen, was in den letzten Verhandlungen gesagt worden ist, und wir wissen jetzt schon, was wir mit den Beiräten machen, dann führt ihr euch selbst ad absurdum, wenn ihr sagt, ihr wollt da jetzt was ändern an dieser jetzigen Konstruktion, das ist ja widersprüchlich, was ihr da durchführt. (Abg. Mag. Erlitz: „Gesetzesbruch!“)

Aber jetzt zu den Landesausstellungen. Wir haben in letzter Zeit eine sehr schöne Unterlage erhalten über die Bilanz von zwölf Ausstellungen, und da sind

mir doch einige Dinge aufgefallen. Wir haben nämlich insgesamt diese zwölf Ausstellungen gehabt, wo ja im nächsten Jahr noch eine sein soll, und dann soll ein Jahr Pause sein.

Da waren fünf Veranstaltungen in der Obersteiermark, und die nächste soll ja auch wieder in der Obersteiermark sein. Und mir ist eben aufgefallen, daß gerade die Landesausstellungen in der Obersteiermark kein sehr großer Erfolg vom Publikum her waren. Sie haben zwar auch sehr viel gekostet, aber es war halt kein so großer Erfolg. Und ich würde mich wirklich interessieren, ob dazu schon Gedanken gemacht worden sind, warum das so ist. Ob man eben trotzdem noch in die Obersteiermark gehen wird, auch wenn eben da der Erfolg nicht so da ist. Oder ob man sich für diese Region etwas völlig anderes, Neues überlegt, was hier auch wirklich etwas bringen würde. Das würde mich interessieren, ob man sich dazu Gedanken gemacht hat und ob das auch überhaupt jemandem aufgefallen ist. Und ob Sie sich auch überlegt haben, warum das so ist. Weil ich könnte mir vorstellen, daß einerseits der Grund darin liegt, daß eben die Entfernungen in die Obersteiermark doch um vieles größer sind und die Obersteiermark halt doch etwas weiter weg liegt, daß es sich für einen Tagesausflug nicht so ganz lohnt und eben der Tagestourismus dort nicht so groß ist. Daß wir uns hier wirklich etwas Neues und anderes überlegen müßten. Und ein anderer Punkt ist, daß vielleicht auch das Thema nicht so ganz paßt. Daß auch immer die Vorbereitungszeit vielleicht etwas zu kurz war für diese kleine Abteilung, sich auch genau zu überlegen, was dort wirklich in der Region gemacht wird. Wenn ich mir Admont anschau, würde ich damit sicherlich nicht „Musik in der Steiermark“ assoziieren. Vielleicht war das ein Grund, daß das nicht so erfolgreich war. Und wenn ich Judenburg höre, würde ich damit auch nicht „Menschen, Münzen und Märkte“ assoziieren, viel eher vielleicht die Handelsstadt. Vielleicht wäre es da sinnvoller gewesen, über die Geschichte des Judentums, was ja mit Judenburg zusammenhängt, in der Zeit zu machen. (Abg. Mag. Erlitz: „Hinterher ist es immer leicht zu sagen, was richtig gewesen wäre!“) Völlig richtig, ich weiß! Es ist im nachhinein immer leichter, darüber zu schimpfen. Aber wenn wir eben immer ein Jahr aufs andere diese Landesausstellungen machen, ist es halt etwas schwierig auch, für diese kleine Abteilung, sich wirklich auch etwas Ordentliches, Konzeptives zu überlegen, und es wird sehr oft sehr rasch und sehr überhüdtelt gehandelt, damit eben ein Konzept zustande kommt. Man soll sich das wirklich genauer überlegen, und man sollte es machen. Und ihr selbst seid ja auch dafür, daß sie erst alle zwei Jahre stattfinden soll, die Landesausstellung. Oder seid ihr da heute auch wieder anderer Meinung, wie so oft? (Abg. Mag. Erlitz: „Wir stehen noch dazu!“) Andererseits, was natürlich, wenn man sich jetzt Peter Rosegger anschaut, war das etwas sehr Stimmiges, und wirklich, es war auch eine sehr schöne Landesausstellung, doch wenn es steht, es waren 416.767 Besucher, dann sind dort alle drei Ausstellungen gezählt worden, und ein Unternehmen - ein PR-Unternehmen - hat dann eben ausgerechnet, daß es nur 138.000, nein, 215.000 Zuseher und Besucher insgesamt eigentlich waren, wenn man das eben dann angleicht. Und dann ist Peter Rosegger auch nur noch im Mittelfeld an

sechster Stelle von diesen zwölf Ausstellungen. Also wir können wirklich insgesamt einen abnehmenden Trend erkennen. Ich hoffe, daß das in Pöllau nicht weitergeht, obwohl ja Wallfahrt eigentlich Mariazell ist, und mit Mariazell haben Sie sich da sicherlich sehr viel verschert, weil die sind dann natürlich, nachdem das jetzt in Pöllau stattfindet, sehr enttäuscht, daß eben nicht gerade ihre Wallfahrtskirche jetzt dafür verwendet wurde, sondern eben eine völlig andere Kirche. Auch das wäre vielleicht zu überlegen gewesen, daß man wirklich stimmige Veranstaltungen macht. Und weiter geht es dann in Murau. Hier habe ich doch aus der Gemeinde gehört, daß es einige Schwierigkeiten und Kommunikationsprobleme gibt. Und auch hier wäre es sicherlich besser gewesen, mehr Zeit zu investieren in die Vorbereitung, damit diese Probleme beseitigt werden. Es gibt zwar tolle Bauwerke, von dieser ganz großen Holzbrücke, die gebaut werden soll, teilweise schon gebaut ist, aber auch hier ist es in der Obersteiermark. Und ich hoffe, daß sich dieser Trend zwar nicht fortsetzt, aber es wird die Frage sein, ob dort wirklich so viele Menschen hinkommen werden, und die Ausstellungen ja auch immer teurer werden. Und ich bin froh, daß es da eine Pause gibt, damit man wirklich eine bessere und gute Konzeption machen kann und auch die Vorbereitung noch besser sein kann.

Jetzt zum nächsten Punkt, zum Trigon-Haus. Da ist ja jetzt auch schon viel diskutiert worden, und auch ich finde es sehr traurig, daß man da schon sieben Jahre lang darüber geredet hat, was stattfinden soll. Da hat es ein Konzept gegeben, und es wurde eben schon gesagt, es soll ein Trigon-Museum sein, es soll ein „Trigon-Haus“, ein „Künstlerhaus“ oder was auch immer sein. Aber es stellt sich wirklich die Frage, wer ist denn daran schuld, und warum ist das passiert. Und wenn es 1990 einen einstimmigen Beschluß gibt, daß das gebaut werden soll, dann ist ja wohl klar, daß der verantwortliche Referent alles in die Wege setzt, damit das so gebaut wird, wie es eben geplant wurde. Und wenn man dann nach eineinhalb Jahren wieder draufkommt, nein, das gefällt mir ja doch nicht, machen wir wieder etwas völlig anderes, dann muß sich der, der von heute auf morgen sich etwas anderes überlegt, schon bedenken, wenn wir da schon 22 Millionen Schilling hineinstecken, und das stand in diesem Antrag, der einstimmig angenommen wurde, daß, wenn dieses Konzept nicht so durchgeführt wird, ein Aufwand von 22 Millionen Schilling anfällt, dann muß sich derjenige überlegen, wer jetzt das Geld hinausgeworfen hat und wie das Geld hinausgeworfen wurde. Denn ich kann nicht heute so sagen und am nächsten Tag, wenn das dann in die Wege geleitet wurde, wenn es umgesetzt wurde, anders sagen, und heute stehen wir am Punkt Null, wo wir wieder von vorne anfangen können, weil ein neues Konzept gemacht wurde, das halt angeblich auf diesem aufgebaut hat, in meinen Augen aber nicht, sondern etwas völlig Neues war, und so eben auch auf Widerspruch gestoßen ist bei den Künstlern, bei den Politikern. Und dadurch sind jetzt wieder die Probleme da, weil das erste Konzept, das vorhanden war, nicht umgesetzt werden konnte. Und das neue Konzept habe ich mir angeschaut, ich hab es dann endlich, es wurde zwar am 15. September entworfen, bekommen habe ich es dann im März, weil ich da nachgefragt

habe, ob man das denn auch wirklich bekommen kann, und das scheinbar nur eingeweihte Kreise erhalten haben. Dort steht dann als Unternehmenszweck: „Der Pfauengarten öffnet Räume für experimentelle und interaktive Projekte im Grenzbereich von Kunst, Wissenschaft und Technik. Er dient daher der Herstellung, Präsentation, Diskussion und Publikation von Wahrnehmungsphänomenen in der aktuellen ästhetischen Produktion.“ Ja, ich habe das mehreren Leuten zum Lesen gegeben, einer hat gemeint, na ja, da können wir ja auch einen Zirkus hinbauen. Also ich glaube, wenn man schon einen Unternehmenszweck so künstlerisch formuliert, dann wird es nie klar sein, was es sein soll. Andererseits haben dann die Künstler in dem Gespräch gemeint, wir könnten ja auch einfach ein Haus bauen und uns dann überlegen, wofür wir es eigentlich brauchen. Es ist sicherlich ein sehr künstlerischer Ansatz, aber dann kommen wir dazu, wozu es in Graz gekommen ist, daß wir ein Lichtschwert hinbauen, das angeblich nur zeitlich begrenzt dorthin kommt, ein gewisser Aktionismus, und dann kommt man drauf, na ja, das gefällt mir doch ganz gut, müssen wir noch mehr Geld hineinstecken, dem Künstler noch mehr zahlen, damit wir dieses schöne Kunstwerk, das die Bevölkerung nicht für ewig will, für ewig behalten können. Und das kommt mir hier genauso vor, daß man dann ein Haus baut, wo man gar nicht so genau weiß, wofür wir es eigentlich brauchen und was wir da eigentlich damit machen wollen. Dazu soll ja dann auch noch eine Medienbibliothek oder Mediathek kommen, ein Institut soll auch noch dazukommen. Also ich muß ehrlich gesagt sagen, mir ist nicht so ganz klar, wie das dann jetzt wirklich ausschauen soll, und ich würde mich auch freuen, wenn da im Landtag vielleicht auch einmal darüber berichtet wird oder wenn uns auch einmal erzählt wird, und nicht nur in so runden Tischen, wo man zufällig eingeladen wird, sondern daß der gesamte Landtag informiert wird, was da wirklich geplant ist. Denn ich glaube, es geht auch uns etwas an, wie das aussehen soll und was im Endeffekt mit dem Geld eben passieren soll.

Und dieser Gipfel, dieser Kunstgipfel, der sogenannte, hat, na ja, sehr interessant, weil mir das aufgefallen ist, daß sich ja auch die Künstler überhaupt nicht einig sind, in ihren eigenen Bereichen nicht. Und man sieht eben, was passiert, wenn die Leute, die sich mit diesem Bereich beschäftigen, schon nicht einig sind, dann kommt es zu keinem Ergebnis, und wenn sich die Landesregierung dann auch nicht einig ist, dann kommt es zu überhaupt keinem Ergebnis. Mir kommt das so vor wie bei den Fachhochschulen. Es wurde sehr lange diskutiert, aber es ist leider nichts herausgekommen, und wir müssen von vorne anfangen. Es hat hier nur viel längere Zeit gedauert, es hat viel mehr gekostet, und die Kunstszene hat auch nicht gerade dazu beigetragen, daß es besser geworden ist. Und wir müssen wieder von ganz vorne beginnen, und hier appelliere ich wirklich an alle, sich zu überlegen, was wir für die Steiermark machen können, wie wir es machen können, daß ein gemeinsames Konzept gemacht wird mit allen und daß wirklich miteinander geredet wird, damit hier nicht wieder das gleiche passiert, und daß auch wir als Landtag unterrichtet werden, damit wir gemeinsam diese

Sache angehen können. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 9.55 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Ich erteile der Frau Abgeordneten Frieß das Wort.

Abg. Frieß (9.55 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Präsident!

Zur Kulturdebatte gehört natürlich auch die Diskussion über die Landesausstellungen. Aber eines möchte ich schon sehr deutlich gesagt haben. Über alle bewußten Unterstellungen, negativen Prognosen und Tendenzen hinweg ist das Unternehmen Landesausstellung, geführt von Landeshauptmann Dr. Josef Krainer und Hofrat Dr. Dieter Cwienk, ein besonderes Unternehmen und ein Unternehmen, das steigenden Wert hat.

Ich meine, daß die Konzeption der Landesausstellungen gerade in der Steiermark besonderen Erfolg zeigt und ich meine, auch in der Zukunft zeigen wird. Es zeichnet sich nämlich durch ein gewaltiges und kontinuierlich gutes Engagement einiger weniger Kräfte aus, das stimmt. Diese wenigen Kräfte haben besonderen Erfolg, haben höchste Ergebnisse und, wie es bei Peter Rosegger auch festgestellt wurde, eine deutliche Einnahmensteigerung. Was wollen wir von der Seite der Wirtschaft mehr? Es gibt bei relativ wenig finanziellem Einsatz höchste Ergebnisse. Es wurden diesbezüglich natürlich auch immer wieder neue Ideen eingebracht. Das hat seinen Wert, und ich meine, daß die Besonderheiten, die wir gerade bei dieser letzten Landesausstellung gehabt haben, auch zu diesem Erfolg beigetragen haben. Im besonderen waren es die spezielle Zielgruppeninformation, die sehr, sehr viele Möglichkeiten aufgezeigt hat. Außerdem muß man eines dazusagen: Landesausstellungen sind schlicht und einfach regionale Kulturförderung. Und so war es auch, daß die verstärkte Mitarbeit der Ortsebene, der Bezirksebene, der Bevölkerung, der Wirtschaft und Kunst in dieser Region ihren besonders hohen Stellenwert hat. Ich möchte auch eines sagen: das Sponsoring, das Peter Rosegger schon selber gemacht hat, war ja auch bei dieser Ausstellung eine besonders neue Aktivität und hat ihren besonderen Wert gehabt und Ergebnisse gebracht. Eines gehört natürlich auch noch gesagt: P. R. hatte eine besonders gute P. R. Und ich möchte in diesem Zusammenhang auch den Medien sehr, sehr herzlich danken. Sie waren auf der Seite Peter Roseggers. 416.767 Besucher in diesen drei Ausstellungsorten der Landesausstellung haben Peter Rosegger zum Mann des Jahres 1993 gemacht. Aber eines gehört natürlich nicht hintangestellt: Der Erfolg einer Landesausstellung zeigt sich besonders auch in der Nachfolgewirkung für die Region, und das sei auch Grazer Abgeordneten sehr deutlich ins Stammbuch geschrieben. Keine Landesausstellung ist mit dem Schlußtag wirklich vorbei, und die Auswirkungen möchte ich auch besonders nennen:

Erstens sind gerade die Ausstellungsgemeinden Schmuckstücke in bezug auf das Ortsbild geworden. Und es gibt auch in jeder Gemeinde Nachfolgeausstellungen, und Peter Rosegger wird präsent bleiben. Die Waldheimat als Tourismusregion ist damit aufgewertet. 36 Prozent Nächtigungssteigerung, 75 Prozent mehr Getränkesteuer, 2,5 Prozent der Besucher

waren aus dem Ausland, die wären sonst sicherlich nicht gekommen. 20 Prozent der Besucher waren aus Wien und Niederösterreich, 10 Prozent aus anderen Bundesländern, und da muß man sagen, alle diese Bundesländer haben doch selbst eigene Landesausstellungen, und ich freue mich, daß die steirische Landesausstellung besonders interessant für sie war. Jedenfalls waren 33,1 Prozent zum ersten Mal in dieser Region. Und das ist für den Tourismus ein wesentlicher Faktor. Besonderes Augenmerk wurde auf die sinnvolle Nachnutzung der neuen Gebäude gelegt. Und ich nenne hier Krieglach, da ziehen in das Ausstellungsgebäude eine Musikschule, eine Bücherei und eine Sonderschule ein, also Schulförderung im besonderen Sinn. In St. Kathrein am Hauenstein ist das Rosegger-Museum als Ausstellungsgebäude genutzt. In Birkfeld ist es schließlich ein Kindergarten geworden. Als besondere Tourismusattraktion tritt die Rosegger-Kulturstraße, hinweggehend über sechs Gemeinden, zur Geltung und hat ihren besonderen Wert auch für die Zukunft.

Nun muß ich eines auch noch zum Schluß sagen: Die Landesausstellung 1993 ist in der Region Waldheimat gelaufen. Diese umfaßt Teile von Mürzzuschlag und Weiz, und es war eine klare Sache diesbezüglich auch von unserer Seite in Weiz, diese Entscheidung so zu sehen. Unsere Bezirkshauptstadt hat nun auch 1989 ein Ansuchen für eine Landesausstellung abgegeben, und da habe ich die Bitte für die Zukunft vorzubringen. Das Thema Energie ist für Weiz präliminiert und auch entsprechend prädestiniert für diesen Bereich. Zahlreiche große Unternehmungen beschäftigen sich nämlich in Weiz seit Jahrhunderten mit dem Thema Energie und geben dieser Stadt auch ein sehr deutliches Markenzeichen. Ich nenne da einige Beispiele: Unsere Elin liefert Energieerzeugungstechnik in alle Welt, die Firma Mosdorfer ist bekannt für elektrotechnische Innovationen, und schließlich haben wir ein eigenes Versorgungsunternehmen, die Firma Pichler, die ja bei uns den ganzen Bezirk versorgt. Besonders befassen wir uns natürlich auch mit dem Bereich Energie aus Biomasse und haben ein gewaltiges Reservoir aus dem Wald im Bereich der Landwirtschaft. Und schließlich sind wir auch eine Region mit einer der höchsten Sonnenkollektorfleichen. Außerdem haben wir eine eigene Sonnenschule im Bezirk, und deswegen sollte auch die Stadt Gleisdorf mit bei dieser Landesausstellung sein. Neuerdings sind die Vorkommen an Thermen in Erschließung und werden da mit eingebunden. Also Energie in jeder Weise.

Ich bitte Sie nun alle um Ihr Wohlwollen dem Thema und dem Bezirk gegenüber und um eine günstige Reihung in der Folge der Landesausstellungen. Ein kräftiges Glückauf den Landesausstellungen der Zukunft! (Allgemeiner Beifall. – 10.02 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Günther Prutsch. Ich erteile es ihm.

Abg. Günther Prutsch (10.02 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Vorweg beginne ich mit einem Zitat: „Sieh, die Davids kämpfen gegen die Goliaths und Hochkultur.

Sie versuchen ein regionales Kulturleben zu entfachen, kämpfen oft um lächerlich geringe Subventionsbeträge ebenso wie um die Gunst des eigenen Publikums. Viele sind reine Idealisten, die ungeheure Aufbauarbeit leisten und nach ein paar Jahren doch wieder aufgeben müssen. Sie sind ganz unterschiedlich in ihren Ansprüchen, in ihren Motiven und in ihrer Breitenwirkung. Fest steht, unsere Basiskulturinitiativen würden viel mehr Beachtung verdienen.“ Dieses Zitat aus der Zeitschrift „Courage“ beschreibt meiner Meinung nach hervorragend die Situation, in der sich viele kleine Kulturinitiativen, Vereine und Gruppen – nicht nur, aber im besonderen auch – in der Steiermark befinden. Und auch in meinem Bezirk gibt es eine Vielzahl an derartigen Initiativen. Ich denke hier stellvertretend nur an Siebing, Bad Radkersburg, Ratschendorf oder Straden. Ich bin sehr froh darüber, daß es sie gibt, weil ich davon überzeugt bin, daß gerade diese kleinen Initiativen besonders wichtige Beiträge zur persönlichen, aber auch zur regionalen Identitätsfindung beitragen.

Mag. Wolfgang Erlitz hat das meiner Meinung nach auch ganz gut gesagt, Kultur ist auch wichtig, um den Rückzug ins Private zu bremsen. In Zeiten wie diesen, glaube ich, sollten wir dem viel mehr Augenmerk schenken. Unser Ziel muß es sein – und ganz besonders mein persönliches –, eben diese kulturellen Kleinaktivitäten abzusichern, ganz so, wie es von einem Kulturland erwartet werden kann. Dieses Ziel wurde auch in einem Antrag von uns unter dem Titel „Keine Kürzungen für kulturelle Kleinaktivitäten“ formuliert. Und umso bedauerlicher ist es für mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie diesen Antrag ablehnen werden.

Nun zum jährlichen Zeremoniell, betreffend die Landesausstellungen hier in diesem Hause. All die, die bereits eine Landesausstellung hatten, verharren eher ruhig, andere, die in großer Erwartung sind, treten dem ganzen forciert gegenüber. Die Frau Kollegin Mag. Bleckmann ist wie immer sehr kritisch diesem Problem gegenübergetreten.

Die Zusammenhänge Kultur und Tourismus und damit mit der Wirtschaft sind uns allen wohl klar. Da brauchen wir uns nichts vorzumachen. Die Frau Kollegin Frieß hat das meiner Meinung nach auch richtig gesagt, Landesausstellungen sind wirklich regionale Kulturförderungen, und das sollen wir auch so sehen. Seit Jahren wird in diesem Haus über Sinn und Inhalte diverser Landesausstellungen diskutiert und auch, ich habe schon gesagt, vielfach polemisiert. Seit Jahren gibt es auch in meinem Bezirk, im Bezirk Radkersburg, mehr oder weniger ernst zu nehmende Diskussionen über eine mögliche Landesausstellung. Gemeinsames Ziel eigentlich aller politischer Kräfte war es jahrelang, eine Landesausstellung in den Bezirk zu bringen. Nur in den Inhalten gab es doch gravierende Unterschiede. Meine Fraktion hat von Anfang an hier eine klare Linie verfolgt, das ist jetzt auch noch so, und ich bin glücklich, daß wir nun ein gemeinsames Grundkonzept gefunden haben, endlich, unter der Federführung von Herrn Hofrat Dr. Cwienk. Vor dem Hintergrund der Entwicklungen im Süden und Südosten der Steiermark sollen die Steiermark, Slowenien, Nordwestkroatien und Westungarn ihre gemeinsame Geschichte aufarbeiten. Das

ist unser Ziel. Wir sind uns bewußt, daß es viel Gemeinsames, aber auch viel Trennendes aufzuzeigen gilt. Unter der Federführung der Steiermark soll jedes Land nun eigene Projekte ausarbeiten und auch, und das betone ich hier, selbst finanzieren. Umfangreiche Rahmenprogramme sollen zu einer weiteren Annäherung dieser Regionen führen. Erklärtes Ziel von mir war und ist es auch, bei eventuellen organisatorischen, politischen oder finanziellen Problemen in den Nachbarländern die Landesausstellung im Bezirk Radkersburg als eigenständiges Projekt zu verwirklichen. Für mich ist das ganz besonders wichtig, auch im Rahmen der regionalen Identitätsfindung, weil ich glaube, daß auch wir Radkersbürger ein Recht haben, eine eigene Landesausstellung, auch wenn sich zum Beispiel Slowenien nicht beteiligt, zu haben. Es ist ganz besonders erfreulich für mich, daß sich SPÖ, ÖVP und FPÖ zu einer gemeinsamen Vorgangsweise in allen Grundfragen geeinigt haben. Es gibt einen gemeinsamen Landtagsantrag, der diese genannten Inhalte zusammenfaßt. Gerade heute und hier, nach all den Ereignissen der letzten Tage, bin ich eigentlich sehr stolz darauf, daß wir in der Region draußen doch in der Lage sind, vernünftig zusammenzuarbeiten. Nicht unerwähnt bleiben darf in diesem Zusammenhang auch, daß wir eine sehr sinnvolle Nachnutzung für die geplanten Ausstellungsräumlichkeiten anbieten können. Ob als immer wieder ins Gespräch gebrachtes Alpen-Adria-College oder als Kultur- und Dokumentationszentrum im Zentrum der Altstadt von Bad Radkersburg, auch hier besteht ein großer Bedarf nach derartigen Räumlichkeiten. Meine Damen und Herren, dieses Projekt für die Landesausstellung 1997 oder 1998 bringt vielfältige Ansätze und Impulse für eine leidgeprüfte Region. Und das alles in einer Zeit, in der es gilt, aktiv an der Stärkung grenzüberschreitender Gemeinschaften zu arbeiten. Wir Radkersburger erwarten uns schon ein Bekenntnis der Steiermark zur Region und zu einem sichtbaren Zeichen für Radkersburg. Aber das muß rasch erfolgen, weil ich glaube, daß wir für ein derart komplexes Thema auch entsprechend lange Vorbereitungszeit brauchen. Ich sage es zum Schluß mit Riebenbauer: „Der Dank der Radkersburger sei euch gewiß!“ (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 10.10 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Grabner.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (10.10 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Landeshauptmann!

Drei Punkte bewegen mich, zum Thema Landesausstellungen das Wort zu nehmen.

Erster Punkt: Ein klares Plädoyer für die Sinnhaftigkeit von Landesausstellungen. Zweiter Punkt: Ein klares Plädoyer für eine Landesausstellung zum Thema „Verkehr“ in Knittelfeld. Dritter Punkt: Ein Appell an den Herrn Landeshauptmann, eine Entscheidung über kommende Landesausstellungen so rasch als möglich zu treffen, und ich bitte ihn, wenn möglich, heute dazu Stellung zu beziehen.

Zum ersten Punkt: Wenn die Sinnhaftigkeit von Landesausstellungen heute daran gemessen wurde, wie viele Besucher hinkommen, dann teile ich diese Ansicht nicht. Ich bin absolut nicht der Meinung, daß

die Frage, wieviel Besucher eine Landesausstellung angezogen hat, letztlich darüber das Urteil sprechen soll, ob eine Landesausstellung einen Sinn gehabt hat und ob sie, und das ist ja wohl das Wichtigste, für die Kultur in der Region, in der sie stattgefunden hat, von bleibendem Wert war. Ich halte dafür, daß die bleibende Bedeutung von Landesausstellungen, wie sie heute von der Kollegin Frieß, vom Kollegen Prutsch schon angesprochen wurde, in der Region selbst eine Mobilisierung aller gemeinsamen kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Kräfte sein soll und auch ist, wenn sie richtig angelegt ist.

Zu Punkt zwei, meine Damen und Herren: Ich habe schon bei der letzten Debatte zum Thema Landesausstellungen auf die Bewerbung der Stadt Knittelfeld hingewiesen. Im Jahr 1992, Mai 1992, hat sich der Gemeinderat der Stadt Knittelfeld mit allen Fraktionen einmütig und intensiv dafür ausgesprochen, eine Landesausstellung nach Knittelfeld zu bekommen, allerdings nicht auf dem Wege, der oft gegangen wird, daß man für eine Stadt oder für einen Ort eine Landesausstellung haben will und sich dann überlegt, welches Thema, sondern man ist von der Tatsache ausgegangen, daß es im Raum Knittelfeld ein Thema gibt, das wie kein anderes geeignet ist, von der Vergangenheit in die Gegenwart und in die Zukunft gemeinsam übergreifend sich darstellen zu lassen, nämlich das Thema „Verkehr“. Diese Stadt ist so intensiv, aus der Historie heraus, aus der wirtschaftlichen Bedeutung des Verkehrs für die Region, aber auch aus verschiedenen anderen Gründen, die wir schon explizit aufgezählt haben und die wir in einem Exposé niedergelegt haben, der Standort für eine Landesausstellung zum Thema „Verkehr“. Wir haben dann diese Bewerbung an den Herrn Landeshauptmann abgesandt und erfreulicherweise, und dafür bedanke ich mich hier in diesem Hause, von allen Fraktionen unterstützt eine ebensolche Beschlußfassung und -anträge einbringen können. Und die Gemeinsamkeit ist es, wie der Kollege Prutsch schon erwähnt hat, die auch uns hoffnungsfroh macht, daß man an einer Landesausstellung in unserer Region zu diesem Thema „Verkehr“ für den Bereich Knittelfeld nicht vorübergehen sollte, weil auch in diesem Bereich, in unserer Region Knittelfeld, die Gemeinsamkeit aller Fraktionen in der Bemühung dargelegt ist. Und wir haben das in dem Exposé, das wir dem Herrn Landeshauptmann zwar schon übermittelt haben, das ich ihm aber dann gerne noch einmal geben möchte, auch dokumentiert und festgehalten.

Meine Damen und Herren, zum dritten Punkt: Ich habe gesagt, ich möchte an den Herrn Landeshauptmann appellieren, daß er eine rasche Entscheidung treffen möge. Es wurde auch schon heute mehrmals betont, von allen Vorrednern, daß oft und oft die Vorbereitungszeit zu kurz ist und die damit befaßten Beamten, bei allem Engagement, insbesondere unter der hervorragenden Leitung von Herrn Hofrat Cwienk, ganz einfach überfordert oder zumindest in eine Situation bringt, daß sie sehr, sehr in hohem Maße gefordert und gestreßt sind. Und darüber hinaus sage ich, daß gerade die Vorbereitungszeit für eine Region von größter Bedeutung ist, weil sich ja hier die Mobilisierung der regionalen Kräfte deutlich macht und artikuliert.

Und wir spüren es ja selbst, der beeindruckende Appell des Herrn Kollegen Riebenbauer ist ja ein Beleg dafür, mit wieviel Begeisterung eine ganze Region erfüllt wird, wenn es heißt, wir gehen es an, wir packen es an, wir machen eine Landesausstellung. Und ich teile seine Begeisterung für Landesausstellungen, weil wir an allen anderen Beispielen von Landesausstellungen auch schon gesehen haben, was es für eine Region bedeutet. Und ich spreche hier insbesondere von der Mobilisierung der in der Region vorhandenen Kräfte, die ganz einfach die Initialunterstützung durch die Zuordnung einer Landesausstellung brauchen. Und weil gerade das Thema Verkehr, um speziell auf Knittelfeld anzusprechen, ein so umfassendes ist, von der gesamten Kommunikation, Telekommunikation und, und, von der Geschichte bis in die Zukunft, von der Vorbereitung und Installierung dessen, was wir eigentlich herzeigen wollen. Wir wollen hier ja nicht museale Dinge darstellen, sondern Thema der Ausstellung und Gegenstand der Ausstellung soll sein die Darstellung funktionierender kommunaler und regionaler Verkehrssysteme. So etwas braucht Zeit, und deshalb brauchen wir, wie wahrscheinlich auch die anderen Kollegen für ihre Standorte, eine möglichst frühe Entscheidung über den Zeitpunkt, an dem man mit einer Landesausstellung rechnen kann.

Ich plädiere also dafür – und das ist mein Appell, Herr Landeshauptmann –, wir haben uns dazu vor einem halben Jahr im Landtag gefunden, alle Redner waren damals einer Meinung, an die Landesregierung zu appellieren, gemeinsam bis zum Jahr 2000 in etwa einen Fahrplan zu erstellen, so daß sich die einzelnen Regionen rechtzeitig und gut gemeinsam mit den zuständigen Landesbeamten darauf vorbereiten und einstellen können. Mit diesem meinem Appell, Herr Landeshauptmann, möchte ich schließen und möchte das Ihnen ohnedies schon zugekommene Exposé für eine Landesausstellung Verkehr im Raum Knittelfeld in aller Höflichkeit und Form übergeben, mit dem Ersuchen, in Ihre Überlegungen für die Landesausstellungen bis zum Jahr 2000 die Region Knittelfeld und das Thema Verkehr miteinzubeziehen. (Beifall bei der SPÖ. – 10.17 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Schuster, ich erteile es ihm.

Abg. Schuster (10.17 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Unsere Region ist in der Mitte einer Phase der Umstrukturierung. Die meisten von Ihnen wissen, daß es im Bezirk Voitsberg sehr viele engagierte, kreative und vor allem durchsetzungswillige Menschen gibt, die es nicht nur bei Ideen belassen wollen. Einige dieser Ideen stammen von Mag. Manfred Unterholzer, er ist ein äußerst agiler Manager und hat als Regionalbeauftragter des Bundeskanzleramtes für den Bezirk Voitsberg bereits gute Arbeit geleistet. Seine schwierigste Arbeit besteht zweifellos darin, daß neue Betriebe angesiedelt werden. Seine bisherigen Kontakte haben allerdings ergeben, daß wir auf Grund der mangelnden Verkehrsinfrastruktur noch nicht attraktiv genug sind. Deshalb sollten wir alle, meine Damen und Herren, eine kulturelle Initiative be-

sonders unterstützen. Es handelt sich um das Projekt „Heliopolis“. Helios die Sonne, Polis die Stadt, also die „Sonnenstadt“, für das bereits ein ausführliches Konzept den Mitgliedern der Landesregierung und damit auch dem Herrn Landeshauptmann namens der Bürgermeister unserer Region, der Wirtschaftsoffensive Voitsberg und der Mandatare von ÖVP und SPÖ übermittle wurde. Dabei geht es um einen Erlebnispark, der auf dem Areal des geschlossenen Karl-Schachtes in Rosental errichtet werden kann.

Dieses Projekt eignet sich bestens für eine Landesausstellung unter dem Motto „Energie ist Leben“. Sie soll anschließend übrigens eine permanente Einrichtung werden und kann vermutlich, so hoffen wir, erst 2000 oder 2002 eröffnet werden. Da wir in der Region aber zusätzliche Impulse brauchen können, schlage ich vor, daß wir alle Möglichkeiten prüfen sollten, dieses Projekt vorzuziehen, auch unabhängig vom Terminkalender der geplanten Landesausstellungen.

Wie Sie wissen, gibt es ernstzunehmende Wissenschaftler, die in der Sonnenenergie einen Ausweg aus dem energie- und umweltpolitischen Dilemma sehen. Daher ist das Projekt „Heliopolis“ darauf ausgerichtet, den Besuchern die Möglichkeit zu geben, in entspannter Atmosphäre den brennenden Fragen unserer Zeit auf den Grund zu gehen.

Die Besonderheit von „Heliopolis“ liegt in der speziellen Form, in der die Besucher im Areal eingebunden werden. Sie sind hier Reisende in Sachen Abenteuer, im Detail sind ein Braunkohlenurwald, mehrere Pavillons mit einem Heliodrom, dem Tempel der Sonne, dem Kraftturm, einer Windmühle, einem Wasserschloß, dem Biomeiler, ein Atomei vorgesehen. Kleine Beobachtungsstationen zur Erforschung der geschichtlichen Vergangenheit erlauben dem Besucher, sich über die Welt vor Millionen von Jahren zu informieren.

In einem botanischen Gewächshaus mit exotischen Pflanzen oder auch einem Spielplatz mit Solarmobilrennstrecken gibt es Vergnügen für Jung und Alt.

Selbstverständlich darf auch die gastronomische Infrastruktur, die ja in unserer Region bekannt gut ist, nicht fehlen. Das Grundstück, auf dem diese Landesausstellung errichtet werden soll, gehört der GKB. Eine grundsätzliche Bereitschaftserklärung seitens des Vorstandes Dipl.-Ing. Baumann und Dipl.-Ing. Marka liegen bereits vor. Das den Mitgliedern der Landesregierung vorliegende Konzept ist geeignet, weitere positive zukunftsweisende Akzente für die gesamte Region zu setzen. Ich bitte um Ihre Unterstützung! Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 10.23 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Korp. Ich erteile es ihm. Nach ihm der Herr Kollege Dipl.-Ing. Chibidziura.

Abg. Korp (10.23 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, Hohes Haus, verehrte Damen und Herren!

Ich möchte zunächst in meinem Redebeitrag auf jenen von der Frau Abgeordnetenkollegin Mag. Bleckmann kurz eingehen, die in ihrem Redebeitrag erklärt hat, die SPÖ sei gegen den Wissenschaftsbeirat. Dies

ist unrichtig, das bedarf einer sehr deutlichen und klaren Berichtigung. Und ich darf der Frau Kollegin Bleckmann ausrichten lassen – sie kommt schon, wunderbar –, Frau Kollegin Bleckmann, ich darf wiederholen. Sie haben hier von dieser Stelle aus erklärt, die SPÖ sei gegen einen Wissenschaftsbeirat. Und ich möchte auch die Gelegenheit nützen, um Ihnen hier direkt zu antworten und zu sagen, daß das unrichtig ist und einer Berichtigung bedarf, denn die SPÖ war nie gegen einen Wissenschaftsbeirat, das möchte ich in aller Deutlichkeit klarstellen. Dort wurde nämlich von der SPÖ-Seite nur hinterfragt, ob wir einen solchen einrichten sollen. Nicht mehr und nicht weniger. Ich meine, eine berechnete Hinterfragung, denn immerhin gibt es diesen Kulturförderungsbeirat, welcher, wie Sie selbst wissen, seit November 1990 bis zum heutigen Tag eben nicht getagt hat. Aus diesem Grunde meine ich, eine berechnete Hinterfragung.

Verehrte Damen und Herren, ich möchte mich nun dem eigentlichen Thema zuwenden, dem Thema Kultur und vor allem der kulturellen Regionalförderung über die Landesausstellungen hinaus, denn ich möchte eines ganz klar sagen: Für mich persönlich und für viele, viele andere, Herr Landeshauptmann, hat Kultur Nutzen und bringt auch Nutzen, und ich bin mir sicher, daß wir hier uns absolut einig sind, denn das ist wohl ein wesentlicher Teil im Rahmen einer sogenannten menschenorientierten Politik, nämlich ordentliche Kulturpolitik zu betreiben. Ich möchte diese Eingangsfeststellung wie folgt erläutern und begründen:

Sie alle, verehrte Damen und Herren, wissen, Kultur wird definiert als Gesamtheit der geistigen, schöpferischen und künstlerischen Leistungen einer Gemeinschaft als Ausdruck menschlicher Höherentwicklung. In einer Zeit des Öffnens der Grenzen aus ökonomischen Gründen, in einer Zeit der grenzenlosen Vermarktung in allen Lebensbereichen muß einfach versucht werden, dem Menschen auch sein Menschsein bewußt zu machen durch die Manifestation des menschlichen Geistes, durch Kultur eben. Niemand, glaube ich, wird ernsthaft leugnen wollen, wie sehr die kulturelle Auseinandersetzung das Lebensgefühl des Menschen aufwerten kann, und einer der unbestrittenen Vorteile humanistischer Bildung war es von jeher, den Menschen kulturell sozusagen genußfähig zu machen.

Verehrte Damen und Herren des Hohen Hauses! Daß auch der Kulturbetrieb ökonomischen Strukturen unterworfen wird, ist für sein Funktionieren unumgänglich, daß sich jedoch eben jener Kulturbetrieb nicht mit einem herkömmlichen Betrieb und damit verbundenen Kosten-Nutzen-Rechnungen vergleichen läßt, muß jedem klar sein, der nur ein wenig Einblick in diese Dinge hat. Wiewohl der Nutzen natürlich da ist, sei es in Form eines intensiven Lebensgefühls, sei es aber auch über die Unwegrentabilität in sogenannter wirtschaftlicher Hinsicht – siehe konkretes Beispiel Landesausstellung. Verehrte Damen und Herren, nur wer an den Ausgaben der Kultur, die ohnehin in der Regel nicht üppig dotiert sind, kürzt, muß sich genau bewußt sein, was da eigentlich passiert. Wenn man bedenkt, daß der Großteil des breiten Kulturbetriebes nur möglich ist, weil dieser von sogenannten Idealisten getragen wird, die, oft genug

belächelt, Zeit, Geld und Enthusiasmus einbringen, wird die schiefe Optik einer Kürzung, sei sie auch nur relativ gering, auch bei diesen Budgetansätzen, wie ich meine, doch schmerzlich, ich meine schmerzlich sichtbar. Warum ich das sage und dies so sehr betone? Aus meiner eigenen Tätigkeit als Kulturreferent einer klitzekleinen Gemeinde in der Steiermark, lieber Herr Landeshauptmann, weiß ich natürlich schmerzlich und natürlich ganz genau, was man etwa mit 30.000 Schilling, so wie in meinem eigenen Fall, an jährlichem Kulturbudget so alles realisieren kann, nämlich fast nichts. Und angesichts dieser Tatsache kann man nur sagen, der Kenner lächelt, und der Betroffene, so wie ich, verzehrt schmerzlich sein Gesicht! Wenn nun auf Landesebene das Kulturbudget gegenüber dem ursprünglichen Entwurf unseres verehrten Herrn Finanzlandesrates Joachim Ressel um insgesamt 2,5 Millionen Schilling gekürzt wird, wobei, und Fairneß soll besonders in der Kultur herrschen, zugegebenermaßen auch tatsächliche Veränderungen inkludiert sind, selbstverständlich, dann geht dies mit Sicherheit auf Kosten der sogenannten kulturellen Regionalförderung. Eben jener Regionalförderung, die schon bisher in den steirischen Gemeinden die so entscheidende konzeptionelle Kulturarbeit bestens unterstützt hat.

Ich bringe deshalb abschließend noch einmal zum Bewußtsein, daß über kulturelle Landesverwaltungseinrichtungen hinaus auf entsprechende regionale und finanzielle Zuwendungen im Bereich der Kunst und der Kultur – neben dem so wichtigen Werben im Ausland – keinesfalls, verehrte Damen und Herren, keinesfalls verzichtet werden darf. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der SPÖ. – 10.30 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Die nächste Wortmeldung stammt vom Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Chibidziura. Ich erteile ihm das Wort. Nach ihm spricht der Herr Abgeordnete Herrmann.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (10.30 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als großer Blasmusikfan, als aktiver Blasmusiker, als Funktionär im Blasmusikwesen erlaube ich mir, meinen kulturellen Beitrag dem größten Kulturträger auf dem Lande zu widmen, nämlich der steirischen Blasmusik. Wir haben in der Steiermark 396 Blasmusikkapellen mit über 15.000 Musikern. Wir haben Trachten, 358 in Tracht und den Rest in Uniform. Ich hoffe, Sie wissen und kennen den Unterschied zwischen Tracht und Uniform. 358 Musikkapellen tragen eine Tracht, das heißt, sie unterscheiden sich untereinander. Diese bunte Vielfalt der steirischen Blasmusikkapellen ist etwas ganz Schönes und etwas Herrliches in diesem Lande. Die Uniform ist uniform und daher gleich. Hier gibt es verschiedenste Musikkapellen in Feuerwehruniform, in Polizei-, Gendarmen-, Zollwache-, Militäruniform und so weiter. Daß diese Blasmusikkapellen unbedingt einer Förderung bedürfen, ist, glaube ich, außer Streit, und die im Voranschlag festgesetzten Beträge von 2.020.000 Schilling sind bei weitem zu wenig, um die Bedürfnisse und Notwendigkeiten unserer Blasmusik abzudecken. Gott sei Dank hat unser Landesrat hier Verstärkungs-

mittel eingesetzt, und er hat wahrlich den Großteil seiner Verstärkungsmittel diesem Steirischen Blasmusikverband zur Verfügung gestellt, nämlich 3,9 Millionen Schilling. Eine Blasmusik heute erfüllt einen großen Auftrag, wenn man einmal die statistischen Werte hernimmt und weiß, daß es praktisch keine Musikkapelle gibt in der Steiermark, die nicht mindestens 40 Proben im Jahr durchführt, mindestens 40 Ausrückungen als Gesamtkapelle bei verschiedensten Veranstaltungen der Gemeinden, der Kirchen, des gesellschaftlichen Lebens hat. Will man dann noch alles andere dazurechnen, das man subsumieren kann, von Hochzeiten bis Begräbnissen, dann kommen wir leicht auf 120 Ausrückungen pro Jahr. Das heißt, beinahe jeden dritten Tag ist ein Blasmusiker in Sachen Blasmusik unterwegs. Da muß man den vielen Frauen der Blasmusiker ein herzliches Dankeschön sagen, die das ohne Murren, vielleicht auch mit Murren hinnehmen, aber es ist ein Zeichen dafür, daß der Idealismus in dieser Blasmusik lebt und daß sie Gott sei Dank gut lebt. Ein Verein mit 50 Blasmusikern braucht im Jahr mindestens 100.000 Schilling, um seinen Notwendigkeiten, Bedürfnissen entgegenzukommen beziehungsweise diese abdecken zu können. Natürlich braucht man Noten, Instrumente, Tracht und natürlich auch für die Auftritte verschiedenste Fahrzeuge, Busse und ähnliches. Das heißt, der Aufwand ist groß! Und Gott sei Dank können wir davon ausgehen, daß unsere Blasmusik auch in der Zukunft lebt, denn gerade die Jugendarbeit wird im Steirischen Blasmusikverband sehr groß geschrieben. Und unter einem Mann, dem Prof. Grünwald, wurde gerade in den letzten zehn Jahren viel erreicht. So sind heute 40 Prozent unserer Blasmusiker unter 24 Jahre. Und es ist wirklich die Blasmusik eine sinnvolle, zielführende Jugendarbeit. Sie bietet unseren Jugendlichen die Möglichkeit, sich selbst hier einzuschätzen, vieles dazuzulernen, und ist wirklich ein Gegenstück dazu, daß sich unsere Jugend heute von den Massenmedien berieseln läßt.

Ich glaube, eines ist wichtig: Die Freude am eigenen Musizieren, und nicht die Passivität. Wir wollen Bürger haben, die eine eigene Initiative haben, die selbst bereit sind, etwas einzubringen, und dazu ist Musik eine gute Freizeitbeschäftigung, eine gute Therapie gegen Gefahren wie Drogen und ähnliches. Ich bin überzeugt, daß es wichtig ist, daß man das heute der Jugend anbieten kann. Eine Gemeinschaft, ein Erleben von Gemeinschaft in einem harmonischen Miteinander erzieht zur Einordnung, zur Toleranz und letztlich zur demokratischen Gesinnung. Und das, was wir auch haben wollen, ist die Erhaltung der Tradition. (Allgemeiner Beifall.)

Gerade die Jugendarbeit ist – und ich habe ihn schon erwähnt – von Prof. Grünwald, der leider Gottes aus dem Blasmusikverband ausgeschieden ist, sehr, sehr stark durchgeführt worden. Mit Jungbläserseminaren in allen steirischen Bezirken, das Jungmusikerleistungsabzeichen wurde abgenommen. Dabei nutzten 1131 Musiker im vergangenen Jahr die Kurse und natürlich auch die Prüfung. Das ist Arbeit für den Fortbestand unserer Musikkapellen. Herzlichen Dank allen Jugendreferenten, allen Funktionären, allen Obmännern und Kapellmeistern, im besonderen dem Prof. Grünwald! (Allgemeiner Beifall.) Aber den Dank muß man noch ausweiten

auch an die Gemeinden, an die Sponsoren, hier in erster Linie die Gemeinden, auch der Arbeiterkammer und der Raika recht herzlich danke, die immer diese Jungbläserseminare gut unterstützen, Gewerbetreibende, Eltern und natürlich den Funktionären. Und wenn man so ein bißchen zurückschaut in die letzten zehn Jahre, so hat Prof. Grünwald 15.763 Musiker, Jungmusiker, ausgebildet, und das ist eine stattliche Anzahl. Das ist etwa, wenn man es so betrachtet, schon die ganze neue junge Generation. Wenn man auch mit Bedauern feststellen muß, daß nicht jeder junge Blasmusiker oder, pardon, Blasmusikerin unbedingt der Blasmusik erhalten bleibt. Aber es ist ein Samen für die Zukunft und für die nachfolgenden Kinder, daß hier die Bereitschaft und die Einstellung der Blasmusik gegenüber eine positive ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben in der Blasmusik viele Instrumente, die im Zusammenklang den Blasmusiksound, wie man es auf Deutsch sagt, ausmachen. Ein Instrument ist dabei, das den Siegeszug fortgesetzt hat, das Saxophon. Ich selbst blase das Saxophon. Und heuer ist dieses Saxophon 150 Jahre alt. Und ich darf Ihnen etwas vorlesen, was das Saxophon in Wirklichkeit ist, nämlich es hat ein Geheimnis in sich. (Abg. Dr. Frizberg: „Warme Luft!“) „Saxophonisten sind sehr oft Eigenbrödler, einsame Menschen. Sie lieben ihr Instrument wie einen Menschen, der seine tiefsten Gefühle jedoch nie preisgibt. Denn das Geheimnis des Saxophons: es versetzt das Herz ebenso in Schwingung wie die Seele und den Geist. Es ist ein Geschichtenerzähler, der tönende Märchen wahrmacht. Und wenn auch für die raren Minuten einer wilden oder einer melancholischen Ballade, die ein einsames Herz erreicht und es nie wieder losläßt!“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Saxophon kann lachen und weinen, zärtlich sein und auch wild, grelle Töne bringen, brutal wechselnd mit sentimental dunkel angehauchten, versetzen sie den Saxophonisten ebenso in Gefilde der Phantasie wie sein Publikum.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wissen Sie, daß das Saxophon heute mit einer Selbstverständlichkeit zur Blasmusik gehört, und die Blasmusik beziehungsweise die Musik, aber im besonderen die Blasmusik, ist die Feuerwehr für Seele und Gemüt.

Es ist natürlich auch für einen Politiker immer ein bißchen schwer, und es gibt schwere Stunden, wo man sich natürlich auch diese Stunden etwas mit Musik verbessern sollte. Ich darf als Dank an unseren Referenten, und ich weiß – und gerade weil ich weiß, daß er das nicht mag –, aber trotzdem, lieber Michl, danke schön für deinen Einsatz für die Blasmusik, und ich darf dir ein Saxophon überreichen! (Allgemeiner Beifall. – 10.44 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Danke schön! Der Applaus hat gezeigt, daß das Haus sich dem Dank des Kollegen Dipl.-Ing. Chibidziura angeschlossen hat, insbesondere dem Dank an die Frauen der vielen Blasmusiker. Wenn der Kollege Dipl.-Ing. Chibidziura irrtümlicherweise gesagt hat „an die vielen Frauen der Blasmusiker“, darf ich sagen, das darf nicht mißverstanden werden, auch hier wird die Monogamie selbstverständlich beachtet!

Nächster am Wort ist der Herr Kollege Herrmann.

Abg. Herrmann (10.45 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Zur Landesausstellung brauche ich mich nicht melden, das hat mein Kollege Abgeordneter Riebenbauer sehr impulsiv getan. Auch wir danken für diese Ausstellung. Ich bin überzeugt, daß diese Ausstellung dem Bezirk Hartberg nicht nur seelische Impulse, sondern auch wirtschaftliche Impulse bringen wird und schon gebracht hat.

Ich melde mich bei der Gruppe 3 auch zu den Blasmusikkapellen, und ich freue mich – und mein Vorredner hat mir wirklich aus dem Herzen gesprochen, und er hat es ja sehr, sehr ausführlich gemacht –, daß ich mich ein bißchen kürzer halten kann. Auch ich bin überzeugt, daß eben die Summe des Rechnungsabschlusses 1992 der richtige Vorschlag wäre, und ich glaube, der Dank ist immer sicher von den Blasmusikkapellen.

Ich weiß schon, es könnte immer mehr sein. Nur, die Leute sagen oder man sieht, daß eben Blasmusikkapellen beliebt sind, daß sie sehr viel finanzielle Unterstützung von der Bevölkerung, aber auch den Gemeinden bekommen. Trotzdem muß man sagen, daß sie sehr viel Geld selbst aufbringen müssen. Und wo bringen die Musikkapellen ihr Geld auf, für Anschaffung von Trachten, Instrumenten und ähnlichem? Denken wir doch an Trachten, die ja doch bis zu 500.000 Schilling kosten. Ja, wo bringen sie es auf? Mit Festen. Und daher hätte ich eine Anregung: Schaffen wir doch die Möglichkeit in Landesgesetzen, zum Beispiel im Gemeindeabgabengesetz, daß diese Musikkapellen von der Getränkeabgabe – und das gleiche kann man auch für die Feuerwehren fordern – befreit werden.

Schaffen wir doch die Möglichkeit in Landesgesetzen, zum Beispiel im Getränkeabgabengesetz, daß diese Musikkapellen von der Getränkeabgabe – aber das gleiche kann man auch für die Feuerwehr fordern – befreit werden. Oder schaffen wir einen Passus drinnen, daß eben die Gemeinden so eine Befreiung vorschreiben können. Legalisieren wir das, denn wir wissen, daß es trotzdem geschieht. Wir wissen, daß Gemeinden eben diese befreien. Auch ich möchte mich bei den Musikerinnen und Musikern bedanken, denn auch sie bringen sehr viel Freizeit auf, und sie investieren bitte sehr, sehr viel eigenes Geld, nehmen wir doch nur die verschiedensten Anreisen, wieviel und wie große Fahrtstrecken eben diese Musikerinnen und Musiker zurücklegen.

Werte Damen und Herren, tun wir alles, daß auch in Zukunft vermehrt Mittel für die Blasmusikkapellen zur Verfügung stehen! Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 10.47 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser.

Abg. Schrittwieser (10.47 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich bin nicht dazu geeignet, hier einen hochstehend politischen Beitrag zu leisten. Aber es gibt immer wieder Probleme in den Regionen, Probleme bei Projekten und wo sollen sie hingehen, wenn sie lange

schon versuchen, etwas zu erreichen, wie zu ihren Mandataren, die natürlich dann sich auf den Weg machen müssen, gemeinsam in diesen Fragen etwas zu erreichen. Ich möchte anhand eines Beispiels eines Kulturprojektes für das gesamte Mürztal aufzeigen, und der Herr Kollege Prutsch hat ja die kleinen Kulturprojekte heute schon angeschnitten, wie schwer es diese haben, ich möchte am Beispiel der Kulturwerkstatt „Podium“ im Mürztal – ihr Tätigkeitsfeld erstreckt sich vom Bezirk Bruck bis zum Bezirk Mürzzuschlag – aufzeigen, daß man sehr wohl sehr positive Kulturarbeit in einer Region leisten kann, aber daß einem beim größten Engagement der engagierten jungen Leute, die dort arbeiten, auch die Luft ausgehen kann. Die Kulturwerkstatt „Podium“ hat sich 1988 gegründet, macht heute ungefähr einen Umsatz von rund 2,5 Millionen Schilling, und sie haben sich damals das Ziel gesetzt, auf das Minderangebot an kulturellen Veranstaltungen zu reagieren und andererseits die Kommunikation unter den Kulturvermittlern zu fördern. Ein Vorsatz, glaube ich, meine Damen und Herren, der durchaus Unterstützung verdient. Die kulturellen Aktivitäten, meine Damen und Herren, haben in diesen Jahren seit 1988 durchaus zugenommen, sie haben einer Kulturzeitschrift den Namen „GACH“ gegeben und haben eine Auflage von rund 6000 Stück, und sie haben es als Informationsblatt der Kulturinitiativen und der Kulturveranstalter konzipiert. Bei dieser Kulturwerkstatt sind 30 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ein Geschäftsführer, zwei Honorarkräfte tätig, die mit sehr viel Idealismus hier an der Arbeit sind. Seit 1988 haben sie bis zum Jahr 1993 positiv bilanziert, das zeigt auch, daß sie sehr ernsthaft gewirkt haben, aber auch versucht haben, die finanziellen Mittel nicht nur als Förderungen zu bekommen, sondern über Sponsoren und so weiter, daß es hier Initiativen gegeben hat. Lohnverzicht, unbezahlte Überstunden, Privatanlagen von Mitarbeitern haben dazu geführt, daß Ende 1993 diese Kulturwerkstatt nicht geschlossen hat werden müssen. Seit 1991, meine Damen und Herren, sucht nun dieses Kulturprojekt um Subventionen, natürlich auch vom Land Steiermark, weil sie eine wichtige gesellschaftliche, gesellschaftspolitische Aufgabe im Mürztal erfüllen, an. Und ich habe Ihnen erzählt, daß rund 2,5 Millionen Schilling Umsatz hier gemacht werden. Und 1993 war es dann möglich, eine Subvention des Kulturreferats in der Steiermark von 40.000 Schilling, das sind rund 2,8 Prozent des Gesamtbudgets, zu erhalten, und es hat auch für die Sanierung, das sei hier nicht verschwiegen, der Kulturwerkstatt eine Subvention von rund 50.000 Schilling gegeben, was ungefähr 6,2 Prozent des Gesamtbudgets ausmacht. Aber um nicht zugrunde zu gehen und auch weiterarbeiten zu können, sind sie auch für 1994 an das Land Steiermark herangetreten, weil der Bund, der dieses Projekt bereits heute mit über einer halben Million Schilling fördert, weil er die Sinnhaftigkeit erkannt hat, gesagt hat, „wenn sich das Land Steiermark in der Zukunft nicht stärker an der Finanzierung oder Unterstützung dieses Projektes beteiligt, sieht sich auch der Bund außerstande, weitere Mittel oder höhere Mittel in der Zukunft zur Verfügung zu stellen“. Und ich möchte nur einen Appell richten. Obwohl diesen Betreibern, diesen jungen Menschen mit viel Engagement, das Wasser bis zum Hals ge-

standen ist, haben sie im November 1993 um einen Aussprachetermin in Graz ersucht, und sie haben tatsächlich am 6. Dezember einen bekommen, er wurde aber nur an diesem Tag abgesagt, und es hat dann einer politischen Intervention bedurft, daß wir am 1. März dieses Jahres ein sehr gutes Gespräch mit dem Herrn Hofrat Dr. Cwienk geführt haben und ihm die Sachlage dargebracht haben. Er sagte uns natürlich auch, daß es zirka 30 bis 40 Projekte in der Steiermark gibt. Wenn es keine Zusatzmittel oder Verstärkungsmittel für diese Projekte in der Zukunft gibt, dann ist für 30, 40 steirische Kulturprojekte kleinerer Art im ländlichen Gebiet ihre Existenz gefährdet, meine Damen und Herren! Und ich glaube, man sollte nicht Initiativen, die mit viel Engagement gemacht werden, wegen einiger Millionen Schilling von mir aus, die hier notwendig sind, bei einem Kulturbudget glaube ich von rund 600 Millionen Schilling alles zusammen, gefährden. Man sollte doch einen Weg finden, um diese Projekte verstärkt zu unterstützen, daß sie auch weiter ihre Existenzberechtigung haben. Und dieses Projekt hat für 1994 um 300.000 Schilling Subvention angesucht und um 150.000 Schilling für die Zeitschrift „GACH“. Ich weiß schon, daß sich der Subventionsfluß nicht von 40 gleich in solche Höhen begeben kann bei unserer finanziellen budgetären Situation, aber ich bitte Sie, Herr Landeshauptmann, heute bei Ihrem Schlußwort Ihre Überlegungen hier darzulegen, wie Sie glauben, daß wir diese Projekte in der Zukunft stärker als bisher unterstützen können. In Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg, höre ich, gibt es eine Regelung, wo diese Projekte mit einem Drittel vom jeweiligen Bundesland unterstützt werden.

Ein weiterer Punkt, den ich gleich mitnehmen möchte, ist, daß die Bürgermeister und auch die Kapellmeister der Blasmusikkapellen im Mariazeller Land seit Jahren bestrebt sind, einen dislozierten Unterricht in Mariazell einzurichten. Man sagt mir und teilt mir schriftlich mit, daß es 1993 fast so weit gewesen wäre, daß dieser dislozierte Unterricht möglich wäre, aber mit Bescheid vom 26. November 1993 wurde auch hier aus finanziellen Gründen eine verstärkte Beteiligung an den Personalkosten bei der Musikschule Mürzzuschlag abgelehnt. Was eine Region mit zirka 7000 Einwohnern, die sich nicht gut behandelt fühlen und die sich, eh sehr sensibel immer, wenn man sagt, die Menschen, die Bewohner hinter dem Seeberg – ich sag jetzt schon immer im Mariazeller Land, weil ich jedesmal einen Rüffel kriege, wenn ich sage hinter dem Seeberg – ist sowieso sehr sensibilisiert die ganze Region, und sie fühlen sich hier – ich möchte das einmal so ausdrücken – nicht gut behandelt. Und sie sind auch jetzt über Parteigrenzen hinweg an Bundesrat Pollerhuhs und die Kollegin Dr. Bachmaier an uns herangetreten, die Bürgermeister, die Kapellmeister – die Blaskapellen wurden ja schon ausreichend gewürdigt –, ihnen zu helfen und Wege zu suchen, wo wir eine bessere oder eine Finanzierung vom dislozierten Unterricht in Mariazell zusammenbringen.

Im Winter kennt jeder die Fahrtsituation. Wenn man also mit Fahrgemeinschaften – was ja auf Grund des Engagements der Eltern der Musiker getan wird, und man ist ja eine Zeit in den Unterricht nach Mürzzuschlag gefahren, 50 Kilometer zirka entfernt –

Abhilfe schafft, ist dies mit großen Gefahren verbunden. Und auch hier, glaube ich, sollte man nach einem Weg suchen. Und ich bin aufgefordert, das hier heute zu sagen. Und auch die Kollegin Dr. Bachmaier und der Kollege Pollerhuhs als Bundesrat werden sich ebenfalls dafür einsetzen, daß es auch hier Lösungen gibt.

Die Kapellen im Mariazeller Land haben es ohnedies sehr schwer. Die Arbeitsplätze sind so gering, daß der Großteil der Mitglieder der Kapellen pendeln muß, zu den Proben kaum anwesend sein kann und dann am Wochenende zurückkommt und diese hervorragenden Kulturträger unterstützen. Und jetzt wird ihre Arbeit noch erschwert, indem ihr Kampf um einen dislozierten Unterricht negativ entschieden wurde. Und auch hier ersuche ich, Herr Landeshauptmann als zuständiger Referent, daß wir nach Wegen suchen, nach gemeinsamer Finanzierung – Gemeinden, Land Steiermark und vielleicht gibt es auch andere Mittel –, um in dieser Region dies zu ermöglichen.

Das sind meine Bitten, das ist ein Anliegen, das wir nicht machen, daß wir Politiker einen Erfolg dabei einheimen, das hilft uns im Endeffekt nichts, sondern das ist ein Beitrag dafür, daß wir gezielt Gespräche aufnehmen und hier den Bewohnern im Mariazeller Land Hilfestellung leisten. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der SPÖ. – 10.58 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Kurt Flecker.

Abg. Dr. Flecker (10.58 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist mir schon klar, daß das Haus im Pfauengarten ein Schwerpunkt der kulturpolitischen Diskussion ist, und es ist mir auch klar, daß die Landesausstellungen große Wertigkeiten haben und einen anderen Schwerpunkt darstellen. Ich befürchte nur eines dabei: Ich befürchte, daß durch Schwerpunktsetzung der Diskussion in diese Richtungen jene Wiesen austrocknen, die draußen in den Regionen in verschiedenen Kulturinitiativen, in verschiedenen regionalen Zentren gebaut wurden.

Der Anlaß für die Wortmeldung ist, ein Plädoyer zur Erhaltung dieser Initiativen und zur Erhaltung des Kulturzentrums Wolkenstein als ein Zentrum moderner Kunst, als ein Zentrum einer Geisteshaltung, das leider Gefahr läuft, bald nicht mehr zu sein, wenn wir keine besonderen Kraftanstrengungen setzen.

Zuerst ist einmal zu sagen – aber das ist schon Vergangenheit –, daß es verwunderlich ist – ich war damals noch nicht in der Lage, mich für die Einbindung des Kulturzentrums Wolkenstein in die Landesausstellung Trautenfels einzusetzen –, daß Wolkenstein nicht im Zuge der Landesausstellung Trautenfels einen entsprechenden Platz bekommen hat.

Einzig und allein die Ausstellung der schizophränen Künstler aus Gugging, auch ein Fingerzeig dieses Zentrums in Richtung Toleranz, in Richtung Anerkennung gewisser Gruppierungen, nur diese eine Nebenveranstaltung hat dort stattgefunden, und es hat dadurch auch keinerlei Beitrag gegeben, die finanziellen Nöte dieses Kulturzentrums zu beseitigen. Und

im heurigen Budget sind wir in der Situation, daß wir den ohnehin unrealistischen Voranschlagsansatz der Vorjahre um weitere Teilbeträge kürzen, und wir können auch nicht erwarten, daß die bisherige tatsächliche Zahlung von einer Million Schilling jährlich dort eintreffen wird, weil die Verstärkungsmittel ja ohnehin durch die verschiedenen Beschlüsse, die die Mehrheit hier fassen wird, ausgeräumt werden. Sie wissen alle, daß aus den Verstärkungsmitteln bisher immer Parteienkontingente zugeteilt wurden und daß die einzelnen Referenten hier Budgetposten verstärken konnten. Das konnte der Herr Landeshauptmann tun, hat dann auf eine Million Schilling aufgestockt, und das wird heuer nicht mehr möglich sein. Tatsache ist, daß dieses Kulturzentrum Wolkenstein unter einer Landesdotierung von 1,5 Millionen Schilling nicht lebensfähig ist. Und ich habe das dem Herrn Landeshauptmann im Rationalisierungs-Ausschuß gesagt, und seine Reaktion war eine ähnliche wie die heutige. Der Herr Landeshauptmann hat als einzige Reaktion darauf dem Herrn Bundesminister Scholten einen Brief geschrieben, er möge die Mittel für das Kulturzentrum Wolkenstein zur Verfügung stellen. Und so geht das eben nicht. Entweder wir bekennen uns im Land zu regionalen Einrichtungen, kultureller Potenz, zu regionalen Einrichtungen als Zeichen neuer Kunst, aber dann kostet das Geld. Aber wir können nicht einfach den Todesstoß dadurch versetzen, indem man sagt „ich als Land seile mich davon ab und schreibe einfach dem Herrn Bundesminister einen Brief“. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich glaube, daß es notwendig ist, hier ein Bekenntnis auch in der tatsächlichen Politik zu zeigen. Ein erstes Bekenntnis würde darin schon einmal liegen, daß man das Kulturförderungsgesetz vollzieht. Meine Damen und Herren, wir haben einen Kulturbeirat, der nicht einberufen wurde. Und wir sind meilenweit hinter dem, was Oberösterreich zum Beispiel hat. In Oberösterreich werden die Förderungsmittel für Kulturinitiativen und Kulturzentren über einen Beirat gesteuert, der politisch unabhängig ist, der von Künstlern besetzt ist, und das Amt hält sich an die Vorschläge dieses Beirates.

Wir haben einen Beirat, der durchaus auch politisch abhängig ist, das ist ja nichts Schlechtes. Aber nicht einmal der wird, obwohl es Gesetz ist, einberufen. Und wir haben die Verpflichtung fixiert in einem Kulturförderungsgesetz, wonach jährlich ein Kulturbericht zu legen ist. Auch dieser Kulturbericht ist nicht gelegt worden. Und jetzt in der letzten Regierungssitzung hat man das nachgeholt, und der Kulturbericht als Aussagekraft steirischer Kulturpolitik hat lediglich aus den Ziffern der Förderungsansätze und Vergaben der letzten Jahre bestanden. Meine Damen und Herren, ich hoffe, daß wir hier in der Steiermark zur Kultur in einem Kulturbericht mehr zu sagen haben als Ziffern.

Zum Abschluß erlauben Sie mir noch einen Hinweis: Ich glaube, man kann sich auch nicht einfach mit der Sparausrede um dieses Helfen für derartige Kulturinitiativen drücken. Ich habe das schon in einer Debatte im vorigen Jahr gesagt, und ich glaube, man sollte den Gedanken aufnehmen, weil er ja nichts Verwerfliches an sich hat, nämlich für Kulturinitiativen, die als Veranstalter auftreten und diverse Veranstaltungen mit Künstlern machen draußen. Daß

man da hergeht als Land und sagt, ich übernehme für ein kalkulierbares Risiko einfach die Ausfallhaftung. Und die muß ja nicht schlagend werden. Aber allein, wenn ich dem Kulturveranstalter ein gewisses Risiko abnehmen kann – es können Witterungsverhältnisse und sonstige Verhältnisse dazu führen, daß eben der Erfolg nicht da ist, wie er kalkuliert ist –, allein, wenn ich ihm das Risiko abnehme, ist schon viel gewonnen. Ich glaube, daß das überhaupt ein Mittel wäre, sowohl bei kleinen Veranstaltungen Sicherheit zu geben, es wäre natürlich auch ein Mittel gewesen, bei großen Veranstaltungen nur dann Steuermittel einzubringen, wenn die Veranstaltung einen Verlust hat. (Beifall bei der SPÖ.) Herr Landeshauptmann, ich glaube, daß es eigentlich keinen Widerspruch zu dem gäbe, daß wir für diese regionalen Zentren zu Förderungsverträgen kommen, weil wenn wir keine Förderungsverträge haben, dann kann leicht etwas passieren. Die Leute veranstalten draußen, sind bereits hauptberuflich tätig, und irgendwo wissen die nicht, wieviel kann ich jährlich verbrauchen, weil ich keine fixen Förderungsverträge habe. Ich glaube, wir sollten für solche Zentren zu Förderungsverträgen kommen, wo der Geschäftsführer eines derartigen Zentrums letztlich dann weiß, in welchem Rahmen er sein Programm gestalten kann. Und ich meine, daß es durchaus aufkommensneutral fast wäre, wenn wir bei den Kulturinitiativen dazu übergängen, ihnen das Risiko für Veranstaltung durch die Übernahme von Haftungen abzunehmen. Das wären ganz, ganz kleine Anstrengungen, die wir treffen würden, und die Kulturpolitik gerade in jenen Bereichen, wo die Lobbys nicht so groß sind, würde weniger angstvoll agieren müssen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 11.09 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Tasch.

Abg. Tasch (11.09 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

So mancher wird sich wundern, daß der urige Ennstaler auch zur Kultur etwas zu sagen hat. Kultur ist etwas, was mir besonders am Herzen liegt. Ich habe also zur Kultur spontane Beziehungen, und Kultur ist also etwas, was mich auch sehr interessiert. Oft differenzierte Beziehungen habe ich zur modernen Kunst, das ist also etwas, wo ich mich nicht so recht auskenne und wo ich oft die Kunst nicht ersehen kann. Ich habe mich da hergestellt, daß ihr mich seht's. Laut reden tue ich, daß ihr mich versteht's. Und kurz halten tue ich mich, daß ihr mich mögt's. (Allgemeiner Beifall.)

Wir haben in unserer Steiermark, die sich von der Vielfalt her, von der Lieblichkeit her auszeichnet, seit Jahrzehnten in der Österreichischen Volkspartei unsere Kulturpolitiker. Und ich bin sehr stolz darauf, Prof. Koren zitieren zu können, dann unseren Prof. Jungwirth und jetzt unseren Landeshauptmann und Kulturreferenten Dr. Josef Krainer, wo ich das Gefühl habe, er ist mit ganzem Herzen bei der Kultur, und Kultur ist ihm ein besonderes Anliegen. Oft denke ich mir, es wäre ganz gut, wenn er mehr zu Volksveranstaltungen hinaus käme, aber die Kultur ist also etwas, was ihn wirklich fasziniert, und er ist sicher der prädestinierteste Kulturreferent in diesem Land. Unser ehemaliger Bundeskanzler Alfons Gorbach hat einmal

gesagt nach einer äußerst kritischen Wortmeldung von mir: „Junger Freund, merke dir eines, wer mit 20 kein Revoluzzer, der hat kein Herz im Leib, und wer mit 50 nicht etwas konservativ, der hat kein Hirn im Kopf.“ Und ich denke sehr oft über mich nach, und wenn ich immer mehr nachdenke, dann komme ich oft darauf, und habe oft das Gefühl, es fehlt mir jetzt oft noch das Hirn. Und in dem Sinn, lieber Herr Landeshauptmann, habe ich einmal gehört von einem guten Freund von dir, wie es klar war, daß ich da in den Landtag herunterkomme, daß du gesagt hast, „ha, was werden wir denn mit dem Tasch da herunterkriegen“. Ich glaube, heute wäre dir leid, wenn du mich nicht mehr hättest. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Dies ist wie bei allen Legenden die Erfindung von irgend jemandem – vielleicht deine eigene!“)

Wenn ich zum Revitalisierungsprogramm komme, was, glaube ich, unsere Kultur ganz besonders auszeichnet, wo wir durch Förderungen Schlösser, Burgen, Stadtmauern und Museen saniert haben, ich glaube, das ist etwas, was wir in den Regionen draußen brauchen, weil es für unsere Regionen so notwendig ist, und ich glaube, das ist, was wir weiter forcieren müssen, um unsere Kultur, vor allem unsere Volkskultur in unserem Land besonders hoch zu halten. Und es ist heute schon einiges über die Landesausstellung geredet worden. Und ich möchte es ganz kurz streifen, weil ich der Meinung bin, eine Landesausstellung für eine Gemeinde oder für eine Region ist etwas ganz Besonderes. Hier hat man die Möglichkeit, durch die Medienpräsenz innerhalb von kürzester Zeit bekannt zu werden, was man sonst mit viel Geld und ich glaube in zehn Jahren nicht schaffen kann. Und ich glaube, es ist, und ich glaube, Mag. Erlitz hat es gesagt, nicht nach der Anzahl der Besucher eine Landesausstellung zu messen, sondern was für diese Region dort geschehen ist, und das ist, glaube ich, das ganz Entscheidende. Wenn ich nur an Schloß Trautenfels denke und an unsere Region. Schloß Trautenfels ist zu einem Juwel herausgeputzt worden, nicht nur für unsere Gemeinde, die, wie ich immer sage, eine der flächenmäßig größten im Bezirk ist, die vielfältigste in der Steiermark, und die Burg sicher die schönste auf der Welt, so glaube ich ist es auch so, daß die Landesausstellungen sicherlich durch die regionale Bedeutung, aber auch durch die Sanierung von den Fassaden und von den Kulturgütern eine ganz, ganz große Sache für die Region ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ganz kurz zur Blasmusik, obwohl ich das als einen der bedeutendsten Kulturträger in unserem Lande halte. Ich bin ein glühender Verfechter unserer Blasmusik. (Allgemeiner Beifall.) Unsere Blasmusiker und -musikerinnen sind wohl die wirklichen Idealisten, und ich bezeichne das bei Gott nicht als Arbeit, weil sie machen diese Musik gerne, und sie freuen sich, den anderen Freude bereiten zu können. Und ich glaube, ihr seid mit mir einer Meinung, wenn ich sage, die Blasmusik ist wohl das klingende Herz jeder steirischen Gemeinde! Sie spielen auf bei kirchlichen, bei weltlichen, bei traurigen und bei lustigen Anlässen. Und in diesem Sinne danke ich unseren Blasmusikerinnen und -musikern und vor allem aber auch unseren Musikschulen, die das hohe Niveau in unseren Blasmusikkapellen sehr, sehr stark zum Positiven beeinflußt haben. (Allgemeiner Beifall.)

Lieber Herr Landeshauptmann, wenn ich jetzt zur Volkskultur und zur Hochkultur rede, dann bin ich dir sehr dankbar, daß ich in der steirischen Volkspartei arbeiten kann. Und ich bin stolz darauf, der steirischen Volkspartei anzugehören und für sie tätig sein zu können, wo jeder seine ganz persönliche Meinung äußern kann, auch zur Kultur.

Wir reden von Volkskultur und Hochkultur, und wir tun so, als wären das zwei getrennte Welten. In Wirklichkeit baut die eine auf der anderen auf – und die andere wirkt auf die eine zurück. Beide sind ineinander verflochten, sowohl in der Gesellschaft wie in jedem von uns. Eine klare Trennlinie zwischen Volkskultur und Hochkultur läßt sich also nicht aufrichten.

Jeder von uns kann sich an den Bad Mitterndorfer „Hochfellnern“ oder dem „Pruggerer Dreigesang“, an einem Frühschoppen mit einer unserer Blaskapellen ebenso erfreuen wie beim Symphoniekonzert im Grazer Stefaniensaal oder im Opernhaus. Und auch der „steirische Herbst“ zählt dazu und die Styriarte. Ich sage das vorweg, damit ich nicht mißverstanden werde.

Was uns aber trennt, meine sehr geehrte Damen und Herren, sind unterschiedliche Wertvorstellungen, die wir mit unseren kulturellen Einrichtungen verbinden. Das bedeutet: Wir sollen darüber emotionslos diskutieren, wie unter den veränderten Bedingungen diese Einrichtungen mit neuen Inhalten ausgefüllt werden können.

Der Sinn des „steirischen Herbstes“ lag darin, wenn wir uns an seinen Begründer Hanns Koren erinnern, die Fenster aufzumachen – und da freut es mich ganz besonders von dir, Herr Kollege Ussar, den ich als Freund bezeichnen möchte, und es war für mich heute sehr wohlthuend, als du gesagt hast, wir wollen die Sonne hier hereinlassen. Und gerade in diesem Klima, glaube ich, ist Kultur so besonders wichtig. Und die Sonne, die das Gemüt und vor allem die gemeinsamen Brücken wieder schlagen soll. Und du bist gerade einer derjenigen, der alles andere will als das Klima, das bisher hier von einigen ganz stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Die Fenster aufzumachen, um neue kulturelle Strömungen aus aller Welt hereinzulassen. In der Auseinandersetzung mit bodenständigen Kräften sollte die Kunst in unserem Lande wachsen und ihrerseits durch das geöffnete Fenster in die Welt hinauswirken. Das ist in einigen Bereichen, ich denke etwa an die Literatur, in hervorragender Weise gelungen. Volks- und Hochkultur sind eine Einheit geblieben, wenn wir nur an die südsteirische Poesie eines Alois Hergouth oder an die Schilderung des bäuerlichen Lebens in diesem Land durch Gerhard Roth, an Wolfgang Bauer oder Alfred Kolleritsch denken. Doch auch neue Festivals werden alt, sie werden zu Ritualen, wie die Verhaltensforschung sagt.

Unter dem Zwang, Jahr für Jahr noch nie Dagewesenes zu finden und zu produzieren, haben sich viele Veranstaltungen des „steirischen Herbstes“ von unserer Volkskultur – das heißt im weitesten Sinne von der Mentalität unserer Bevölkerung – entfernt. Und damit sind diese Veranstaltungen für die Menschen in diesem Lande unverständlich geworden. Und die Menschen verstehen auch nicht, warum öffentliche Gelder dafür aufgewendet werden.

Wer von uns den Kontakt mit seinen Wählern verliert oder schon verloren hat, der weiß, daß diese Frage immer wieder gestellt wird. Uns bläst Gegenwind um die Ohren, meine Damen und Herren, wenn wir versuchen, gewisse Aktivitäten des „steirischen Herbstes“ zu rechtfertigen. Ich betone ausdrücklich gewisse Aktivitäten. Dieser Gegenwind kommt nicht alleine von Arbeitern oder von bäuerlichen oder kleinbürgerlichen Bevölkerungsgruppen. Nein, er kommt auch von hochgeachteten Persönlichkeiten des Geistes- und des Wirtschaftslebens.

Mir ist ein Brief bekannt eines ganz bedeutenden Wissenschaftlers, Ärzte unserer Universität, Träger des Ehrenkreuzes für Wissenschaft und Kunst, und auch unser Landeshauptmann hat ihn mit dem „Großen Goldenen Ehrenzeichen des Landes mit dem Stern“ ausgezeichnet. In diesem Brief wird die Frage gestellt, ob so manche Darstellungen des „steirischen Herbstes“ nicht vor einen Richter gehören würden. Da wurde einer Gans der Hals durchgeschnitten und auf den nackten Körper einer Frau getropft, was weiter folgte, möchte ich Ihnen, meine Damen und Herren, nicht zumuten, obwohl wir Politiker oft einen Saumagen haben müssen. Der Brief steht als Lektüre zur Verfügung.

Ein hochangesehener Grazer Zahnarzt, stets Befürworter des „steirischen Herbstes“, hat bei der ständigen Lärmberieselung vom Schloßberg herab und schließlich bei dem Lärmzauber durch die Sporgasse psychisch durchgedreht.

Das sollten wir bitte nicht leicht nehmen. Und wir selbst sollen bei Dingen, die wir gemeinsam finanzieren, dabei sein, um uns selbst ein Bild zu machen, wie unsere Steuergelder verwendet werden.

Nochmals, und ich sage es mit aller Deutlichkeit, der „steirische Herbst“ müßte bleiben, aber wir sollten die verkrampten Strukturen hinterfragen und, wo nötig ist, aufbrechen, um zum ursprünglichen Sinn zurückzukehren. Zu einem Sinn, der den Menschen in diesem Land wieder begreiflich gemacht werden kann.

Und ich möchte es auch vorweg sagen, ich schätze den Kultursprecher, unseren Mag. Erlitz, sehr, und zwar ist er ein guter Bekannter meines Onkels Wildmeister Tasch, und er hat mir einige Male über ihn erzählt und gesagt, das ist einer, mit dem man einfach kann und wo man das Gefühl hat, es ist ein Politiker, der die Menschen mag. Darum hat es mich vorher etwas schockiert, als du die Parteidrede heruntergelesen hast, auf einem Kurs gesegelt bist, der dir nicht eigen ist. Als du zu dir zurückgefunden hast, dann warst du wieder der, als den wir dich kennen. Und auch deshalb fällt es mir nicht schwer, eine Brücke zu schlagen. Eine Brücke zu schlagen, wo Zusammenarbeit wieder notwendig ist, weil ich der Meinung bin, daß gerade Kultur ein Beitrag sein soll, wo man einfach wieder miteinander können soll. Deshalb halte ich den Vorschlag des Kultursprechers, von Mag. Erlitz, keinesfalls für einen Faschingscherz – im Gegenteil. Es ist ernsthaft der Diskussion wert. Würden „steirischer Herbst“ und Styriarte künftig abwechselnd veranstaltet werden, wäre eine bessere Konzentration möglich. Würde man aus der Fülle kulturell tätiger und engagierter Persönlichkeiten unseres Landes, ob sie nun zu Hause oder in der

Fremde wirken, jeweils Künstler gewinnen und Schwerpunktkonzepte entwickeln, die in Verbindung mit dem Grazer Management zu verwirklichen wären, käme neuer Wind in das Unternehmen.

Die Styriarte lebt von und mit Nikolaus Harmoncourt. Das steht fest und ehrt uns Steirer. Auch dazu ein Diskussionsvorschlag von mir. Der bedeutendste Meister der süddeutsch-österreichischen Barockmusik war ein Steirer, und darauf sind wir stolz. Es war niemand anderer als unser Johann Joseph Fux. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Er war ein Weststeirer!“ – Abg. Mag. Bleckmann: „Was ist mit den Grazern?“ – Abg. Kowald: „Südsteirer haben wir auch!“) Das sind ja keine schlechten Leute, also muß ich sagen. Das ist also auch das, was unsere Kultur besonders interessant macht. Auf der einen Seite die Weststeirer, die Oststeirer, da sitze ich mit dem Riebenbauer Franz beieinander, ein ganz ein feiner Kerl, auf der anderen Seite die Ennstaler, die gerade heraus und frisch ihre Meinung sagen, auf der anderen Seite die Ausseer, da sitzt der German da, die die Mentalität haben, ist eh morgen auch noch ein Tag. Ich meine, das ist die Gemütlichkeit, und das ist sicherlich nicht schlecht. Das sind einfache Leute, mit denen man einfach gut kann. (Abg. Trampusch: „Wir Flachländer sind ein bißer ruhiger, in der Ebene sieht man weiter als in den Bergen!“ – Abg. Kanduth: „Weißt du, wir gehen auf die Berge hinauf!“) Das paßt also tadellos. Überhaupt keine Frage. Da habe ich überhaupt kein Problem. Ein Mensch wie ich, der offen ist nach allen Seiten und ein großes Herz hat, der kann also mit den Leuten. Das ist überhaupt keine Frage. (Abg. Trampusch: „Weißt du, Kultur ist ein Kapitel zum Nachdenken!“) Lieber Kollege Trampusch, es freut mich, daß du munter geworden bist. Bis jetzt habe ich das Gefühl gehabt, ihr seid verdammt ruhig gewesen, es ist jetzt also wieder fesch. Ich habe anscheinend doch ein bißchen Leben in diese Reihen gebracht. Es freut mich, daß du einmal nachgedacht hast, das ist wirklich lieb von dir.

War zur Gründung der Styriarte sein Schaffen noch weitgehend in den Archiven versteckt, so liegt nun der Großteil seines Schaffens in der von Landesrat Brunner als erstem Präsidenten der Fux-Gesellschaft einst begonnenen und von uns geförderten Gesamtausgabe bereits vor. Man kann also Fux spielen – das hat auch die Fux-Aufführung anlässlich der Eröffnung der renovierten Grazer Oper bewiesen. Wenn der Name Styriarte, das heißt steirische Kunst, Sinn haben soll, dann darf es kein Allerweltsfestival sein, mit Dirigenten und Musikern, die jeden Sommer von Festival zu Festival wandern und überall dasselbe vorspielen.

Die Steiermark hat die Chance, den neben den beiden Norddeutschen Bach und Händel größten süddeutschen Meister des Barock präsentieren zu können. Man sollte diese Chance nützen. Damit würde die Styriarte ihr besonderes Gewicht, ja Einmaligkeit gewinnen. Die von der Landesregierung gewährten Subventionen für die Fux-Gesamtausgabe wären sinnvoll und in jeder Hinsicht gewinnbringend angelegt. Ich halte eine Diskussion über die angeschnittenen Fragen für nötig. Vor allem im Sinne der Idee des „steirischen Herbstes“. Auch im Interesse des Festivals müßte es sein, Volks und Hochkultur wieder stärker zusammenzuführen. Damit wir, als Volks-

vertreter, mit gutem Gewissen die dafür aufgewendeten finanziellen Mitteln vor unseren Wählern verantworten können. Die Sache ist mir zu ernst, um parteipolitische Polemik zu betreiben. Meine Wortmeldung sollte daher auch ein Vorschlag zu gemeinsamem Handeln sein.

Im deutschen Fernsehen habe ich kürzlich ein Gespräch mit dem Politikwissenschaftler Johannes Gross verfolgt. Er sagt sehr deutlich, daß die politischen Parteien umdenken müßten. Sie werden heute nicht wegen christdemokratischer, sozialdemokratischer, liberaler Ideologien gewählt, diese Ideologien seien etwas für's Parteiprogramm, und das interessiert anscheinend niemand mehr. Der mündige Bürger entscheidet danach, welche Lösungen eine politische Partei zur aktuellen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen, zu den Umwelt- und kulturellen Problemen anbietet.

In diesem Viererbündel, meine Damen und Herren, darf man die Fragen der Kultur in ihrer Gesamtheit, nämlich der ineinander verzahnten Volks- und Hochkultur, keinesfalls unterschätzen. Vielleicht ist die Lösung kultureller Probleme sogar die wichtigste Aufgabe. Wenn wir wissen, daß in Amerika doppelt so viele Menschen zu Kulturveranstaltungen gehen als zu Sportveranstaltungen. Wir wissen, daß viele Leute geradezu lechzen nach Kultur. Darum ist, glaube ich, wirklich aufmunternd, alles zu tun, um für die Kultur da zu sein. Denn es geht dabei um das Freizeitverhalten der Menschen, der im Arbeitsprozeß stehenden und der arbeitslosen, der aktiv mitgestaltenden und der passiv konsumierenden. Alle Statistiken zeigen, daß heute vor allem Sport und Musik es sind, die das Freizeitverhalten der Menschen bestimmen. Der Sport vordergründig. Kunst und Musik aber über die Emotionen. Und das ist für das Zusammenleben der Menschen eigentlich die entscheidende Ebene. Von der Wiedereinbindung der in diesem Lande aktiv künstlerisch gestaltenden, in Stadt und Land, in unterschiedlichsten Gattungen und Gruppierungen musizierenden Menschen in den „steirischen herbst“ wird es abhängen, ob er sinnvoll in die Zukunft geführt werden kann. Ich stehe zum „steirischen herbst“, aber nur, wenn er im Spannungsbereich von Volks- und Hochkultur den neuen gesellschaftlichen und menschlichen Gegebenheiten angepaßt ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da Reden, die nicht in die Tiefe gehen, sich meistens in die Länge ziehen, komme ich zum Schluß und spreche ein Hoch für die Kultur! (Allgemeiner Beifall. – 11.32 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Meine Damen und Herren, die nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Pußwald. Während sie zum Rednerpult geht, möchte ich die Zeit benutzen, eine Zukunftsperspektive des heutigen Tages anzukündigen. Es haben sich für den restlichen Tag, ohne die Damen und Herren auf der Regierungsbank, bis jetzt 41 Redner in die Rednerliste eingeschrieben. Ich nehme an, das wird nicht alles sein. Ich sage das nur zu Ihrer persönlichen Disposition, auch für die Redezeit. Danke schön! Bitte, Frau Abgeordnete Pußwald!

Abg. Pußwald (11.32 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

1981 starteten wir den Versuch, internationale junge Leute in unser Haus einzuladen, um während 14 Tage,

14 Tage bis drei Wochen, miteinander zu musizieren. Und aus diesem Versuch 1981 wurde eine bleibende Einrichtung bis heute. Wir haben sehr großen Erfolg damit, weil junge Leute auf eine Privatinitiative hin und auf die Bereitschaft, sich in dieser Zeit intensiv der Musikwochen Großlobming zur Verfügung zu stellen, mit wenig finanziellen Mitteln etwas sehr Gutes und sehr Positives machen. Ich möchte hier ganz besonders meinen Dank an die Initiatorin, Frau Mag. Lore Schrettnner, aussprechen, die mittlerweile Dozentin in Kassel war und auch Leiterin der Luis-Spohr-Symphonietta in Kassel ist. Ihr zur Seite stehen all die Jahre Herr Prof. Albert Kocic, aber auch Christos Polyzoides. Die Kontakte gehen weit hinaus in alle Welt. Teilnehmer aus Japan, aus Amerika, den USA im speziellen und Mexiko möchte ich erwähnen, aber auch aus dem Iran, sind da. Eine besondere Kostbarkeit als kleine Erzählung darf ich hier anbringen. Eine Großlobminger Studentin war heuer während der Osterferien in Paris, und sie war mit einer zweiten Österreicherin zusammen, und sie sprachen in der Metro Deutsch, und plötzlich mischten sich zwei Japanerinnen neben diese österreichische Studentinnengruppe und sprachen sie deutsch an und erfuhren, daß diejenigen zwei Japanerinnen vor zwei Jahren bei den internationalen Musikwochen in Großlobming waren.

So klein ist die Welt, und so wichtig ist es, Verbindungen zu schaffen. Verbindungen können mit großen technischen Mitteln und mit großem Aufwand gemacht werden. Verkehrsstränge, die wie musikalische Klänge zu Verbindung von Menschen führen. Und damit bin ich auch bei einem für unsere Region sehr wichtigen Thema – Kollege Grabner hat es angesprochen –, das Thema Landesausstellung „Verkehr“. Nicht als eine nostalgische – wie er es auch bezeichnet hat –, einen Rückblick zu schaffen, sondern um Verbindungen herzustellen zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft hinaus in einen Aufbruch in weite Dimensionen. Ich möchte aber auch, daß wir über das rein Technokratische hinaus in Werte hineinkommen, damit die Landesausstellung in Knittelfeld spannend wird.

Neben Knittelfeld als der Stadt für den Verkehr – wie es Magda Bleckmann heute schon erwähnt hat, die Identität muß passen –, so würden wir in unserer Region noch die Abtei, das Stift Seckau, haben. Auch als einen sehr wichtigen Ort, dort, wo genau das Gegenteil von Dynamik und von Beweglichkeit sein kann, wo Bescheidenheit, Ruhe, Meditation und In-sich-Gehen stattfinden kann. Es wäre ein wunderbarer Ausgleich zwischen dem dynamischen Element heraußen im weiten Tal und zwischen dem beruhigenden, sich zurückziehenden Element im Dom im Gebirge, eine Koppelung zusammenzubringen, die eine besondere Spannung und einen besonderen Wert in diese Landesausstellung bringen würde.

Ich bitte um all Ihre Unterstützung, um solche Dinge zu verwirklichen, auch um wirtschaftlichen Aufschwung und Selbstbewußtes erfahrbar für die Bevölkerung unseres Bezirkes zu machen. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 11.37 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster Redner: Herr Landesrat Dipl.-Ing. Michael Schmid.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (11.38 Uhr): Werter Herr Präsident, wertere Kollegen aus der Regierung, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten!

Ich habe nur einen kleinen Teil der Hochkultur – und ich lege Wert auf diese Feststellung – hier in meinem Referatsbereich, und das sind die steirischen Blaskapellen. Ich werde mich daher auch entsprechend der Kleinheit meiner Ressortverantwortung sehr kurz fassen.

Ich glaube, meine Vorredner haben einstimmig darauf hingewiesen, welche hohe Leistung hier von über 15.000 Aktiven und in diesem Zusammenhang über 6000 Jugendlichen erbracht wird! In der Erhaltung der Kultur, in der Erhaltung der Tradition, in der Pflege der Nachbarschaft und auch natürlich in der Erziehung unserer Kinder, daß sie anständige Menschen werden.

Man kann also diese Leistung nicht hoch genug einschätzen, und es freut mich, daß heute einige wesentliche Vertreter hier im Haus sind. Ich habe sie früher schon begrüßt und freue mich, daß ich mich bei ihnen bedanken kann. Allen voran ist das der Hofrat Dr. Mayer, der als Obmann dieses Verbandes seine Tätigkeit erbringt, vertreten heute durch den Herrn Prof. Brodingbauer, meinen herzlichen Dank! (Allgemeiner Beifall.)

Ich bedanke mich auch bei Herrn Prof. Suppan, der immer wissenschaftlich unterstützt. Ich bedanke mich bei Hofrat Dr. Kern, der die Verwaltungsarbeit in der Präsidiatale macht, und bei Dr. Peter Frank, meinem Mitarbeiter. Ein besonderer Liebhaber der Volkskultur und der Blasmusik, herzlichen Dank für eure Hilfe! (Allgemeiner Beifall.)

Und dann sei mir doch noch ein Satz gestattet, eine Bemerkung zu Trigon. Das ist ein Thema, das heute schon im Hause behandelt worden ist. Ich stelle hier nur fest, damit keine Mißverständnisse aufkommen. Ich habe hier immer eine kritische Position bezogen. Wir haben darüber im Haus schon diskutiert. Und ich habe auch heute noch eine kritische Position, wobei kritische Positionen bedeuten, daß man die Dinge genauer hinterfragt, und bedeuten, daß man ein beweglicher Mensch ist, der überzeugt werden kann. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt einen einstimmigen Regierungsbeschuß, in dem Sozialistische Partei und die ÖVP zugestimmt haben, daß dieses Haus errichtet wird. Das ist ein bestehender Beschuß. Ich würde mir hier jetzt in der Steiermark wünschen – und ich glaube, es wäre ja beinahe eine Signalwirkung –, daß diese Sozialistische Partei, diese populistische Partei, diese demagogische Partei (Abg. Trampusch: „Herr Präsident, wir sind keine demagogische Partei“), einmal das macht, was sie plakatiert. Nämlich: Wort halten – und auch das ist Kultur! Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 11.41 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Meine Damen und Herren, wir haben gestern vereinbart, künftig streng mit solchen Bemerkungen umzugehen. Ich darf feststellen, daß auch Regierungsmitglieder sich bitte daran zu halten haben. Und wir werden ab sofort nur mehr Ordnungsrufe erteilen, wenn es kritische und ungerechtfertigte Bemerkungen gibt! (Landesrat

Dipl.-Ing. Schmid: „Dann bitte kriegt er für gestern auch einen Ordnungsruf!“ Bitte, Herr Landeshauptmann Dr. Krainer!

Landeshauptmann Dr. Krainer (11.41 Uhr): Meine verehrten Damen und Herren, Herr Präsident!

Die Diskussion zum Kapitel Kultur ist eine außerordentlich bemerkenswerte, und zwar in mehrfacher Hinsicht. Es haben sich einerseits die Kultursprecher der Parteien im Landtag auch mit sehr grundsätzlichen Fragen befaßt, aber es ist natürlich wie immer in Fragen, die das ganze Land betreffen, eine Reihe von regionalen, ja lokalen Problemen angesprochen worden. Neben durchaus interessanten inhaltlichen Auseinandersetzungen, etwa mit dem Kulturbegriff selbst. Und wenn Sie mitgezählt haben, waren es bisher jedenfalls siebzehn Wortmeldungen, und es ist nach diesem Tag gestern und auch dem Tag davor, also einer zwölfstündigen Verzögerung, die sich da ergeben hat, bemerkenswert, wenn ein solches Thema auch so breit diskutiert wird. Und nicht einfach sozusagen unter den Tisch fällt oder durch den Rost.

Ich bedanke mich als für das Kulturressort zuständiger Herr in der Regierung sehr für diese Beiträge. Und ich sage eines: Auch dort, wo es unterschiedliche Positionen gegeben hat, auch kontrapunktische, für die jeder geradesteht und die ich natürlich in vielen Punkten nicht teile; Ich freue mich, daß es hier ausgesprochen wurde. Und ich möchte Ihnen ein Angebot machen. Allen, die sich heute zu Wort gemeldet haben. So wie ich das auch in der Diskussion zu den Einsatzorganisationen getan habe und einen Vorschlag der Frau Abgeordneten Mag. Bleckmann aufnehmen. Ich sage das ganz ehrlich, mich hat das beeindruckt, daß eine junge Dame unbefangen und vorurteilslos zu heiklen Themen auch durchaus Position bezogen hat, aber gemeint hat, es wäre doch etwa in dieser strittigen Frage des Trigon-Hauses wünschenswert, wenn jene, die die Konzepte erstellt haben, sie auch den Damen und Herren des Hohen Hauses selbst vortragen würden. Ich nehme diesen Vorschlag als ersten ganz konkret auf in diesem Zusammenhang. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Denn ich sage Ihnen auch, meine Damen und Herren, im Interesse der Sache, ich könnte mich hier auf eine sehr harte Konfrontation einlassen. Aber im Interesse der Sache bin ich daran interessiert, daß wir zu einem Punkt kommen, wo trotz der Klärung, die erfreulicherweise durch die Mitwirkung des Landesrates Dipl.-Ing. Schmid bei diesem Budgetbeschuß schon in der Regierung möglich geworden ist, mit der Bewirtschaftung, in der wir auf festem rechtlichem Grund stehen, daß wir gerade auch deshalb – und wenn Sie so wollen, obwohl es so ist – noch einen Versuch unternehmen, miteinander zu einer überzeugenden Initiative gemeinsamer Art zu kommen.

Und ich sage Ihnen auch warum. Wenn das nicht gelingen sollte, dann muß auch klar sein, daß die Erstellung des Konzepts, und ich sage das ganz unpolemisch, die im übrigen in voller Übereinstimmung, in voller Übereinstimmung im Präsidium des Kuratoriums unseres Joanneums abgesprochen wurde und in der einer der Hauptverhandler der Herr Zweite Landtagspräsident Dr. Christoph Klausner ist. Und Sie wissen, wir haben mit ihm im Laufe der Jahr-

zehnte, und das ist jetzt auch langsam ein Vierteljahrhundert, daß ich solche Budgetverhandlungen hier selbst miterlebe, harte Sträube ausgefochten. Aber auch das ist zu sagen, wenn Dr. Klauser zu einer Überzeugung gekommen ist, ist er immer auch dazu gestanden, auch bei aller notwendigen Loyalität seiner eigenen Gruppe gegenüber, in einer sehr noblen und fairen Weise. Durchaus ein angriffiger, streitbarer Mann, schon von seinem Beruf her, aber wenn es Vereinbarungen mit ihm gegeben hat, dann haben sie auch gehalten, dann hat er sie vertreten. Und es ist gerade in dieser strittigen Frage des Konzepts eine volle Übereinstimmung erzielt worden, von drei Fragen abgesehen – Chefsache sozusagen –, personelle Besetzung in einem Fall, personelle Besetzung im zweiten Fall und die Frage der Haltung zur Styriarte, die inhaltlich – und auch von der dargelegten Meinung her keine feste Position – in einem sogenannten Gipfelgespräch offen geblieben ist. Und es hat sich nach dieser sehr intensiven Verhandlungsarbeit, die geleistet wurde, vor allem auch vom gegenwärtigen Rektor der Kunsthochschule in Saarbrücken und dem Intendanten des „steirischen Herbstes“ Prof. Haberl und dem angesehenen Philosophen Strasser auf der einen Seite, eben der Präsident Klauser und der Hofrat Dreibholz mit dieser Sache nicht nur diskutierend, sondern formulierend über die Monate intensiv beschäftigt in einem ganz exakten Konzept. Und ich habe, weil es Kritik auch an diesem Konzept gab, gerade auch dieses Dialogforum zusammen mit dem Bürgermeister der Landeshauptstadt Graz eingesetzt, um die offenen Fragen zu diskutieren und miteinander zu einem Optimum an Übereinstimmung zu kommen. Es ist gar nicht denkbar, daß man in einem solchen Bereich, aber nicht nur in diesem, wie Sie wissen, aber auch und gerade in einem solchen Bereich eine totale Übereinstimmung erzielen könnte. Das ist nicht zu erwarten. Und daher sage ich es noch einmal, wir werden einerseits einen, ich lade dazu ein, letzten Versuch unternehmen, zu einer gemeinsamen Aktion zu kommen, weil die kulturell interessierte Öffentlichkeit und vor allem auch aktive Künstler ein Anrecht darauf haben. Daß nicht der Eindruck entsteht, es handle sich hier um parteipolitisch motivierte Auseinandersetzungen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Erster Punkt, den ich Ihnen hier auch bei dieser Gelegenheit sagen wollte.

Der zweite, es hat eine Reihe von Vorstellungen gegeben, in einer durchaus urbanen Weise vorgebracht, Zusatzförderungen betreffend. Das liegt an sich in der Natur der Sache. Und jeder von Ihnen, der in irgendeinem Bereich Budgets zu verwalten hat oder Förderungsgelder, weiß, daß es immer wieder den Zielkonflikt gibt zwischen vorhandenen Mitteln und gegebenen Wünschen. Und es ist die große Kunst in Wahrheit, es ist auch eine Kunst, zu sehen, wie man das eine mit dem anderen einigermaßen in Einklang zu bringen vermag. Und ich sage zu den Fragen, die im Zusammenhang etwa mit der Übernahme der Ausfallhaftung oder auch mit der Frage der Kofinanzierung, die in der Bundes- und in der Landesförderung angesprochen wurde, in einigen sehr konkreten Fällen, ich sage hier auch – ich habe mit dem Kunst- und Unterrichtsminister Scholten ein völlig klares Gespräch in diesem Zusammenhang geführt –

wir sind nicht in der Lage auf dem gegebenen Hintergrund, uns auf Relationen einzulassen, die durchaus wünschenswert wären, und wir haben diese Diskussion zum Teil auch im Rationalisierungs-Ausschuß in einem sehr konkreten Fall geführt, und ich habe auch darüber schriftlich Auskunft gegeben. Ich möchte das mit aller Ehrlichkeit und auch mit aller Deutlichkeit hier sagen, weil sich natürlich das Thema durch alle Diskussionen zieht. Was ist denn der Grund dafür, daß die Mehrheit des Hohen Hauses es für nötig findet, leider nicht alle, ich bedauere dies sehr, ein Budget vorzulegen, in dem nach der Vorstellung des Rationalisierungs-Ausschusses, der sehr gründlich mit den Fragen umgegangen ist, nicht alle Wünsche erfüllbar sind? Dreimal darf geraten werden, und Sie wissen es selber auch, und vor allem der Herr Finanzlandesrat weiß es sehr genau, und nicht nur er. Das ist eine Tatsache, über die niemand hinwegkommt, aber es ist eine Sache der politischen Verantwortung, trotzdem eine andere Position einzunehmen. Selbstverständlich! Nur hat man sie eben dann auch jenen gegenüber zu verantworten, um die es eigentlich geht, nämlich unsere verehrten Landsleute. Und das ist der Hintergrund. Ich habe eine ganze Reihe von Initiativen, die ich persönlich ganz außerordentlich schätze und die ich in einem ganz hohen Maße verbessern konnte in ihrem Förderungsanteil. Und ich muß ebenso für das Jahr 1994 ehrlicherweise und redlicherweise sagen, dieses ist nicht möglich, dieses ist nicht möglich und dieses auch nicht, aber dieses, dieses, dieses und jenes ist möglich. Und Gott sei Dank ist sehr viel möglich! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Und die Fairneß muß man auch den Menschen gegenüber haben und ist man sich selber gegenüber auch schuldig, will man nicht gerade auch den ganzen Berufsstand in diesem Zusammenhang in eine Rolle bringen, die in Wahrheit nur eine Traumrolle im wahrsten Sinn des Wortes sein kann, nämlich allen alles erfüllen zu können, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Und trotzdem wird es natürlich gerade auch in einem demokratischen Verfahren, wie in diesem Landtag, unterschiedliche Positionen in dieser oder jener Weise geben, wir haben es heute gesehen. Um es auch ganz offen auszusprechen, weil das Thema natürlich auch angesprochen wurde. Die Steiermark hat vor allem seit Hanns Koren, das weiß ohnedies inzwischen jeder in diesem Lande, eine offene Kulturpolitik für richtig gehalten.

Und sein Nachfolger Prof. Kurt Jungwirth ist in diesem Geiste sozusagen in dieses Amt hineingewachsen, und in diesem Sinne sind wir alle Schüler des großen Hanns Koren. Jene, die ihn selbst noch hier erlebt haben als Präsident oder gar noch seinerzeit als Landeskulturreferent; ich habe seine erste Rede zum Beispiel in Wien gehört im Jahre 1957, als er gerade einen Tag vorher zum Landeskulturreferenten hier in diesem Hohen Haus gewählt wurde, und ich hatte die große Freude, in ihm einen väterlichen Freund zu haben. Und er, der große Hanns Koren, der große Volkskundler, hat etwa in der Frage des „steirischen Herbstes“ ungezählte Reden hier gehalten, auch in der Frage schwieriger Konflikte von Kunstauffassungen der Menschen in diesem Lande. Aber er hat sich immer bekannt zum Experiment und zur Möglichkeit des Experiments.

Sowie es selbstverständlich ist, daß Gott sei Dank in einem freien Staatswesen, in dem wir leben, gerade auch in Fragen von Kunstauffassungen unterschiedliche Positionen eingenommen werden können, aber es ist auch ein Gebot der Kulturpolitik, dafür Sorge zu tragen, daß nicht diese Facette einer offenen Kulturpolitik unter die Räder kommt oder disqualifiziert wird. Und dazu stehe ich auch mit aller Klarheit. Und ich darf Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, in diesem Zusammenhang dieses wirklich so bedeutsame Wort Hanns Korens zur Frage, weil das Thema natürlich auch wieder kam, Hoch- und Volkskultur in Erinnerung rufen. Er, der von einem umfassenden Kulturbegriff ausgegangen ist, er, der sich solcher Termini nie bedient hat, die zum Teil eben das Phänomen gar nicht ausleuchten können, die unter Umständen soziologische Kategorien sind, kulturhistorische Kategorien sind, in einem gewissen Sinn auch ideengeschichtliche Kategorien sind, sind jedenfalls in Zeiten einer demokratischen Verfaßtheit unseres gesellschaftlichen Lebens nicht jene Merkmale der Unterscheidung, die ich persönlich in Anspruch nehme. Für mich ist das Thema primär ein Thema der Qualität. Und das zieht sich durch alle Formen von Kultur und ist ein Hauptanliegen unsererseits, in dieser Liberalität unserer Kulturposition der Qualität unser großes Augenmerk zu schenken. Und da ist in diesem Lande unendlich viel geschehen.

Und erlauben Sie mir, daß ich eine immer wiederkehrende Frage sehr klar in diesem Zusammenhang auch mit Ziffern untermauere.

Es gibt die berühmte, auch heute unterschwellig hörbare Frage: „Wäre es nicht denn doch so, daß im regionalen Bereich der Kulturpolitik eine Unterbelichtung und im zentralen Bereich sozusagen eine Überbelichtung vorliegen?“ Es ist ganz eindeutig auf der Basis des Voranschlages 1994, daß erfreulicherweise die Förderungsanteile in den Regionen knapp sogar über dem Zentrum liegen, nämlich bei 50,7 Prozent, und im Zentrum bei 49,3 Prozent, das sind 196 Millionen in dem einen und im anderen 202 Millionen. Und es ist immer wieder auch zu sagen, daß zum Beispiel in dieser großartigen Förderung der Blasmusik, die heute hier auch angesprochen wurde vom zuständigen Referenten, natürlich das Musikschulwerk, das große steirische Musikschulwerk, einen ganz entscheidenden Faktor repräsentiert, etwa in der Größenordnung von 136 Millionen! Und das ist der zweithöchste Faktor überhaupt in dem sogenannten Pflichtteil des Kulturbudgets, der ja leider, wie Sie wissen, oder in jedem Fall eine unendlich starke Bedeutung repräsentiert und in der Kategorie A – ich habe es im Rationalisierungs-Ausschuß auch dargelegt –, nämlich in diesen sogenannten Pflichtausgaben, bei 91,1 Prozent liegt, also Vereinigte Bühnen, Philharmonisches Orchester, Musikverein für Steiermark und so weiter. Und unmittelbar anschließend haben Sie 136,861.000 Schilling Vereinigte Bühnen, 136,237.000 Schilling das Steirische Musikschulwerk. Es ist gut, wenn man auch gerade in diesem Hause diese Ziffern einmal bekanntgibt. Denn die Kategorie C, von der ich sprach im Rationalisierungs-Ausschuß, die echten Förderungsstellen machen bekanntlich 3,7 Prozent aus. Und da gibt es einiges, was besonders bemerkenswert ist und was ich mir erlauben darf, auch

kurz, angesichts dieser fortgeschrittenen Zeit, darzustellen. Nur ein Auszug!

Regionale Kulturinitiativen: Poesie im Ausseerland, Literaturmuseum Ausseerland, Klaus Maria Brandauer, Rainer Hilbrand – imponierend, Culturzentrum Wolkenstein, Rainhard Gosch, Karl Glawischnig, Schladminger Musiksommer – Kulturkreis St. Gallen – ein ganz interessantes Spezifikum der Szene mit Erich Mitterböck. (Beifall bei der ÖVP.) Walter-Buchebner-Gesellschaft in Mürrzuslag, die Internationalen Neuberger Kulturtage, die Brahms-Gesellschaft, das Johann-Joseph-Fux-Studio, lieber Freund, in Krieglach, obwohl er in der Pfarre St. Marein am Pickelbach bekanntlich geboren wurde, der große „Gradus-ad-Parnassum“-Verfasser – ein Bauernkind übrigens aus Breitenfeld, man kann sich das Haus anschauen, ein Phänomen besonderer Art, dieser Johann Joseph Fux aus der Pfarre St. Marein am Pickelbach. Die Peter-Rosegger-Gesellschaft mit dem Hans Glettler oder der Rosegger-Bund in der Waldheimat mit Johann Reischl. Wer Mitterer gehört hat zum eigentlichen Rosegger-Geburtstag oben vor dem Geburtshaus, Felix Mitterer zu Peter Rosegger, der weiß, daß gerade auch in diesem Bereich und gerade angesichts dieser von gewissen Leuten anfangs etwas scheel angesehene große Erfolg der Landesausstellung „Peter Rosegger“ eben nicht nur bedeutet hat, eine billige sentimentalisierte Heimattümelei, sondern sehr wohl echte große Gefühle zu kommunizieren verstand. So hat es auch Felix Mitterer übrigens in seiner berührenden Rede dort gesagt. Oder wenn ich denke an den großartigen Kulturkreis in Deutschlandsberg mit Frau Prof. Barbara Fauland-Klauser, eine ganz zeitgenössisch orientierte Initiative mit bestem Erfolg. Kalendarium Wies, Karl Posch, Lerchhaus, Eibiswald, Saggautaler Musiktage, Galerie Klinger Arnfels – Gerald und Christiane Brettschuh. Schloßspiele Arnfels mit Obermaier, der Kulturverein Schielleiten, Straden Aktiv. Und ich sage auch nur beispielsweise der Landesverband, jetzt vom Land her gesehen, der Trachten- und Heimatvereine. Unterschätze man das nicht! Die große neue Initiative des Steirischen Sängerbundes unter dem Baldur Heckel oder der Steirische Arbeitersängerbund und die Arbeitsgemeinschaft Steirischer Singkreise, auf höchstem Niveau, Kurt Muthspiel und Nono Schreiner, und der heute erwähnte Blasmusikverband. Jeder, der ein musikalisches Ohr besitzt, es muß kein absolutes sein, weiß doch, wenn er im Lande herkommt, daß sich in diesen letzten Jahrzehnten in der Verbesserung der Qualität Enormes getan hat. Der Kollege Dipl.-Ing. Chibidziura hat das kurz heute auch angesprochen. Und wenn ich den Prof. Suppan hier auch sehe, der an der Hochschule Musikethnologie lehrt und der ein angesehener Mann weit über unsere Grenzen hinaus in Europa und auch in Übersee ist und einen der ganz großen Weltkongresse oben im Ennstal, in Schladming, veranstaltet hat, und wenn ich den Oberst Bodingbauer hier sehe, den Professor. Das sind Leute, die in einem ganz hohen Maße dafür Verantwortung haben, daß diese Entwicklung in der Qualität bis eben in den Hochschulbereich möglich geworden ist. Ich war in Großstübing vorige Woche; da hat ein ganz junger Kapellmeister die dortige Blasmusik dirigiert, der selbstverständlich ein Hochschulabsolvent ist, ein Hochschulabsolvent in Großstübing.

Und das ist kein Einzelfall. Das wissen die Herren ganz genau. Oder auch das Engagement des Hofrates Dr. Maier, der als inzwischen pensionierter Hofrat und Bezirkshauptmann von Liezen sich ganz außerordentlich engagiert. Und man könnte diese Initiativen weiterführen und über vieles sprechen, aber ich möchte eines noch sagen. Gerade Ihnen auch, Herr Kollege Flecker, der Sie in diesem Tagesordnungspunkt heute ganz sicherlich, das ist jedenfalls mein Eindruck gewesen, ein sehr wichtiges und ehrliches Anliegen in einer eben durchaus sehr sympathischen Weise vorgetragen haben. Wir haben dieses Wolkenstein-Zentrum, das von außerordentlicher Qualität ist, eine besondere Kreativität repräsentiert, seitdem ich das Ressort führen darf, ganz beträchtlich in der Förderung seitens des Landes erhöhen können, ganz beträchtlich. Sie wissen es. Es tut mir sehr leid, ich sage Ihnen das, ebenso wie für die Buchebner-Gesellschaft, weil sie auch angesprochen wurde, daß wir nicht in der Lage sind, und jeder ein Schufft, der mehr verspricht, als er halten kann, daß wir nicht in der Lage sind, zusätzliche Mittel aufzubringen, aber gerade auch deshalb hoffen, daß eine sinnvolle Budgetpolitik uns eine Perspektive eröffnet, in der Zukunft wieder die Möglichkeit zu haben, auch zusätzliche Förderungsmittel in diesem Bereich zur Verfügung zu haben. Und ich sage auch das ganz unpolemisch, weil heute mehrfach über das Geld geredet wurde, und das ist durchaus berechtigt, auch bei diesem so wichtigen Thema, das im Prinzip den Geist des Menschen, sein Gemüt und eben die Kultur betrifft. In dem Bereich, in dem das Geld nicht nur abgesichert, sondern zur Verfügung ist, gerade in diesem Bereich des Trigon-Hauses und in dem Bereich des Joanneums, wo wir durch den Fernseh- und Rundfunkschilling das Geld zur Verfügung haben, muß es auch wirklich eingesetzt werden. Und deshalb mein eingangs angesprochener Appell, einen Versuch noch zu unternehmen, gemeinsam in dieser Frage zu einem Ergebnis zu kommen. (Beifall bei der ÖVP.)

Und lassen Sie mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, nun auch zu diesen Fragen kurz kommen, die ich jetzt beantworten kann. Herr Kollege Schrittwieser, Sie haben angesprochen die dislozierte Musikschule in Mariazell. Ich habe mehrfach entsprechenden Briefen, die ich erhalten habe, geantwortet, und ich sage Ihnen das auch, nicht im Sinne einer billigen Zuweisung von Schuld, denn das haben Sie auch nicht getan, und um die handelt es sich in diesem Fall überhaupt nicht, sondern als eine Erklärung dafür, warum das nicht geht. Ich habe am 19. Juli 1993 einen Regierungssitzungsantrag vorbereiten lassen, wonach neben anderen Musikschulen auch eine Aufstockung des Dienstpostenplanes der Musikschule Mürzzuschlag um drei Vollverträge für den dislozierten Unterricht in Mariazell vorgesehen war. Ich habe diesen Antrag dem Herrn Landesfinanzreferenten natürlich geschäftsordnungsgemäß zu übermitteln gehabt, und er hat uns schriftlich mitgeteilt, daß der Einbringung des gegenständlichen Sitzungsantrages nicht zugestimmt werden kann, weil die resultierenden Mehraufwände bei 3,5 Millionen Schilling liegen. Und ich sage Ihnen, ich respektiere das. Und das ist eine ehrliche und vor dem Rationalisierungsausschuß und vor der ersten Budgetverhandlung seitens des Finanzreferenten einge-

nommene Position, und ich trage sie voll mit, und ich sage das auch in meinen Antwortbriefen. Ich trage sie voll mit. Und das von Ihnen angesprochene „Podium“ ist auch erfreulicherweise unsererseits gefördert und erhöht gefördert worden, auch in einem höheren Betrag, als Sie eben angesprochen haben, aber da hat man Ihnen offenkundig nicht die ganzen Unterlagen zur Verfügung gestellt. Ich bedauere es ebenso, daß wir nicht in der Lage sind, mehr dafür zu tun. Ich sage das ganz ehrlich, weil ich direkt angesprochen wurde.

Abschließend zum Thema der Landesausstellungen, weil sich das fast in jeder Wortmeldung verständlicherweise wiedergefunden hat: Ist ja in Wahrheit ein Zeichen für den Erfolg dieser Idee, die ja im übrigen auch eine Koren-Idee war, wie Ihnen bekannt ist. Denn die erste Landesausstellung hat ja Hanns Koren in die Wege geleitet, und wir haben ja erlebt, wie er in dieser Frage sein ganzes Engagement und sein Bewußtsein sozusagen eingebracht hat in einer so imponierenden Weise, wie das kein anderer eigentlich wirklich gekonnt hätte. Denn er war ja nicht nur ein Intellektueller hohen Grades und auch ein Dichter, sondern er war in Wahrheit auch ein unendlich kreativer Mensch. Wir haben begonnen mit Erzherzog Johann von Österreich – 1959 –, und es hat sich irgend jemand bezogen auf die Unterlage, die Ihnen zur Verfügung gestellt wurde, das weiß ich nicht mehr, wer das gewesen ist, aber ich nehme an, daß Sie sie auch irgendwann einmal wenigstens überfliegen konnten, es sind inzwischen über 3 Millionen Besucher seit dem Jahre 1959. Und es gibt im Grunde in dieser Hinsicht drei Kategorien, weil das auch angesprochen wurde und zu einem Disput geführt hat, sogar am Pult. Die höchste Zahl ist die vorjährige. Wir hatten alle eine Sorge, daß dieser Dreischritt Birkfeld-St. Kathrein-Krieglach möglicherweise das nicht bringen könnte, was eine Ausstellung an einem Ausstellungsort zu bringen vermag. Das Gegenteil hat sich Gott sei Dank herausgestellt, das Risiko hat sich bewährt, und wir sind auf jeden Fall bei über 400.000, die genaue Ziffer ist 416.000. Und es gibt dann die Kategorie derer, es sind vier, mit über 300.000 Besuchern. Da haben Sie, wenn Sie sich das gerne von mir auch noch einmal darstellen lassen, da haben Sie Riegersburg mit 351.000, dann haben Sie Herberstein mit 311.000 und „Glas und Kohle“ in Bärnbach mit 308.000, wobei, wenn man sich das ansieht und die 200.000 da dazunimmt, man feststellen muß, daß überhaupt erst seit den achtziger Jahren über 200.000 Besucher zu registrieren waren.

Da hat sich eine Bewußtseinsänderung im Freizeitverhalten der Menschen entwickelt. Und wir haben offenkundig, weil das das erste Mal eben dann in den achtziger Jahren geschah, Größenordnungen von 270.000 bei „Weinkultur in der Steiermark“, 226.000 in Stainz-1982 und „Erz und Eisen in der Steiermark“ Gott sei Dank auch über 200.000. Und die 100.000er-Kategorie begann erstmals mit der „Gotik in der Steiermark“ in Lambrecht 1978, da gab es vier solche Ausstellungen, dazu kommt eben auch Trautenfels, das angesprochene, wie Sie wissen, kommt „Sport, Sinn und Wahn“ in Mürzzuschlag und kommt auch Judenburg mit 158.000. Und da könnte sich, und das halte ich für durchaus legitim, eine solche Überlegung anstellen, da könnte sich der Verdacht einschleichen, daß

sozusagen bestimmte Orte in der Obersteiermark diese Chance nicht hinreichend haben. Nur, ich habe Ihnen gezeigt, es gibt in Oberösterreich auch andere Beispiele, das schwierigste verkehrsmäßig ist Eisenerz, liegt über 200.000.

Ich gehe davon aus, daß die Thematik einerseits und andererseits auch die sehr jahresbezogene auch wirtschaftliche Situation, natürlich auch andere Aspekte, ihre Bedeutung haben. Aber wir haben uns Gott sei Dank nicht beirren lassen. Und wenn Sie heute zugehört haben, dann haben Sie erfahren, daß wir so viele Angebote und Wünsche haben, wie wir sie überhaupt nicht erfüllen können in diesem Jahrhundert, allesamt, denn ich habe einige andere noch, aber schon gar nicht, wenn wir auf einen Zweijahresrhythmus gehen. Wie ich sage, trotz der Achse Tasch-Erlitz, ich halte den Vorschlag für durchaus zulässig, darüber nachzudenken, ob man Biennalsprünge macht, aber ich halte ihn nicht für richtig, ich sage Ihnen das auch ganz offen in dieser Frage, weil wir im Grunde genommen, ähnlich wie bei den Landesausstellungen, eine gewisse Dynamik gerade auch in diesem Jahresrhythmus erfreulicherweise finden.

Es wird an Ihnen liegen – wir werden Ihnen einen Vorschlag unterbreiten –, die geforderte Vorstellung umzusetzen. Ich persönlich glaube, daß wir durchaus eine Möglichkeit haben, etwa auch nach Murau, und das ist Gott sei Dank fixiert nach Pöllau, nach Murau 1996 Mariazell, 1997 Leoben, 1998 Radkersburg, in welcher Form auch immer, 1999 wenn Sie meinen auch Knittelfeld-Seckau oder wie immer man das Konzept erarbeitet und im Jahre 2000 – ich habe erst neuerdings einen Brief des Bürgermeisters dieser Stadt, des Herrn Bürgermeisters Alfred Stingl, und seinen Stadtrat Helmut Strobl erhalten, die sich hervorragend bewährt haben, auch in der Frage des Europäischen Kulturmonats im vorigen Jahr – zur Jahrtausendwende wieder Graz auszuwählen. Alle bisherigen Grazer Landesausstellungen, aber das liegt wahrscheinlich im Ablauf der Jahrzehnte und des Rhythmus, der ein eigenartiger ist, im Hinblick eben auf diese Freizeitverhaltensweisen, lagen weit unter 100.000 alle. Von 1959 bis 1976, der „Literatur in der Steiermark“, fanden alle Landesausstellungen in Graz statt. Sie lagen alle weit unter 100.000, die zwei höchsten lagen bei 50.000, das war „Bildung, Strukturen und Tendenzen“, und das war Baukultur, die lagen bei 50.000.

Und gerade in diesem Zusammenhang möchte ich auch ein herzliches Wort meinen Mitarbeitern sagen in dem Landesausstellungsbüro, das ist der Hofrat Dr. Cwienk, das ist der Oberbaurat Schleich und das ist auch die Frau Schwarzkogler mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Denn das ist eine Tüftlerarbeit, das ist ein sehr wichtiger konzeptiver Vorgang, aber es ist auch ein Umsetzungsvorgang, und der wäre überhaupt nie gelungen, hätten wir nicht immer mit erstklassigen Architekten gearbeitet, hätten wir nicht immer auch mit erstklassigen Grafikern und Künstlern der Gestaltung gearbeitet, hätte man zum Beispiel Peter Rosegger eben nicht durch ein so bedeutendes Architektenteam wie Kapfhammer, Wegan und auch Koßdorff bearbeiten lassen und den hochangesehenen Künstler Georg Schmid zur künstlerischen Gestaltung

eingeladen gehabt, das muß auch in diesem Zusammenhang mit Dank gesagt werden.

Und ich möchte gerade auch, weil ich sie jetzt gesehen haben, der Frau Dr. Amelie Hochkofler hier vor dem versammelten Hohen Haus meinen Respekt bekunden für die weltrekordverdächtige Ausstellung „Imperial Austria, Treasures of Art, Arms and Amor from the State of Styria“ unseres Landeszeughauses und der Alten Galerie drüben in San Francisco, in New York, in Washington und in Houston, mit einer Besucherzahl von 1,2 Millionen. (Allgemeiner Beifall.)

Das kann man trotz oder gerade wegen der Bescheidenheit dieser Damen sagen: Ohne sie wäre das nicht möglich gewesen. Denn auch die Kosten, die eine solche Ausstellung normalerweise bedeuten, sind zum allergrößten Teil von ihr im Kultursponsoring in Europa und in Amerika aufgebracht worden. Der Anteil, den wir geleistet haben, war der kleinste. (Allgemeiner Beifall.)

Ich sage das, weil wir auch sehr genau wissen, was sie in schwierigen Zeiten in Amerika in diesem Zusammenhang tatsächlich geleistet hat. Ich freue mich, das auch sagen zu können.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, bleiben wir dabei, daß wir dieses Klima der kulturellen Offenheit, aber auch der Bereitschaft, Minderheitenprogramme ebenso wie breit angelegte Kulturinitiativen voll und mit Überzeugung mitzutragen. Bisher ist das trotz aller unterschiedlichen Positionen im Detail in der großen Linie erfreulicherweise gelungen, und ich beschließe diese kurze Darstellung meinerseits mit dem Wunsche, daß die noch offenen Fragen auch gemeinsam gelöst werden. (Allgemeiner Beifall. – 12.25 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Eine weitere Wortmeldung liegt zur Gruppe 3 nicht vor. Die Frau Berichterstatterin verzichtet auf das Schlußwort.

Eingebracht wurde ein Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend Aktivierung des Kulturförderungsbeirates.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden.

Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden.

Das ist geschehen.

Ich werde nun in folgender Reihenfolge abstimmen lassen:

Erstens über den Minderheitsantrag der Abgeordneten Dr. Flecker, Ussar, Dörflinger und Trampusch, betreffend Änderung von Ansätzen der Gruppe 3; zweitens über den Antrag der Frau Berichterstatterin zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 3; drittens über den Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Kulturförderungsberichte; viertens über den Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Trigon-Museum, und fünftens: über den Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend Aktivierung des Kulturförderungsbeirates.

Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Minderheitsantrag der Abgeordneten Dr. Flecker, Ussar, Dörflinger und Trampusch, betreffend Änderung von Ansätzen der Gruppe 3 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 3 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Kulturförderungsberichte, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Trigon-Museum, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Auch das ist die Minderheit.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend Aktivierung des Kulturförderungsbeirates, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist ebenfalls die Minderheit.

Wir kommen zur Gruppe 5, „Gesundheit“.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Günter Dörflinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dörflinger (12.29 Uhr): Meine Damen und Herren!

Im Sinne der Kürze, die Gruppe 5 umfaßt Gesundheit, Spitäler und Umwelt. Ausgaben in der Höhe von 3.820.970.000 Schilling, Einnahmen in der Höhe von 3.202.759.000 Schilling. Ich bitte um Annahme.

Präsident Mag. Rader: Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die Spezialdebatte in dieser Gruppe zu teilen, und zwar in den Umweltschutz und in die Gesundheit.

Ich glaube, die Mittagspause ist noch nicht ausgedreht, darf ich nur bitte anmelden! Wenn der eine oder andere Zuschauer das Haus verläßt, dann müssen die Abgeordneten nicht mitgehen, also wir haben erst später Mittagspause!

Also, der Herr Abgeordnete Dörflinger hat vergessen, über den Minderheitsantrag der SPÖ zu berichten. Ich bitte ihn, jetzt zu berichten.

Solange der Herr Abgeordnete Dörflinger seine Unterlagen sucht, bitte schön, bitte ich um Ihre Zustimmung, daß wir diese Gruppe traditionell in den Umweltschutz und in die Gesundheit teilen. Da gibt es keinen Einspruch dagegen, daher ist das so. In der Zwischenzeit hat der Herr Abgeordnete Dörflinger den Minderheitsantrag gefunden, ich bitte um seinen Bericht über diese Frage.

Abg. Dörflinger: Herr Präsident, ich danke für den Dispens. Der Resolutionsantrag lautet:

Die Steiermärkische Landesregierung –

Präsident Mag. Rader: Es geht um den Minderheitsantrag mit den Ziffern!

Abg. Dörflinger: Es geht um den Minderheitsantrag – der Hohe Landtag wolle beschließen:

Im Landesvoranschlag 1994 werden die nachfolgenden Ansätze der Gruppe 5 folgendermaßen abgeändert:

Änderung des Ansatzes 1/520205-7305, „Beiträge an Gemeinden zur Förderung des Naturschutzes“, Erhöhung um 400.000 Schilling auf 500.000 Schilling; 1/520303-0002, „Ankauf von Schutzgebieten“, Erhöhung um 1.461.000 Schilling auf 1,5 Millionen Schilling, Schaffung des Ansatzes 1/527045, „Beiträge an den Österreichischen Städtebund und den Steirischen Gemeindebund für die Finanzierung von Sondergesellschaften zur Erstellung von Raumverträglichkeitserklärungen“ mit 878.000 Schilling, daher Erhöhung des Gesamtansatzes 2/982009-3450, „Aufnahme von Darlehen“ um 2.739.000 Schilling.

Präsident Mag. Rader: Danke schön! Es wäre doch schade gewesen, wenn das nicht ordentlich verlesen worden wäre.

Wir kommen zum ersten Teil der Gruppe 5, das ist der Umweltschutz, und als erster ans Rednerpult geht der Herr Abgeordnete Kowald.

Ich darf bitte meinen, daß der Herr Abgeordnete Kowald Aufmerksamkeit verdient, ich meine damit die Gruppe, die da hinten diskutiert!

Abg. Kowald (12.30 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren!

Die Aufmerksamkeit im Bereich Gesundheit hat selbstverständlich auch damit zu tun, wie wir uns in der Umgebung wohl fühlen und wie wir es auch mit der Umwelt ernst nehmen. Und in diesem Bereich ist selbstverständlich auch notwendig, daß die Faktoren, wie Luft, Boden und Wasser, dementsprechend einen Stellenwert haben. Das Klima, das wir uns auch selbst mitgestalten können. Aber nicht nur in der Außenwelt können wir natürlich selbstverständlich auch dementsprechend Erfolge oder Mißerfolge haben und beeinflussen. Luft, Wasser, aber auch der Boden spielen hier im besonderen Maße eine große Bedeutung. Im Bereich der Luft, selbstverständlich in Verbindung zu bringen mit den Abgasen, die uns der Verkehr bringt, aber auch die Industrie und der Hausbrand im speziellen Bereich mit den Heizungen auch in der Form zum Ausdruck bringt. Ich darf vielleicht eines in besonderer Weise hervorheben, daß wir, um uns auch in der Ernährung dementsprechend mit gesunden Nahrungsmitteln absichern zu können, sehr abhängig sind, wie es auch mit unserem Zustand des Bodens aussieht. Der Bodenschutzbericht hat uns vor kurzer Zeit auch ein klares Bild dargestellt, und wir können auch froh darüber sein, daß der dementsprechende Erfolg sich sehen lassen kann. Daß das selbstverständlich als Grundlage unseres Lebens zu bezeichnen ist, das muß uns wohl allen bewußt sein. Die Landwirtschaft hat in diesem Bereich eine große Bedeutung – Landwirtschaft untrennbar mit Boden verbunden –, hat aber auch hier einen großen Beitrag zu leisten, in welchem Zustand sich dieser befindet.

Daß der damit zu befassende Bauer dementsprechende Einstellung, Fachkenntnisse mitbringen muß, das ist wohl selbstverständlich. Daß in diesem Fall auch der Hausverstand einen großen Faktor bildet, möchte ich deshalb erwähnen, weil man diesen nicht kaufen kann, sondern man muß in dem Bereich auch dementsprechende Erbfaktoren mitbekommen haben. Weil auch Freude in diesem Bereich hervorgehoben werden muß, Freude deshalb, diesen zu bearbeiten, aber auch die Fachkenntnis und das Gefühl zu haben, dementsprechendes an Entwicklung in erfreulicher Hinsicht feststellen zu können. Nachhaltigkeit, das heißt Bewirtschaftung, Bearbeitung, nicht von heute auf morgen, sondern langfristig, darf nicht nur ein Schlagwort sein, sondern muß aktiv praktiziert werden. Daß da hier die Bearbeitung selbstverständlich auch voraussetzt, wann, wie, wo man diese vornimmt, das ist in einer Linie auch mit der Witterung in Verbindung zu bringen. Und daß hier Fruchtfolge praktiziert wird, die wir uns alle wünschen, das muß deshalb erwähnt werden, weil es auch zur Gesunderhaltung unserer Böden beiträgt. Bodenuntersuchungen geben uns Aufschluß über den Nährstoffgehalt, aber auch über den im Zusammenhang mit dem Anbau verschiedener Früchte stehenden Nährstoffentzug. Daß das nicht alle Jahre gleich ist, wissen jene, die damit zu tun haben, denn die Witterung und die Mineralisierung sind hier von ausschlaggebender Bedeutung. Und in dem Bereich ist es notwendig, den richtigen Weg auch zu gehen. Daß die verschiedenen Versuche uns immer wieder einiges aufzeigen an Bewegung und Unterschiedlichkeiten, das sei nur unterstrichen. Daß das nicht alle Jahre gleich ist, wissen jene, die damit zu arbeiten haben und die davon leben. Man muß nämlich jeden Acker für sich selbst kennenlernen, um zu wissen, wie dieser zu behandeln ist. Er hat nämlich diese Eigenschaft der Puffer-, Speicher- und Schutzfunktion, und in dem Bereich muß das bestens erkannt und auch ausgenützt werden. Große Bedeutung haben die Grundnährstoffe, und in besonderer Form gibt es immer wieder Diskussionen im Bereich der Stickstoffgaben. Hier gab es schwerpunktmäßige Ansätze vieler Bauern in den letzten Jahren und Jahrzehnten, das zu erkennen, wann die Pflanzen und die Kulturen diesen Nährstoff Stickstoff in geeigneter Form brauchen und zugeführt bekommen. Hier war es auch Schwerpunktarbeit der Kammer, Mitarbeiter der Organe, der Fachleute, in gemeinsamer Arbeit mit den Bauern Aufschlußarbeit zu leisten, aber auch Erfolge in den Raum zu stellen. Die Aktionen in der Form, die auch in vielen Bereichen mit verschiedenen Förderungen zu tun gehabt haben, die die Landeskammer, die Bezirkskammer, aber auch in gemeinsamer Form mit verschiedenen Leuten und Mitarbeitern aus dem Schulbereich Großes geleistet haben, die sich sehen lassen können, muß man positiv erwähnen.

Vieles wurde bekrittelt, und allzu gerne weist man auf negative Beispiele und Auswirkungen ständig hin. Und in diesem Bereich dürfen gerade wir, die sich in solchen Gebieten befinden, die aber auch dort leben und arbeiten, freuen, daß es auch Erfolge gibt. Die vielen Wasserschutz-Schongebiete haben viele Leute auch in Schwierigkeiten gebracht, zum Nachdenken gebracht, aber auch mit Erfolgen ausstatten lassen. Ich denke im speziellen daran, daß gerade immer wieder

zitiert worden ist der hohe Nitratgehalt in unserem Grundwasser, in unserem Trinkwasser und daß das Wasserrechtsgesetz in diesem Bereich sehr strenge Auflagen vorschrieb. Daß diese aber auch in gemeinsamer Form zu Erfolgen führen können, zeigt, wenn ich an die Arbeit denke, die in Zusammenarbeit mit den Umweltberatern, aber auch mit jenen Bauern und Landwirten, die aktiv im Verein „Sauberes Grundwasser“ mitwirken. Winterharte Gründecken haben hier einen großen Beitrag geleistet, um die Ausschwemmung des Stickstoffes im Bereich des Wassers zu verhindern.

Das Wasserrechtsgesetz wurde in Wien beschlossen. Dieses auch in der Form vorfinden zu können können wir auch an den Tag stellen, weil die verschiedenen Kontrollen dies beweisen. Daß selbstverständlich auch die Schwellenwertverordnung, aber auch die geregelte Gülleauffbringung einen großen Teil in dieser Form des positiven Zeichens geleistet haben, muß auch erwähnt werden.

Kanalierungen wurden in den letzten Jahren und Jahrzehnten in verstärktem Maße aufgenommen und wurden auch abgeschlossen, zur Freude aller Bewohner, weil sich der Erfolg auch sehen lassen kann. Im Bereich des Pflanzenschutzes: Die vielen gezielten Aktionen und Vorgangsweisen haben es möglich gemacht, wirklich den Pflanzenschutz in geregelter Form anwenden zu können, gezielt einzusetzen und in großer verminderter Art und Weise auch auf unsere Felder zu bringen. Es sei erwähnt, daß gerade die Schonspritzung eine große Anerkennung und auch einen großen Anspruch von seiten der Praktiker hier aufzuweisen hat.

Daß vieles in geregelter Form eingesetzt wird, das ist hinlänglich bekannt. Und jenen, die im Pflanzenschutz Positives leisten, müssen wir großes Lob und Anerkennung aussprechen. Die Arbeit unserer Umweltberater in Zusammenarbeit mit den Pflanzenbauberatern der Kammer, die müssen wir hoch hinausstellen. Wir dürfen es auch, weil sich die Erfolge sehen lassen können. Warum? Weil in den verschiedenen Einsätzen rechtzeitig und erfolgreich beraten worden ist. Daß aber auch die Möglichkeiten wahrgenommen worden sind, auf Grund der technischen Geräte, die vorhanden sind. Ich nenne hier im speziellen den Laborbus, der vor Jahren vom Vorgänger unseres jetzigen Landesrates Pörtl, Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, eingesetzt worden ist, aber nicht nur vor der Beratungsstelle steht, sondern vor Ort auf den Höfen, aber auch auf den Feldern zum Einsatz kommt und Großes leistet. Hier wurde auch österreichweit große Anerkennung erreicht. Die Mitarbeiter dieser Umweltberater haben voriges Jahr den Siegerpreis bei der Verteilung des Förderungspreises erreicht. Wir dürfen das auch hier lobend erwähnen. (Beifall bei der ÖVP.)

Mit dem Ergebnis, daß das Wasser, das Trinkwasser, sich in einer Qualität unseren Konsumenten bietet, die sich sehen lassen kann. Und weil vor einigen Wochen auch in Wien im Zusammenhang einer Berichterstattung über den effizienten Einsatz solcher Förderungsmitel auch die Frage aufgetaucht ist: „Wo ist hier auch ein positives Ergebnis sichtbar in Österreich, nämlich ein Sinken der Nitratzahlen?“ Hofrat Rupperecht war dabei und konnte auch berichten, daß das Leibnitzer Feld in vorderster Reihe der positiven

Ergebnisse aufscheint. Wir dürfen darüber reden, werte Freunde!

Und es sind Leute hier in diesem Hause, auch als Mitglieder des Landtages, die sich vor Ort auch überzeugt haben, als sie nämlich auch den Überprüfer dieser ganzen Angelegenheit im Rahmen eines Sprechtages, den sie abgehalten haben, vorgeladen haben und sich erkundigen konnten.

Ich freue mich auch, daß ich das im Hintergrund gehört habe, daß hier keine Mängel festgestellt worden sind. Aber ich würde mich auch freuen, dies in Form einer öffentlichen Anerkennung hier wahrnehmen zu können.

Ich sage das deshalb, werte Anwesende, weil dieses Ergebnis nicht von ungefähr kommt, weil viel Verständnis, viel Mühe, Ideenreichtum, aber auch praktische Mitwirkung notwendig sind. Und wenn ich davon rede, so deshalb, weil man hier in diesem Bereich darauf hinweisen darf, selbst aktiv mitgearbeitet zu haben. Und so meine ich, daß viele Alternativen in der Form uns auch Anreiz geben werden, Positives in Angriff zu nehmen. Alternative Aktionen einer Vielzahl von Bauern, die sich zusammengeschlossen haben, um die Öko-Dieselerzeugung in eigene Hand zu nehmen und auch hier Erfolge zu haben.

Wenn ich denke, daß dieser Kreislauf in Verbundenheit mit der Natur im eigenen Betrieb uns dementsprechend Erfolge gebracht hat, erwähne ich es deshalb, weil es gelungen ist, in gemeinsamer Art und Weise mit der Bereitschaft der Bauern, aber auch mit der Bereitschaft der Verantwortungsträger die Zeichen der Zeit zu erkennen. Und hier bedanke ich mich sehr herzlich bei unserem ehemaligen Landesrat Vizekanzler Dipl.-Ing. Riegler, der diese Idee uns entwickeln ließ, aber auch mit jenen zusammengearbeitet haben, nämlich im technischen Bereich auf der Hochschule, aber auch im Bereich des Betriebes Vogel & Noot, wo viele Arbeitsplätze dadurch geschaffen werden konnten und wir uns in diesem Bereich freuen dürfen. Österreichweite, europaweite, ja sogar weltweite Anerkennung gibt uns hier recht. Und ich bin davon überzeugt, daß solche Mittel, die hier in diesem Bereich investiert werden, gut und richtig angelegt worden sind. Freuen wir uns darüber, und reden wir auch darüber.

Ein weiterer Bereich in diesem Thema Umwelt sind auch die in der letzten Zeit stark forcierte Biomülltrennung, Kompostierung und so weiter. Diese Sache mit der Novellierung im Bereich des Abfallwirtschaftsgesetzes, die es uns vorschreibt, daß eine flächendeckende Kompostierung im Lande stattfinden muß, gibt uns auch Freude und Hoffnung, in diesem Bereich Erfolge zu haben.

Ich bin sehr froh, daß Herr Landesrat Pötl seinen Aktivposten in diesem Bereich forciert hat und auch auf dementsprechende Erfolge hinweisen darf. Die Orientierungshilfe und die Leitlinien bezüglich der Mülltrennung und Kompostierung sind uns allen bekannt und haben einen Beitrag zur dementsprechenden Fortbildung geleistet.

40 Millionen Schilling wurden zur Förderung für die Errichtung von Kompostierflächen mit maschineller Beteiligung hergegeben. Die Gemeinschaftskom-

postieranlagen haben fast eineinhalb Millionen Schilling an Mitteln aus dem öffentlichen Bereich bekommen, und die Biotonneneinführung hat um die 9 Millionen Schilling in der Form von Unterstützungen gefunden. Im Jahre 1992 wurden immerhin über 20.000 Tonnen Bioabfall getrennt und erfaßt. Und es ist so, daß zirka 50.000 Tonnen schätzungsweise über das Jahr anfallen werden und daß wir diese in den Griff bekommen wollen, ist auch im Zukunftsbereich zu sehen. Daß selbstverständlich diese Kompostierungsanlagen in Verbindung mit Möglichkeiten für die Landwirtschaft zu sehen sind, stimmt uns mit Freude. Diese ganzen Kompostieranlagen in gemeinsamer Form, die die Haushalte vornehmen, die müssen ebenso lobenswert erwähnt werden.

Verehrte Anwesende, es ist zwar ein Thema, das nicht immer für große Schlagzeilen sorgen wird, weil es positive Erfolge gibt, aber was hier alle Verantwortungsträger und Mitarbeiter geleistet haben, das darf erwähnt werden. Viele Menschen im Lande leisten hier auf Grund ihrer Einstellung, aber auch im Bereich des Wertewandels einen großen Beitrag. Ich bin sehr froh darüber, daß die Beratung so effektiv ist, daß aber auch im ländlichen Bereich wie im städtischen Bereich die Betroffenen große Arbeit leisten. Vergessen wir aber nicht, daß die bäuerlichen Menschen hier im Bereich der Umwelt, der Kompostierung vieles Schönes, Erfreuliches geleistet haben. Wir dürfen darüber reden, werte Anwesende, über Erfolge, und lieber Herr Landerat, wenn du das in deinem Bereich und Ressort auch verspüren kannst, wir dürfen nicht nur darüber reden, wir dürfen uns darüber freuen. Und wenn es halt auch einmal Erfolge gibt, die mancher den anderen, weil es in ein anderes Ressort paßt und gehört, nicht vergönnt, so meine ich trotzdem, der eine oder der andere soll sich hier auch ein Beispiel nehmen und einen Beitrag der Anerkennung leisten. Ich habe mich da gestern sehr gefreut, lieber Herr Kollege Heibl, zwischen 22 und 24 Uhr, als wir auch gehört haben aus deinem Munde und aus deinen Ausführungen, daß Großes geleistet worden ist im Bereich der Bauwirtschaft von Unternehmen, aber auch vom zuständigen Landesrat. Wir dürfen es sagen, und freuen wir uns darüber, meine verehrten Anwesenden! Gönnen wir Erfolge auch anderen Menschen! Denken wir nach, wie wir miteinander reden! Und in diesem Zusammenhang einige Worte, weil alles mit der Gestaltung unserer Umwelt und der damit verbundenen Gesundheit zu sehen ist. Kläranlagen, Mülltrennung, gezielte Maßnahmen bringen Freude, Wohlbefinden, Erfolge im Sinne unserer gesunden Umwelt. Das wünsche ich mir in allen Bereichen in der Zukunft! (Beifall bei der ÖVP. – 12.49 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Ich danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Ebner. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Ebner (12.50 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, meine lieben Kollegen Abgeordneten!

Wir sitzen jetzt schon sehr lange hier in diesem Landtag, ich glaube, es sind alle recht müde. Ich muß sagen, daß das Thema Umwelt ja wohl ein unerschöpf-

liches Thema ist. Kollege Kowald hat ja einige Bereiche hier angerissen. Obwohl dieses Thema unerschöpflich ist, darf ich mir erlauben, es nicht auszuschöpfen, um Sie nicht zu erschöpfen und um auch mich nicht zu erschöpfen. Ich darf aber auf einen Aspekt eingehen, der mir besonders am Herzen liegt. Kollege Kowald hat einen Bereich herausgenommen aus seiner bäuerlichen Sicht, nämlich die Biomüllsammlung und die damit verbundene Kompostierung. Natürlich, und darf das nur kurz streifen, um mir nicht den Vorwurf zu machen, es nicht erwähnt zu haben, natürlich müssen wir Müllvermeidung betreiben, natürlich müssen wir den Müll verwerten, eben zum Beispiel die Kompostierung. Wir dürfen uns aber andererseits nicht der Illusion hingeben, wie es uns manche weismachen wollen, wir dürfen uns nicht der Illusion hingeben, daß wir irgendwann einmal in die abfalllose Gesellschaft kommen. Das wird es nie geben! Und ich sage Ihnen ganz offen, ich will es auch gar nicht, weil die Voraussetzung, um dahin zu kommen, wäre nämlich in Wahrheit eine Diktatur, wo hinter jedem Bürger dieses Landes jemand steht, der aufpaßt, daß er ja wirklich den Müll trennt, daß er ja wirklich so einkauft, und nicht anders kauft. Wir haben einen Vorgeschmack davon gehabt in Verbindung mit der Verpackungsverordnung, mit der Diskussion um die Bestrafung, ob ich jetzt etwas in diese gelb-grüne Tonne hineingebe oder nicht hineingebe. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich bin dagegen, daß man hier eine Diktatur errichtet aus Umweltgründen. Hier müssen wir uns, nämlich mit mir meine ich die Politik, etwas anderes einfallen lassen, um zu den gewünschten Zielen zu kommen. Das heißt also unter dem Strich, wir werden immer einen sogenannten Restmüll haben, der nach Vermeidung und Verwertung noch übrigbleibt. Und ich sage auch ganz offen, und wir Freiheitlichen haben das immer schon gesagt, daß hier die Steiermark den falschen Weg beschreitet, nämlich den falschen Weg in die sogenannte Reaktordeponie – es findet sich diese Philosophie nach wie vor im bestehenden Steirischen Abfallwirtschaftsgesetz –, in die Reaktordeponie, daß einfach das, was ich nicht mehr brauche, einfach irgendwo abgelagert wird, mit den damit verbundenen Problemen, die auftauchen.

Ich darf nur ganz kurz einige Probleme, die auftauchen, hier anführen. Die unbekannteste stoffliche Zusammensetzung, die unkalkulierbare Reaktion mit der Abdichtung, kein zeitliches Ende der Sickerwasserbehandlung, wiederum neue Abfälle aus der Sickerwasserbehandlung, eine unvollständige Deponiegaserfassung – sie kann nie 100prozentig sein –, die Deponiegasverbrennung mit allen dort wieder verbundenen Verbrennungsproblemen, die notwendige ständige Kontrolle des Deponiekörpers und, was ich ganz fatal halte, ökologische und ökonomische Belastungen über mehrere Generationen. Das heißt auch, daß wir heute mit unserer Art der Müllentsorgung, wenn ich so sagen darf, in Wahrheit keine Endentsorgung machen, sondern wir bereits heute die sanierungsbedürftige Altlast von morgen schaffen. Und das auch bei dem höchsten Stand der Technik, der heute bei Mülldeponien angewendet wird. Daneben emittieren die Mülldeponien durch diese unvollständige Erfassung große Mengen an Methan, als Treibhausgas bekannterweise dreißigmal wirk-

samer als CO₂, ich werde das nie in den Griff kriegen. Das heißt, die heutige Deponie ist ein Reaktor, in dem unkontrolliert biologische, chemische und physikalische Prozesse ablaufen. Sie widerspricht eindeutig dem einen Grundprinzip auch des Bundesabfallwirtschaftsgesetzes, nämlich dem Vorsorgeprinzip. Sie bringt nämlich ganz sicher Belastungen über mehrere Generationen. Das muß man sich einmal vorstellen, wenn wir hier in diesem schönen Landhaus sind, so möchte ich zwar gerne haben, daß unsere Nachfolgenerationen dieses schöne Landhaus erhalten, nur, wenn sie es abreißen oder verfallen lassen, aus welchen Gründen auch immer, eine Existenzbedrohung für unsere Nachfolgeneration ist damit nicht verbunden. Das heißt, es ist uns vorbehalten, unserer Generation, erstmals Nachfolgenerationen Dinge, nämlich Reaktordeponien, zu hinterlassen, wo sie nicht mehr die Wahl haben, betreue ich es, erhalte ich es, lasse ich es verfallen oder was auch immer. Es ist zur Existenzbedrohung und zur Existenzfrage unserer Nachfolgenerationen geworden, daß sie diese Mülldeponien weiterhin versorgen und betreuen müssen, bei allen auch anfallenden Kosten ohne weitere Einnahmen.

Meine Damen und Herren, durch die Deponien werden die Schadstoffe, die ja im Abfall drinnen sind, in die Umwelt verteilt. Kollege Kowald hat hier als Umweltmedien Luft, Boden und Wasser angeführt. Kollege Kowald, ich kann dir versichern, bei einer Deponie werden alle drei Umweltmedien belastet, Luft, Boden und Wasser!

Das Ziel der Abfallwirtschaft muß es aber sein, die produzierten Schadstoffe, die Schadstoffe, die die Menschen produzieren, auf Dauer der Umwelt zu entziehen. Sonst – und das läßt sich nachweisen – wird das Zukunftsproblem nicht die Ressourcenknappheit sein, sondern es wird die Schadstoffkonzentration sein. Das heißt, wenn wir so weiterwirtschaften und auch in der Abfallpolitik so weiterwirtschaften, wird das Zukunftsproblem der Nachfolgenerations sein, daß die Schadstoffkonzentrationen so angestiegen sind, daß sie einfach nicht mehr leben können. Dann brauchen wir auch keine Landwirtschaftsdiskussion mehr zu führen, weil der Boden dann nämlich auch versaut ist – auf deutsch gesagt. Und wir wissen aus dem Beispiel DDT, wie weit sich solche Stoffe in der Umwelt verteilen können, bis hin zum Nord- und Südpol.

Das einzige Verfahren, das diese ökologischen Kriterien derzeit erfüllt, nämlich die dauerhafte Schadstoffentlastung, ist derzeit die thermische Behandlung. Ich sage bewußt thermische Behandlung, weil es hier mehrere verschiedene Verfahren sind und ich ja keine Verfahrensdiskussion machen will. Jedes Verfahren, das diesen Kriterien entspricht, halte ich grundsätzlich einmal für geeignet. Der derzeitige Stand der Technik ist eben die Müllverbrennung, um das Kind beim Namen zu nennen.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, aus meiner Überzeugung: Jede Verzögerung bei der Müllverbrennung halte ich für ein Verbrechen an der Umwelt und für ein Verbrechen an unseren Kindern. Aus dieser Erkenntnis heraus hat auch die Landesregierung bereits 1992 einen Grundsatzbeschluß gefaßt, nach Vermeidung, Verwertung das Bekenntnis zur thermischen

Behandlung beziehungsweise Müllverbrennung und hat die Landesgesellschaft AVG damit beauftragt, Standorte zu suchen und eine Raumverträglichkeitserklärung zu machen. (Präsident: „Entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter, die Unterbrechung: Ich bitte die zur Linken, von mir aus gesehen, stattfindende interfraktionelle freundschaftliche Unterhaltung in die Mittagspause oder aus dem Saale zu verlegen. Danke!“) Ich habe mir auch schon gedacht, es ist vielleicht kein günstiger Zeitpunkt, vor der Mittagspause zu reden, es haben alle noch hungrige Mägen, aber auch mit einem vollen Bauch ist ja nach der Mittagspause auch das gleiche Problem gegeben, nicht? Da ist man ja auch eher erschöpft.

Also, ich darf hier weiterkommen bei der AVG, die die Raumverträglichkeitserklärung erstellt hat, und in Wahrheit sind seit einem Jahr die Standorte bekannt, die hier in Frage kommen. Ich sehe den Herrn Dr. Köck hinten, unseren Landeshygieniker, der ja viel Arbeit gehabt hat mit der Überprüfung dieser Raumverträglichkeitserklärung, deren Ergebnis seit wenigen Tagen nunmehr offiziell vorliegt.

Aber in Wahrheit sind die Standorte, insbesondere in Graz, seit einem Jahr aus dieser Erklärung bekannt. Aus diesem Grund hat es ja vor zirka einem Jahr ein Positionspapier der Grazer rot-schwarzen Koalition gegeben, wo sich beide Parteien grundsätzlich zu einer Müllverbrennung mit dem Standort Graz bekannt haben. Und das vor einem Jahr. Seit einem Jahr ist in dieser Beziehung nichts geschehen. Man kann sagen, es ist wiederum die Stunde Null erreicht, und wenn man sich die Kommentare zur Raumverträglichkeitsprüfung des Stadtrates Pammer anhört, dann bin ich überzeugt, daß wir wirklich bei der Stunde Null angelangt sind.

Und hier soll man sich nicht immer ausreden auf die Kompetenz des Landes. Tatsächlich ist schon lange rechtlich einwandfrei festgestellt, daß es, um einen Standort in Graz zu verwirklichen, um eine Müllverbrennungsanlage zu bauen, nicht notwendig ist, auf eine Standortverordnung des Landes zu warten. Die Stadt könnte ohne weiteres, weil sie ja das Grundstück hat und als Industriegebiet ausgewiesen hat, hier den Standort verwirklichen, und sie hat die Grundstücke, die dafür in Frage kommen.

Die STEWEAG hat nicht so lange gebraucht. Sie hat rasch erkannt, daß es möglich ist, und plant jetzt ein Projekt in der Nähe des Fernheizkraftwerkes in der Puchstraße. Zuerst tut die Stadt Graz ein Jahr lang nichts, aber kaum ergreift jetzt jemand anderer die Initiative, nämlich die Landesgesellschaft STEWEAG, beginnt dann schon die Eifersüchtelei in der Stadt Graz und man läßt gleich einmal von der stadteigenen Gesellschaft ein Gegenprojekt für den Süden von Graz ausarbeiten.

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, das ist eindeutig der falsche Weg. Der richtige Weg wäre vielmehr, daß man zuerst auf Grund dieser Raumverträglichkeitsprüfungen eine Entscheidung fällt, und zwar eine politische Entscheidung, wo denn der geeignetste Standort in Graz zu finden ist. Zuerst den besten Standort zu finden, dann die verschiedenen möglichen Betreiber an einen Tisch zusammenzufassen und für den besten Standort ein gemeinsames Projekt zu verwirklichen. Nur auf diese Art und

Weise würden wir endlich einmal zum Ziel kommen. Aber ich sage ganz offen – und ich mache aus meiner Meinung kein Hehl und ich weiß, wovon ich rede –, nämlich daß bei dieser rot-schwarzen Mischung in der Stadt Graz, Mischung aus Dilettantismus und Entscheidungsschwäche, ich die größten Befürchtungen habe, daß wir auch in einem Jahr hier stehen werden und noch immer keine Entscheidung haben und bei weitem noch kein Projekt haben, und das muß man den Stadtvätern in Graz einmal ganz deutlich ins Stammbuch schreiben.

Nachdem ich aber ja fast keine Hoffnungen habe, daß hier in Graz etwas weitergeht, appelliere ich in dem Zusammenhang an die STEWEAG, die ja hier in Vorlage tritt, die Kontakte zur Stadt Graz zu suchen, um ein gemeinsames Projekt mit der Stadt Graz zustande zu bringen. Ich hoffe, daß es doch noch gelingen wird, wenn die Initiative von der STEWEAG ausgeht. Wenn uns das nämlich nicht gelingt, dann haben wir weiter Reaktordeponien, die die Umwelt belasten, die die Nachfolgegenerationen belasten und die uns durch die Schadstoffverfrachtung die Lebensgrundlagen entziehen.

Aber ein kurzes Wort noch zum Schluß zur Kapazität, weil darüber so viel diskutiert wird. Ich mache es nur schlagwortartig. Wie ich am Anfang gesagt habe: Es wird nie alles vermeidbar sein, es wird nie alles verwertbar sein, irgend etwas wird am Schluß noch herauskommen. Darf ich Ihnen nur ein Beispiel geben, das Prof. Vogel von der Wirtschaftsuniversität Wien einmal ausgereicht hat: Wenn ich alle Einwegbinde auf Mehrwegbinde umstelle, dann macht das zirka 8 Prozent Volumsreduktion aus und 4 Prozent Massenreduktion. Man sieht schon, an einer Maßnahme wird die Welt nie genesen, man muß ein Bündel von Maßnahmen setzen. In allen Bereichen muß man hier ansetzen. Grenze ist die demokratiepolitische Verträglichkeit, das sage ich noch einmal ganz deutlich. Aber bis dorthin muß man alle Möglichkeiten ausschöpfen. Irgend etwas wird dann immer noch übrigbleiben. Und wovon niemand redet derzeit in der Steiermark, ist der nicht gefährliche, also der hausmüllähnliche Gewerbemüll. Den schiebt man einfach dem Gewerbe zu, der aber auch irgendwo in der Umwelt landet und wo auch Politiker sagen müßten, was denn eigentlich mit dem geschehen soll. Ich kann die Wirtschaft nicht allein im Regen stehen lassen, ich muß ihr da auch helfen, was aber auch wesentlich ist für die Kapazität einer Müllverbrennungsanlage. Und weil immer wieder die Befürchtung auftaucht, eine Müllverbrennungsanlage würde direkt einen Sog erzeugen, noch mehr Müll produzieren und es würde nicht mehr verwertet und nicht mehr vermieden werden. Um das nicht zu provozieren, muß man die Kapazität einer Müllverbrennungsanlage so auslegen und nur so groß machen für die Kapazität, die theoretisch und realistisch machbar ist in der Laufzeit einer Anlage. Also für das, was nach der Ausschöpfung der Vermeidung und Verwertung, die ich innerhalb der Laufzeit einer Anlage machen kann, übrigbleibt. Diese Kapazität muß ich bereitstellen, damit werde ich auch keinen Sog erzeugen, sondern, ganz im Gegenteil, am Anfang wird es zu niedrig sein, ich werde noch weiteren Druck auf Vermeidung und Verwertung

erzeugen. Wir müssen also die im Restmüll enthaltenen Schadstoffe der Umwelt auf Dauer entziehen. Ich sage das noch einmal, meiner Meinung nach geht das derzeit ausschließlich über eine Müllverbrennung. Und ich sage auch dazu, daß jeder versäumte Tag einen größeren Schaden für unsere Umwelt anrichtet durch weiteres Auffüllen der Reaktordeponien, daß er eben mehr Altlast erzeugt und damit unsere Nachfolgegenerationen weiter belastet. Im Interesse der Umwelt, aber auch im Interesse der Kinder, sprich unserer Nachfolgegenerationen, fordere ich abschließend noch einmal auf, alle, die mit Müll zu tun haben, nämlich hinter mir den Herrn Landesrat Pörtl, auch initiativ zu werden, die Stadtväter, initiativ zu werden, die STEWEAG in Richtung Stadtwerke und Stadt, initiativ zu werden, daß wir in einem Jahr hier stehen können und wenigstens sagen können, wir haben ein fertiges Projekt. Unsere Kinder werden es uns einmal danken. (Allgemeiner Beifall. – 13.06 Uhr.)

Präsident: Danke, Herr Abgeordneter. Ich unterbreche die Sitzung bis 14 Uhr. (Unterbrechung von 13.06 bis 14.03 Uhr.)

Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und erteile Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (14.03 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist nicht ganz einfach nach der Mittagspause, das passiert mir jetzt schon das zweite Mal, auch gestern war es der Fall, noch dazu als Wissenschaftler von Beruf sozusagen, eine Rede zu halten. Zum Umweltschutz möchte ich sprechen. Im engeren Sinne eigentlich zum Naturschutz. Insofern fehlt mir auch der zuständige Landesrat noch. Vielleicht ist er noch beim Mittagessen. Hervorragend, das ist ganz ausgezeichnet, daß der Herr Kollege Dr. Hirschmann hier eintrifft, weil sonst würde mir der Gesprächspartner fehlen. Die Wortmeldung vom Kollegen Dr. Ebner, der auch soeben eintrifft, allerdings hat mir Anlaß gegeben, nicht ausschließlich über Naturschutz zu sprechen, sondern auch einen Aspekt des Umweltschutzes anzusprechen, nämlich die Abfallwirtschaft generell und im speziellen die Abfallverbrennung. Das, Kollege Dr. Ebner, gestattest du einem alten Verfahrenstechniker, der sogar seine Diplomarbeit über die Müllverbrennung geschrieben hat. Also ein altes Hobby von mir, und, wie gesagt, durch deine Wortmeldung hast du mich doch herausgefordert. Damals allerdings war der Stand der Technik noch nicht so gut, aber, wie Kollege Dr. Ebner schon gesagt hat, die Sache hat sich sehr positiv weiter entwickelt, die Technologie der Müllverbrennung. Andere Themen des Umweltschutzes, wie sie Kollege Kowald angesprochen hat, insbesondere Umweltschutz im ländlichen Raum, werde ich mir erlauben in dem Kapitel Landwirtschaft nochmals anzusprechen, insbesondere Abwasserwirtschaft im ländlichen Raum und andere Dinge, etwa Naturschutz im ländlichen Raum. Kollege Dr. Ebner hat richtigerweise, sehr richtigerweise festgestellt, daß es eine abfalllose Gesellschaft wohl nie geben wird. Das stimmt schon aus physikalischen Gründen. Die Thermodynamik, eine Spezialdisziplin innerhalb der Technischen Wissenschaften, lehrt das,

daß es also keine geschlossenen Kreisläufe, weder bei der Energie noch bei der Materie, geben kann. Aus dem Grund muß es irgendwann einmal auch Abfälle geben. Man kann diese Abfälle sehr, sehr lang im Kreislauf führen, genannt Recycling. Wir erleben das in einer sehr positiven Art und Weise etwa beim Papier. Ich kann Ihnen sehr empfehlen, dieses Recyclingpapier auch tatsächlich zu verwenden. Das ist abfallwirtschaftlich, ökologisch jedenfalls das beste. Den Waldbauern bereitet es da und dort Probleme, das gebe ich zu. Aber ich denke mir, für die Waldbauern ist wohl die Bioenergie die große Strategie, die eingeschlagen werden muß und die langfristig Dauerhaftigkeit verspricht, „sustainability“, wie das so modern heißt. Was es allerdings gibt, Kollege Dr. Ebner, und du kannst das ja an den Statistiken verfolgen, ist, daß die Menge an Restmüll, und das ist jener Anteil an Müll, der uns weiterhin in der Abfallwirtschaft die größten Sorgen bereitet, daß die Mengen an Restmüll, die anfallen, ständig geringer werden. Innerhalb von fünf, sechs Jahren ist es der steirischen Abfallwirtschaft gelungen, und das ist dir, Landesrat Pörtl, aber auch deinem Vorgänger in erster Linie zu verdanken, die Mengen an Restmüll wesentlich zu reduzieren. Innerhalb von fünf bis sechs Jahren hat sich die Menge in etwa, kann man jetzt schon sagen, halbiert. Das sind großartige Erfolge, die zurückzuführen sind auf Abfalltrennung, auf Abfallvermeidung. Besonders konnten diese Erfolge gefeiert werden im ländlichen Raum. Das gibt mir Anlaß für die Vermutung, daß Abfallwirtschaft im ländlichen Raum doch letztendlich etwas anderes sein könnte als Abfallwirtschaft im urbanen, im städtischen Raum. Daß Abfallwirtschaft in Kirchberg etwas anderes ist als in Graz, in unserer Landeshauptstadt. Es gibt Gemeinden, es gibt sogar Regionen, in denen sich die jährlich anfallende Restmüllmenge bereits um die 50 Kilogramm pro Einwohner und Jahr bewegen. Es gibt durchaus auch Städte, es gibt durchaus auch in der Landeshauptstadt Graz lebende Menschen, die ähnliche Restmüllmengen haben, aber im Durchschnitt liegt es eben doch bei 200 Kilogramm pro Einwohner und Jahr. Restmüllmengen sind auch im urbanen Raum, wenn man bewußt einkauft, wenn man bewußt Abfall trennt, sehr gut reduzierbar. Ich selber versuche das in meinem eigenen Haushalt. Ich habe allerdings ein spezielles Agreement, ein spezielles Übereinkommen, hinsichtlich meines Lebensmitteleinkaufes mit Biobauern aus dem Raum Gleisdorf getroffen, der sogenannten „Grünen Familie“ – das ist nicht politisch zu verstehen, sondern sozusagen von der Motivation her zu verstehen –, mit der „Grünen Familie“ getroffen, und diese Bauern, das sind mehrere Dutzend Biobauern, die sich hier zusammengeschlossen haben in einem Verein, beliefern mich wöchentlich mit Lebensmitteln, mit Biolebensmitteln; ein wirklich hervorragendes, exzellentes Projekt, weil ich glaube, daß damit, mit dieser Zustellung von Lebensmitteln, ein Problem, das es auch manchenorts gibt, der mangelnden Nahversorgung, behoben werden könnte. Also in vielerlei Hinsicht wirklich ein exzellentes Projekt, hinter dem, soviel ich weiß, ja auch unser Agrarlandesrat und unser Umweltlandesrat – beide Hälften von dir sind betroffen – auch voll steht. Aber zurück zum Thema Abfall und Restmüll. Meine These ist also, und diese These bestätigt sich in einer Vielzahl von

Enqueten und Tagungen, die in den letzten Jahren abgehalten wurden, daß es einen Unterschied gibt zwischen ländlicher Abfallwirtschaft und urbaner Abfallwirtschaft. Gerade kürzlich erst in Passau gab es einen großen Kongreß vom Abfallpapst der Bundesrepublik, Thomé-Kozmiensky heißt er. Ein dicker Tagungsband ist herausgekommen, und es stellte sich heraus, daß zum Beispiel für den ländlichen Raum diese immer wieder diskutierte Variante der biologisch-mechanischen Behandlung des Restmülls und damit auch Inertisierung des Restmülls, eine durchaus untersuchungswerte, diskussionswürdige und auch im politischen Entscheidungsraum relevante Behandlungsmöglichkeit ist. Denn Sie müssen sich vorstellen, oder Sie müssen sich die Frage stellen, inwiefern es sinnvoll ist, aus dem letzten Winkel von Radkersburg oder aus der Gegend von Mariazell womöglich diese paar Kilo oder mögen es Tonnen sein, diese paar wenigen Tonnen Restmüll nach Graz, und wahrscheinlich wird ja Graz ein Standort für eine Restmüllverbrennung sein, zu transportieren. Ist das ökologisch sinnvoll? frage ich auch meinen Kollegen Dr. Ebner. Ich glaube, das sollte man sich gut durch den Kopf gehen lassen und sich überlegen, ob da die Ökobilanz, die man da darum herumziehen kann über das Gesamtsystem, Transport und Abfall, ob diese Ökobilanz positiv wäre oder positiv ist, wenn dieser lange Transportweg tatsächlich anfällt. Und, wie gesagt, Abfallwirtschaft ist letztendlich immer ein Abwägen von Risiken. Wir können in der Abfallwirtschaft und mit unserem Abfall nicht völlig risikofrei agieren. Auch bei der besten Müllverbrennung gibt es nach wie vor Restrisiken, so wie es auch bei der Deponie Restrisiken gibt, so wie es auch bei einer biologisch-mechanischen Anlage Restrisiken gibt. Wir gemeinsam als politische Verantwortungsträger müssen diese Risiken abwägen und entscheiden, welches Risiko wir tatsächlich eingehen wollen.

Die SPÖ Steiermark jedenfalls, um das unmißverständlich zu sagen, bekennt sich zur thermischen Abfallbehandlung, sieht die thermische Abfallbehandlung jedenfalls als ökologisch sinnvolle Maßnahme – und ich betone ökologisch sinnvolle Maßnahme – der Behandlung von Restmüll an, ganz undogmatisch. Ich glaube, man sollte aber auch andere Verfahren durchüberlegen und da und dort modellartig ausprobieren. Die thermische Abfallbehandlung, das sei hier aber auch festgestellt, ist keine Methode der Behandlung von Restmüll, die absolut notwendig erscheint.

Wir haben bisher das Risiko von Deponien in Kauf genommen, und Deponien wie Gasselsdorf, Hartberg, der Paulisturz in Eisenerz sind sicherlich nicht als das zu bezeichnen, was du, Kollege Dr. Ebner, gemeint hast, nämlich als Altlasten von morgen. Deponien heutzutage, meine Damen und Herren, das sieht man auch an den Preis, den Gemeinden zu bezahlen haben für das Deponieren von Restmüll, sind High-Tech-Anlagen. Nicht ohne Grund gibt es in Gasselsdorf ein ganzes Universitätsinstitut, das sich um diese Deponie im Bezirk gebildet hat. Das sei noch einmal festgestellt: Es handelt sich bei den Deponien, wie sie früher gebaut worden sind und früher verfüllt worden sind, wirklich um etwas anderes, um etwas durchaus sehr Problematisches, als das heutzutage, 1994, der

Fall ist. Darüber hinaus wird es demnächst eine Deponieverordnung geben, in der ja auch der Stand der Technik genau festgeschrieben sein wird.

Kollege Dr. Ebner hat zu Recht die Problematik der Kapazität einer thermischen Restmüllbehandlung angesprochen. Wir sind einer Meinung, wenn er sagt, daß von einer zu großen Kapazität so etwas wie ein Müllsog ausgehen könnte oder eigentlich muß, denn eine derartige Anlage muß natürlich auch unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten arbeiten, und eine nicht ausgelastete Anlage kann einerseits große technologische Probleme verursachen und verursacht ganz große betriebswirtschaftliche Probleme. Meinen eigenen Abschätzungen zufolge, und ich habe diese Abschätzungen natürlich mit einer Reihe von Experten auf diesem Gebiet abgesprochen, würde die Steiermark im Jahr 2002 zwei Anlagen der Größenordnung von 50.000 Tonnen Restmüllkapazität benötigen.

Kollege Dr. Ebner hat einen wesentlichen Aspekt in diese Diskussion noch eingeführt, nämlich daß man ja die gesamte Lebenszeit einer Anlage betrachten muß. Die Lebenszeit ist etwa 20, 25, vielleicht sogar 30 Jahre, und die Restmüllmengen verändern sich auch über diese 20, 30 Jahre. Und wie ich hoffe und überzeugt bin, werden diese Restmüllmengen zurückgehen. Das macht es noch etwas schwieriger, die exakte und die richtige, nämlich auch ökologisch richtige Abschätzung dieser Kapazität. Ich denke aber, daß es dafür ja Wissenschaftler gibt, Prognostiker auf diesem Gebiet, und es läßt sich abschätzen, welche abfallwirtschaftlichen Maßnahmen, Vermeidungsmaßnahmen zum Beispiel, welche Verordnungen auf der Basis des Bundesabfallwirtschaftsgesetzes zu erwarten sind, welche Effizienz die haben werden. Und insofern halte ich es für eine Fachdiskussion, welche Kapazitäten in der Steiermark die richtigen sind.

Ich gebe Kollege Dr. Ebner recht, wenn er meint, daß der Gewerbemüll nicht ganz aus der Debatte auszuschließen ist. Auch dafür gibt es ein gewisses Maß an öffentlicher Verantwortung, wenngleich in unserem Abfallwirtschaftsgesetz im Land Steiermark festgeschrieben ist, daß für Gewerbemüll, für Gewerbeabfall das Verursacherprinzip gilt, was auch durchaus seine Berechtigung hat, weil ich persönlich der Ansicht bin, daß es sich bei Gewerbemüll jedenfalls um etwas anderes handelt als um Restmüll. Gewerbemüll ist meistens sehr, sehr homogener Müll. Da kann man spezielle Verfahren anwenden, sowohl der thermischen Behandlung, Stichwort Wirbelschichtverbrennung, kann man sich aber auch einiges mehr als bisher überlegen hinsichtlich des betriebsinternen und betriebsexternen Recyclings dieser Abfallmengen. Das geschieht auch bereits. In Graz gibt es, wie du, Kollege Ebner, ja genau weißt, unter dem Namen „Öko-Profit“ diese Aktivitäten zu Abfallvermeidung, Abfalltrennung und Wiederverwertung im betrieblichen Bereich. Ich persönlich bin der Ansicht, daß eine thermische Behandlung, also der Gewinn der Energie, die in diesem Gewerbemüll steckt, nur dann in Frage kommt, wenn ein Betrieb diesen Prozeß – so würde ich es einmal nennen – „Öko-Profit“, also eine ökologische Betriebsberatung, angenommen hat und in seinem Betrieb durchgeführt

hat. Das scheint mir die unabdingbare Voraussetzung dafür zu sein, daß Betriebe angeschlossen werden können an eine derartige Müllverbrennungsanlage.

Kurz zur Müllverbrennungsanlage in Graz: Ich halte das eigentlich für ein sehr schlichtes Problem. Ich glaube, daß sich ganz einfach die beiden wesentlichen Betriebe in diesem Zusammenhang einigen müssen, nämlich die STEWEAG und die Stadtwerke. So wie es jetzt aussieht, gehen die Wege dieser beiden Firmen auseinander. Dahinter steckt natürlich auch ein Stückchen Politik, aber es gibt sehr, sehr klare ökonomische Hintergründe und Berechnungen der beiden Firmen, die diese Divergenzen eben auch forciert und bewirkt haben. Es macht für beide Firmen nun eben einmal einen wesentlichen Unterschied, ob jetzt diese Anlage in der Rudersdorfer Au oder in der Puchstraße errichtet wird. Und solange sich diese beiden Firmen nicht geeinigt haben, da bin ich ja mittlerweile sehr davon überzeugt, wird es in Graz keine Müllverbrennungsanlage geben. Die Stadt Graz, kann man hier anmerken, hat ja bereits eine wesentliche Präferenz geäußert, nämlich für die Rudersdorfer Au. Es ist sicherlich nicht zweckdienlich, wenn der Direktor der STEWEAG, Dipl.-Ing. Paierl, eine sehr präzise ökonomische Latte, wie er das vor einigen Tagen gemacht hat, vorgibt, daß nämlich die Behandlung von Restmüll maximal 2500 Schilling kosten darf pro Tonne. Das scheint mir etwas frühzeitig zu sein, eine derartige Festlegung zu machen. Soviel zur Müllverbrennung.

Ich möchte nunmehr auf mein eigentliches Thema eingehen, und ich habe schon betont, ich möchte heute in diesem Zusammenhang, bei diesem Kapitel, ausschließlich über Naturschutz noch sprechen. Naturschutz und Naturschutzpolitik ist eigentlich ein etwas seltsamer Name, weil was wollen wir eigentlich schützen? Natur im ureigensten Sinn, in einem Sinn von Urwald, gibt es ja nicht mehr in der Steiermark, abgesehen von einigen ganz, ganz wenigen Stellen. Worum es geht, ist sozusagen der Schutz einer bestimmten Art von Kulturlandschaft, die wir in der Steiermark Gott sei Dank haben, auch mittlerweile – Gott sei Dank, sage ich dazu – ganz gut vermarkten können im Bereich des Fremdenverkehrs. Ich meine dabei immer qualitativ hochwertigen, sogenannten „sanften“ Fremdenverkehr. Aber Naturschutzpolitik ist es ja eigentlich in diesem Sinn nicht mehr. Ich würde hier eigentlich einen Begriff wie Naturpolitik präferieren. Es geht um ein politisches Umgehen mit dieser Art von Natur, wie es uns die Generationen von früher vererbt haben. Und es ist, wie gesagt, in unserer politischen Dispositionsmacht, in unserer politischen Macht, wie es mit dieser Natur, mit dieser Natur aus zweiter Hand, wenn man es etwas deutlicher formulieren möchte, künftighin weitergehen soll. Und ich glaube, es soll auch nichts Statisches sein, diese Naturpolitik oder Naturschutzpolitik, sondern sollte durchaus dynamischen Charakter haben. Jedenfalls Naturschutzpolitik im Sinne des Schutzes von Fröschen, Lurchen, Olmen und dergleichen gefährdetes Getier, vielleicht auch vom Aussterben gefährdetes Getier, greift zu kurz.

Ich persönlich bin der Ansicht, daß Naturpolitik und Naturschutzpolitik eigentlich insofern etwas ganz Wesentliches sind, als wir ja dadurch die Lebens-

möglichkeiten und die Erlebensmöglichkeiten künftiger Generationen ganz, ganz wesentlich beeinflussen. Und in diesem Sinne, in diesem durchaus antropozentrischen Sinne, daß es also um uns selber geht, um die nächsten Generationen geht, möchte ich dieses Plädoyer für Naturschutzpolitik in unserem Bundesland halten.

Zunächst aber ist es mir wirklich ein Bedürfnis, meine Damen und Herren, dem Vorgänger von Herrn Landesrat Dr. Hirschmann, nämlich Herrn Präsidenten Dipl.-Ing. Hasiba, sehr herzlich zu danken, ihm im Verein mit Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schachner sehr herzlich zu danken dafür, daß es gelungen ist, die Substanz des Akademieinstitutes des Naturschutz-Akademieinstitutes zu erhalten. Es gibt seit kurzem in der Steiermark wieder, sozusagen wie ein Phönix aus der Asche, ein Institut für Naturschutz und Landschaftspflege. Eine sehr, sehr wesentliche Einrichtung, und ich bin froh, daß es auch gelungen ist, im Naturschutzbudget diese Einrichtung entsprechend zu dotieren.

Meine Damen und Herren, Naturschutz wird trotz alledem in unserem Bundesland nicht in erster Linie vom Land Steiermark und schon gar nicht aus Mitteln unseres Budgets getragen. In erster Linie wird Naturschutzpolitik getragen von einer Vielzahl von engagierten Einzelpersonen und von Organisationen. Ich möchte einige nennen: den Naturschutzbund, die Naturschutzjugend, die sehr, sehr viele Grundstücke in der Steiermark angekauft und gepachtet haben und jetzt aber große Probleme mit der Finanzierung der Bewirtschaftung dieser Grundstücke haben, der World Wide Fund for Nature – WWF, die Biologische Arbeitsgemeinschaft Bruck. Ja natürlich, auch die Jägerschaft in unserem Bundesland hat ihren Beitrag geleistet und leistet ihren Beitrag zum Naturschutz in der Steiermark, zum Beispiel über das Öko-Schutzstreifenprogramm, weil auch die Jäger erkannt haben, daß Hecken, daß Biotope, Biotopverbände in der Landschaft einen ganz wesentlichen Beitrag dafür leisten, daß sich Wild, bestimmte Wildtierarten wohl fühlen in der Landschaft. Auch der Landtag in einem sehr unmittelbaren Sinn hat zumindest in der letzten Budgetdebatte im vorletzten Jahr seinen Beitrag zum Naturschutz in unserem Bundesland geleistet, heuer leider nicht mehr. Wir hatten im letzten Jahr das Privileg, Äpfel von alten steirischen Apfelsorten genießen zu können. Ich bedanke mich auch für die Golden Delicious, aber die stammen nun mal von einer Hochleistungssorte, das ist nun mal eine Hochleistungssorte, die hat mit Artenschutz, so wie das das Symbol im vorletzten Jahr war, leider nichts zu tun. Golden Delicious gibt es ja fast wie Sand am Meer, etwas zuviel sogar, sie sind etwas aus der Mode gekommen, soviel ich gehört habe. Also ich plädiere hier nochmals dafür, daß wir künftighin bei der Budgetdebatte, ich ersuche darum, muß ich sagen, weiterhin Äpfel bekommen, das ermöglicht uns das Durchstehen der Budgetdebatte, glaube ich, aber ich würde doch ersuchen, daß man die guten alten steirischen Sorten, den Lederapfel, den Maschansker, den Boskoop und, und, und, da gibt es mehr als 100 davon, berücksichtigt, so daß es uns möglich ist, auch in diesem unmittelbaren Sinn einen Beitrag zu Natur- und Artenschutz in der Steiermark zu leisten. Probieren wir

es gemeinsam, Herr Landesrat! Also, wie gesagt, ich habe sehr gute Beziehungen zur Gleisdorfer Gegend, zu der „Grünen Familie“, vielleicht könnten uns die ein bißchen helfen bei diesem Problem.

Weitere Einrichtungen möchte ich nur erwähnen, und da wirklich sehr dankend erwähnen. Die Gemeinden in unserem Bundesland engagieren sich auch in einem überproportionalen Maß für Naturschutz, weil das Land, würde ich meinen, um die Kritik schön zu formulieren, in unterproportionalem Ausmaß hier tätig ist. Die Gemeinden zum Beispiel erstellen so etwa die Ökokataster, mittlerweile gibt es in 30 Gemeinden einen derartigen Ökokataster. Mit Unterstützung des Volksbildungswerkes werden derartige Kataster erstellt, so daß die Gemeinde wirklich weiß, was sind die schützenswerten Flächen, was sind die schützenswerten Biotope in der Gemeinde. Viele Ökokataster haben mittlerweile ihren Niederschlag gefunden in der Flächenwidmungsplanung. Und dann wird es wirklich rechtlich und für den Naturschutz relevant, wenn Biotope, schützenswerte Flächen, über den Flächenwidmungsplan abgesichert werden. Manche Gemeinden, das sei hier verraten, verwenden den Jagdpachtschilling für den Naturschutz, für eine sehr moderne Form des Naturschutzes, nämlich den Vertragsnaturschutz. Manche Bürgermeister schließen mit diesem Jagdpachtschilling, das sind oft 20.000 Schilling, 30.000 Schilling, 40.000 Schilling, Verträge mit Bauern ab, damit die wiederum erhaltenswerte Flächen in einer ganz bestimmten Art und Weise bewirtschaften. Nur so kann ein Biotop wie ein Trockenrasen erhalten bleiben. Das Budget in unserem Bundesland für Naturschutz ist äußerst klein. 1993 haben wir in etwa 20 Millionen Schilling für Naturschutz ausgegeben, was auch im Vergleich mit anderen Bundesländern pro Kopf umgerechnet sehr, sehr, sehr wenig ist. Projekte, die eigentlich von fachlicher Seite, von der Rechtsabteilung 6, von der Fachstelle für Naturschutz, positiv beurteilt werden und positiv beurteilt wurden, können und konnten nicht durchgeführt werden. Erwähnenswert sei hier nur der Naturpark Neuberger Tal beziehungsweise die Unterschutzstellung der Sulm-Auen, wo auch ganz klar festgestellt wurde von der entsprechenden Abteilung, daß die sehr wohl unter Naturschutz zu stellen wären, aber, und das wird im dementsprechenden Bericht der Regierung auch deutlich angemerkt, die Mittel sind zu wenig. Gerade in Naturparks, die sehr wohl auch sehr tourismusrelevant sind, kommt es zu einer spezifischen, eben eindeutig sanften Form von Tourismus. Wie gesagt, ich persönlich – und ich habe das in der Olympia-Debatte schon angemerkt – bin sehr skeptisch, ob mit einem Projekt wie Olympia dieses Paradigma des sanften Tourismus zum Durchbruch kommt. Ich persönlich bezweifle das. Alles, was ich bisher gesehen habe an Winterolympiaden, sind eher Formen einer sehr, sehr brutalen, naturvernichtenden Form Tourismus.

Ja, konkret möchte ich zwei Ansätze im Budget ansprechen, die es sozusagen „erwischt“ hat bei den Kürzungen der Mehrheit in diesem Hause, der FPÖ und der ÖVP. Den Ansatz „Ankauf von Schutzgebieten“, dieser Ansatz wurde von 1,5 Millionen Schilling auf 39.000 Schilling reduziert. Ihnen allen ist bewußt, daß damit das zweite Standbein des Natur-

schutzes, der hoheitliche Naturschutz, der Kauf von Gebieten beziehungsweise die Entschädigung bei Errichtung von Naturschutzgebieten, daß dieses zweite Standbein amputiert wurde. Mir ist schon klar, vielleicht kann man zu einer Nachbedeckung kommen, vielleicht kann man da noch irgendwelche Töpfe aktivieren. Trotzdem ist es ein sehr, sehr starkes, ein sehr stark negatives Symbol, das hier gesetzt wurde, daß, wie gesagt, der Ansatz „Ankauf von Schutzgebieten“ quasi auf null reduziert wurde. Ein weiterer Ansatz, bei dem es mich persönlich sehr schmerzt hat, daß er dermaßen reduziert wurde, ist der Ansatz „Beiträge an Gemeinden zur Förderung des Naturschutzes“. Ich habe bereits betont und möchte das wiederholen, Gemeinden sind in der Steiermark ein sehr wesentliches, wenngleich es in der Verfassung nicht vorgesehen ist, ein sehr wesentliches Standbein des Naturschutzes. Und auch bei diesem Ansatz wurde vehement gestrichen von 500.000 Schilling auf 100.000 Schilling. Ein besonderes Problem wurde nicht gelöst mit diesem Budget, ich habe es angesprochen, nämlich die Bewirtschaftung von Schutzgebieten. Der Naturschutzbund hat sehr, sehr viele schützenswerte Gebiete angekauft, diese Gebiete müssen bewirtschaftet werden. Ein eigener „Biotopmanager“ wurde angestellt beim Naturschutzbund. Diese Aufgabe, ich weiß nicht, wie es der Naturschutzbund schaffen wird, diese Aufgabe jedenfalls kann finanziell vom Land Steiermark kaum oder gar nicht unterstützt werden. Andere Ansätze im Naturschutzbudget wurden erhöht, zum Beispiel, und das ist durchaus erfreulich, das Biotoperhaltungsprogramm. Das ist das zweite wesentliche Standbein, eben der Vertragsnaturschutz, im gesamten Naturschutzgefüge. Summa summarum allerdings ergibt sich ein Minus von mehr als 700.000 Schilling. Das scheint ein geringer Betrag zu sein, aber, wie gesagt, angesichts des Gesamtbudgets, das zur Verfügung steht, ist das durchaus ein sehr, sehr harter, sehr schmerzhafter Schnitt ins Naturschutzbudget.

Herr Landesrat Dr. Hirschmann, Sie haben im Zusammenhang mit Olympia bereits besonderes Geschick im Zusammenhang mit fund-raising bei Gesprächen mit privaten Sponsoren – Bundeswirtschaftskammer zum Beispiel haben Sie erwähnt – bewiesen oder scheinen es zu beweisen, offenbar haben Sie Geschick im Auftreiben – oder „Aufstellen“ nennt man das in der Szene – im „Keilen“ von privaten Sponsorengeldern. Vielleicht wäre das eine Möglichkeit, den Naturschutz zu stärken in der Steiermark. Oder Sie haben noch Mittel aus der Sportförderung, so wie Sie sie beim Frauenhaus gehabt haben. Aber, ganz ehrlich, meine Damen und Herren, das halte ich für keine Möglichkeit, dieses windschiefe Budget, so wie es hier von der Mehrheit beschlossen wird, zu sanieren. Das ist keine vernünftige Methode. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich persönlich bin der Ansicht, daß uns auch die besten Bemühungen im Bereich fund-raising private Sponsoren, Sponsoring, Öko-Sponsoring nicht aus der Problematik des Naturschutzes in unserem Bundesland befreien werden.

Ich glaube, daß es zu einer Naturschutz-/Umwelt-schutzabgabe kommen wird müssen, und ich bin schon sehr gespannt, wann endlich diese Blockade vom